

Mayer, Harald

**Research Report**

## Die Rückkehr Chinas nach Afrika: Chinas aktuelles Engagement in Afrika aus entwicklungspolitischer Sicht

ÖFSE-Forum, No. 36

**Provided in Cooperation with:**

Austrian Foundation for Development Research (ÖFSE), Vienna

*Suggested Citation:* Mayer, Harald (2008) : Die Rückkehr Chinas nach Afrika: Chinas aktuelles Engagement in Afrika aus entwicklungspolitischer Sicht, ÖFSE-Forum, No. 36, ISBN 978-3-9502487-0-8, Südwind-Verlag, Wien, <https://www.oefse.at/publikationen/oefse-forum/detail-oefse-forum/publication/show/Publication/Die-Rueckkehr-Chinas-nach-Afrika/>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/268118>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**Harald Mayer**

### **Die Rückkehr Chinas nach Afrika**

**Chinas aktuelles Engagement  
in Afrika aus  
entwicklungspolitischer Sicht**

# ÖFSE **F O R U M**

**36**

**Harald Mayer**

## **DIE RÜCKKEHR CHINAS NACH AFRIKA**

**Chinas aktuelles Engagement in Afrika  
aus entwicklungspolitischer Sicht**

**Jänner 2008**

1. Auflage 2008

© Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE)

A-1090 Wien, Berggasse 7, Telefon (+43 1) 317 40 10, Fax: (+43 1) 317 40 15

e-mail: office@oefse.at, internet: www.oefse.at

Für den Inhalt verantwortlich: Harald Mayer

Cover: Grieder Graphik

Druck: Facultas Wien

Südwind-Verlag

ISBN: 978-3-9502487-0-8

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;  
detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

*finanziert durch die*

**Österreichische**  
 **Entwicklungszusammenarbeit**

## Vorwort

Die bedeutende Rolle sozialer Bewegungen für den Entwicklungsprozess der Länder des Südens wird in den letzten Jahren immer stärker wahrgenommen. Das umso mehr, seit die Entwicklungszusammenarbeit begonnen hat, Zielsetzungen wie Empowerment, Partizipation und Demokratisierung zu verfolgen und Prinzipien wie Ownership und Politikdialog anzuwenden.

Dünner gestreut ist jedoch die Auseinandersetzung mit den Gründen für soziales und politisches Engagement, das zum Entstehen von sozialen Bewegungen führt. Selten wird beispielsweise der Zusammenhang mit Alphabetisierung untersucht.

Tatsächlich stellt Analphabetismus unter Jugendlichen und Erwachsenen für viele Länder des Südens und insbesondere Afrikas südlich der Sahara nach wie vor ein Problem dar. Während dank internationaler Initiativen wie Education for All und der UN-Millenniumsziele in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte bei der Einschulung von Kindern erzielt worden sind, gibt es auf dem Gebiet der Erwachsenenalphabetisierung kaum nennenswerte Verbesserungen. Es ist dies auch heute ein von nationalen Regierungen, Geberländern und internationalen Organisationen vernachlässigtes Feld. Meist sind es zivilgesellschaftliche Organisationen und andere nicht-staatliche Akteure, die versuchen dem Bildungsbedürfnis der vom Zugang zu Bildung abgeschnittenen Bevölkerungsgruppen nachzukommen.

Alphabetisierung bedeutet weit mehr als Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen. In den meisten Gesellschaften ist mit dem Zugang zu Bildung auch der Zugang zu gesellschafts-politischer Partizipation verwehrt. Verbesserung des Gesundheitszustandes, der Einkommen schaffenden Tätigkeit und der rechtlichen Situation hängen oft ursächlich mit Alphabetisierung zusammen. Gerade für das Empowerment von Frauen ist Alphabetisierung eine unabdingbare Grundlage – sie stellen zwei Drittel der weltweiten Analphabetinnen und Analphabeten.

Der Wunsch nach Bildung geht daher oft mit einem gesellschaftlichen Bewusstwerdungsprozess einher. Diesen Zusammenhang zwischen Alphabetisierung und politischem Engagement in sozialen Bewegungen zu untersuchen, setzt sich die vorliegende Arbeit zum Ziel. Sie tut dies anhand einer Fallstudie der senegalesischen Hauptstadt Dakar und zieht den Vergleich zu anderen westafrikanischen Städten – Abidjan, Bamako und Ouagadougou. Die Autorin Manuela Grabner legt besonderes Augenmerk auf die Untersuchung der Rolle von Frauen und jenen Jugendlichen, die bereits einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. An diesen vom Zugang zu formellen Bildungsmöglichkeiten und zur institutionalisierten politischen Ebene ausgeschlossenen Gruppen zeichnet sie die Bedeutung von Alphabetisierung nach. Insbesondere die Selbstorganisation in den Stadtvierteln und die damit in Verbindung stehende Alphabetisierung hat in vielen Fällen zu Veränderungen in Bezug auf Einstellungen zu Rollenbildern oder Verbesserungen der Lebensumstände geführt.

Der vorliegende Band nimmt eine in den letzten Jahren in den Hintergrund gerückte, jedoch für die Funktionalität von Bildung im Entwicklungsprozess zentrale Fragestellung wieder auf: die Kontextabhängigkeit von Bildung, die Bildung je nach den gegebenen Umständen zu einem Instrument des sozialen Wandels aber auch der Erhaltung des Status quo machen kann.

Margarita Langthaler  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin der ÖFSE



universität  
wien

# Magisterarbeit

Titel der Magisterarbeit

## **Die Rückkehr Chinas nach Afrika.**

**Chinas aktuelles Engagement in Afrika aus entwicklungspolitischer Sicht**

Verfasser

**DI (FH) Harald Mayer**

angestrebter akademischer Grad

**Magister der Philosophie (Mag. phil.)**

Wien, im Mai 2007

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 057 390
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Individuelles Diplomstudium
Betreuer:	Univ. Prof. Dr. Walter Schicho

# ABSTRACT

Die Geschichte wirtschaftlicher und politischer Kooperation zwischen der Volksrepublik China und den Staaten Afrikas umfasst ein halbes Jahrhundert, in dem wechselnde Motive deren Art, Intensität und geographische Ausrichtung bestimmten. Von der Frühphase chinesischer Unterstützung für die afrikanische Unabhängigkeit, über Beijings Umwerben afrikanischer Staaten mit dem Ziel der Anerkennung der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen, bis hin zur vorwiegend ökonomisch geprägten Kooperation der vergangenen Jahre war und ist Entwicklungshilfe ein wichtiger Teilbereich der sino-afrikanischen Kooperation: Wichtig für Afrika als Alternative und/oder Ergänzung zur Entwicklungshilfe der westlichen Industriestaaten, wichtig für China als Instrument zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen. Mit dem derzeit stattfindenden Boom der wirtschaftlichen Kooperation zwischen China und Afrika erreicht auch die Entwicklungshilfe Beijings an afrikanische Staaten einen neuen Höhepunkt.

Diese Arbeit untersucht chinesische Entwicklungshilfe an Afrika, stellt sie westlichen Geberkonzepten gegenüber, und diskutiert Chancen und Gefahren der jüngsten Welle chinesischen Engagements in Afrika für den Kontinent. Dabei werden neben der Frage nach den ökonomischen und sozialen Folgen auch die Auswirkungen auf „good governance“ in Afrika und die Möglichkeit der Anwendung des chinesischen Entwicklungsmodells auf afrikanische Staaten diskutiert.

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Abstract</b>	<b>ii</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>iii</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>1</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>2 Historischer Überblick</b>	<b>6</b>
2.1 Die Ursprünge sino-afrikanischer Beziehungen	6
2.2 Sino-afrikanische Beziehungen nach 1949: Die Volksrepublik China und Afrika	7
2.2.1 Annäherung im Rahmen der Blockfreien-Bewegung und chinesische Unterstützung für afrikanische Unabhängigkeitsbewegungen	8
2.2.2 Afrikas Bedeutung im Konflikt zwischen der Volksrepublik China und Taiwan	11
2.2.3 Die späten 1960er-Jahre: Rückschläge in Chinas Bemühen um Afrika	12
2.2.4 Aufleben der sino-afrikanischen Beziehungen nach der Hochphase der Kulturrevolution	13
2.2.5 Maos Tod: Beginn einer neuen Ära	14
2.2.6 Tiananmen und die Folgen für die Beziehungen zwischen China und Afrika	15
2.3 Die ersten vier Jahrzehnte chinesischer Entwicklungshilfe an Afrika	16
2.3.1 Die Anfänge: „The poor are helping the poor“	17
2.3.2 1960er-Jahre: Umwerben der neuen afrikanischen Staaten	19
2.3.3 Kulturrevolution: Kein Ende der Hilfe	22
2.3.4 1970-1978: Intensivierung chinesischer Entwicklungshilfe an Afrika	24
2.3.5 Reform der Entwicklungspolitik im Zuge der Orientierung auf die eigene Entwicklung	25
2.3.6 Anstieg der Hilfe nach Tiananmen	27
<b>3 Die Rückkehr Chinas nach Afrika</b>	<b>28</b>
3.1 Handel	28
3.1.1 Rüstungslieferungen	31
3.2 Direktinvestitionen	32
3.3 Diplomatie	34
3.4 Peace-Keeping	35
3.5 Migration	36

3.6	Kulturaustausch und Tourismus	38
<b>4</b>	<b>Die aktuelle Entwicklungshilfe Chinas an Afrika</b>	<b>39</b>
4.1	Ausmaß	40
4.2	Organisation und Abwicklung	41
4.2.1	Das China-Afrika-Kooperationsforum	44
4.2.2	China im weltweiten Aid-System	45
4.2.3	NGOs als Entwicklungshelfeträger	48
4.3	Chinesische Entwicklungshilfe nach Bereichen	49
4.3.1	Investitionsprojekte (Projekthilfe)	49
4.3.2	Programmhilfe	50
4.3.3	Technische Hilfe	51
4.3.4	Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe	51
4.3.5	Entschuldung	52
4.4	Geographische Schwerpunkte	53
4.5	Motive	53
<b>5</b>	<b>China als Motor für „Bad Governance“ in Afrika?</b>	<b>56</b>
5.1	Das Beispiel Angola	59
5.2	Das Beispiel Sudan	62
5.3	Das Beispiel Simbabwe	65
5.4	Zusammenfassung	67
<b>6</b>	<b>Chinas Fokus auf Afrika: Im Interesse Afrikas?</b>	<b>69</b>
6.1	Gesamtökonomische und politische Auswirkungen	70
6.2	Umweltfolgen	75
6.3	Zusammenfassung	77
<b>7</b>	<b>China: Ein Entwicklungsmodell für Afrika?</b>	<b>79</b>
7.1	China und Afrika: Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich	79
7.1.1	Chinas Weg zur Weltwirtschaftsmacht	79
7.1.2	Wirtschaftliche und soziale Entwicklung Afrikas nach der Unabhängigkeit	83
7.1.3	Unterschiede und Gemeinsamkeiten	85
7.2	Lernen von China?	87
<b>8</b>	<b>Zusammenfassung und Ausblick</b>	<b>90</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>95</b>

# ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

<b>ADB</b>	<i>African Development Bank</i> (Afrikanische Entwicklungsbank)
<b>AU</b>	<i>African Union</i> (Afrikanische Union)
<b>DAC</b>	<i>Development Assistance Committee</i> (Entwicklungsausschuss der OECD)
<b>DAFC</b>	<i>Department for Aid to Foreign Countries</i> (Abteilung für Entwicklungshilfe im chinesischen Handelsministerium)
<b>FDI</b>	<i>Foreign Direct Investment</i> (Auslandsdirektinvestitionen)
<b>FOCAC</b>	<i>Forum on China Africa Co-operation</i> (China Afrika Kooperationsforum)
<b>HIPC</b>	<i>Heavily Indebted Poor Countries</i> (Gruppe der ärmsten Staaten, die Ziel einer von IMF und Weltbank initiierten Entschuldungsinitiative sind)
<b>IFIs</b>	Internationale Finanzinstitutionen
<b>IMF, IWF</b>	<i>International Monetary Fund</i> , Internationaler Währungsfonds
<b>LDCs</b>	<i>Least developed countries</i>
<b>MDGs</b>	<i>Millennium Development Goals</i>
<b>MFA</b>	<i>Ministry of Foreign Affairs</i> (Chinesisches Außenministerium)
<b>MOCA</b>	<i>Ministry of Civil Affairs</i> (Chinesisches Ministerium für zivile Angelegenheiten)
<b>MOFCOM</b>	<i>Ministry of Commerce</i> (Chinesisches Handelsministerium)
<b>NEPAD</b>	<i>New Partnership for Africa's Development</i> (Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung)

<b>NGO</b>	<i>Non-governmental organization</i> (Nichtregierungsorganisation)
<b>OCHA</b>	<i>United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs</i> (UN-Koordinationsstelle für humanitäre Hilfe)
<b>ODA</b>	<i>Official Development Aid</i> (Offizielle Entwicklungshilfe)
<b>OECD</b>	<i>Organisation for Economic Co-operation and Development</i> (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
<b>SAPs</b>	Strukturanpassungsprogramme
<b>TCDC</b>	<i>Technical Cooperation among Developing Countries</i> (Im konkreten Fall: Spezielles Programm der chinesischen Regierung zur Förderung von Süd-Süd-Kooperation)
<b>UN</b>	<i>United Nations</i> (Vereinte Nationen)
<b>UNIDO</b>	<i>United Nations Industrial Development Organization</i> (Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung)
<b>UNDP</b>	<i>United Nations Development Programme</i> (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
<b>WHO</b>	<i>World Health Organisation</i> (Weltgesundheitsorganisation)
<b>WFP</b>	<i>World Food Program</i> (Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen)

# 1 EINLEITUNG

Lange Zeit im Westen kaum wahrgenommen, wurde 2006 eine breite internationale Öffentlichkeit auf ein Phänomen aufmerksam, das sich seit einigen Jahren in Afrika zeigt: Die in verschiedenen Erscheinungsformen auftretende, rasant wachsende Präsenz Chinas auf dem Kontinent. Internationale Fachmedien, Wirtschaftsmagazine, aber auch Nachrichtenagenturen und Tageszeitungen haben den wachsenden Einfluss Chinas in Afrika in jüngster Zeit als Thema entdeckt. *Le Monde* zählt die Kooperation zwischen China und Afrika zu den weltpolitisch bedeutendsten Entwicklungen des Jahres 2006<sup>1</sup>. Der bekannte Globalisierungskritiker Walden Bello beschreibt in einem Essay (Bello 2007), dass beim im Jänner 2007 in Nairobi abgehaltenen siebenten Weltsozialforum nicht etwa die Situation im Irak, der Neoliberalismus oder HIV/Aids die am heißest diskutierten Themen waren, sondern das Engagement Chinas in Afrika. Zum 50-jährigen Jubiläum der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Afrika – 1956 anerkannte Ägypten als erster afrikanischer Staat die Volksrepublik China – erreichen diese eine neue Intensität. Eindrücklich führte dies der im November 2006 in Beijing abgehaltene Gipfel des Forums für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit vor Augen, zu dem Vertreter 48 afrikanischer Staaten, davon 41 Staatschefs, anreisten.

Je nach Blickwinkel sind die sichtbarsten Merkmale des verstärkten Engagements Chinas in Afrika die galoppierenden Außenhandelszahlen, die Treffen hoher chinesischer und afrikanischer Diplomaten, Regierungsbeamter und Staatschefs, die – zeitweise oder dauerhafte – Migration zehntausender Chinesen nach Afrika, oder die in jüngster Zeit entstandenen bzw. geplanten Großinfrastrukturprojekte wie der Bau von Häfen, Straßen und Öl-Pipelines.

Einen besonders interessanten, weniger berücksichtigten Aspekt der Beziehungen zwischen China und Afrika bildet die öffentliche chinesische Entwicklungshilfe an afrikanische Staaten. Von Kommentatoren des „China-Booms“ oft fälschlich als neu geschaffenes Instrument im Zusammenhang mit Chinas Bedarf an Rohstoffen dargestellt, blickt sie auf eine

---

<sup>1</sup> „Une nouvelle donne“, *Le Monde*, 30.12.2006

Tradition zurück, die bis zu den Jahren vor der afrikanischen Unabhängigkeit reicht. Während die chinesische Entwicklungshilfe an Afrika nach den von Deng Xiaoping Ende der 1970er-Jahre eingeleiteten wirtschaftlichen Reformen und der damit einhergehenden Konzentration auf die eigene Entwicklung Chinas an Bedeutung verloren hatte, nahm sie nach 1989 wieder zu. Mit großzügigen Krediten und Schuldenerlässen sowie einer strikten Politik der Nicht-Einmischung in Angelegenheiten der Empfängerstaaten tritt chinesische Entwicklungshilfe heute in vielen afrikanischen Staaten in Konkurrenz zu der meist an Konditionen geknüpften Entwicklungshilfe der OECD-Staaten und birgt das Potential, das internationale Aid-System nachhaltig zu verändern.

Ziel der vorliegenden Diplomarbeit ist es, einen Beitrag zum Verständnis Chinas als zunehmend wichtigen Akteur der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Nicht nur auf Seiten der direkt von chinesischer Entwicklungshilfe betroffenen Empfängerstaaten, auch seitens anderer Geberstaaten besteht die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit Chinas wachsendem Engagement in Afrika. In der aktuellen Diskussion um Harmonisierung und Kohärenz der Entwicklungshilfe verschiedener Geberstaaten wird kein Weg an China vorbei führen, das keinen Zweifel daran lässt, in Zukunft auch im Bereich der Entwicklungshilfe eine wichtigere Rolle zu spielen, und dies durch Ankündigungen wie jene, die Entwicklungshilfeleistungen an Afrika bis zum Jahr 2009 zu verdoppeln, unterstreicht.

Nach einem historischen Überblick über die sino-afrikanischen Beziehungen und die Geschichte chinesischer Entwicklungshilfe an Afrika wird der Status quo der chinesischen Entwicklungspolitik gegenüber Afrika erhoben. Welche Konzepte liegen ihr zugrunde, wie ist sie organisiert, worin liegt ihre Motivation, und was sind ihre Konsequenzen für Afrika, lauten die in dieser Diplomarbeit behandelten Fragestellungen.

Eine besondere Herausforderung bei der Arbeit zu chinesischer Entwicklungshilfe stellt der Mangel an relevanten statistischen Daten sowie der mangelnde Zugang zu entwicklungspolitischen Planungs- und Positionspapieren der chinesischen Regierung dar. Im Gegensatz zu den im Development Assistance Committee (DAC) der OECD organisierten Industriestaaten, die jährlich Entwicklungspläne sowie genaue Aufstellungen ihrer Entwicklungshilfeleis-

tungen veröffentlichen und diese in einem Peer-Review-Verfahren einer gegenseitigen Überprüfung unterziehen, veröffentlicht die chinesische Regierung keine nach transparenten Kriterien erhobenen Zahlen zu ihrer Entwicklungshilfe und beschränkt sich auf vereinzelte Meldungen über Hilfszusagen, aus denen nur annähernde Annahmen zu Gesamthöhe und Art der Leistungen abgeleitet werden können. Erschwert wird die Quantifizierung der Entwicklungshilfe Chinas außerdem durch eine Vermischung von konzessionellen Krediten und solchen, die zu Marktkonditionen an Entwicklungsländer vergeben werden. Dieser Vermischung liegt ein fundamental anderes Verständnis von Entwicklungshilfe zugrunde als jenes der „traditionellen“ Geberstaaten aus dem Kreise der OECD-Länder. Während hier zumindest vorgeblich Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Kooperation mit Entwicklungsländern voneinander getrennt werden, macht China kein Geheimnis daraus, diese beiden Bereiche zu vermischen und Entwicklungshilfe, die meist als „Süd-Süd-Kooperation“ bezeichnet wird, als Teil seiner Wirtschaftspolitik zu verstehen. Obwohl eine umfassende Beschreibung chinesischer Entwicklungshilfe nach „westlichem“ Verständnis aus diesen Gründen nur schwer möglich ist, dient dieser Arbeit in Ermangelung anderer theoretischer Konzepte die Definition von *Official Development Aid* (ODA) der OECD als Referenzrahmen, anhand dessen die entwicklungspolitischen Beziehungen Chinas zu afrikanischen Staaten analysiert werden. Die Annäherung an das Wesen chinesischer Entwicklungshilfe erfolgt in dieser Arbeit vielfach über exemplarische Beispiele.

## 2 HISTORISCHER ÜBERBLICK

### 2.1 Die Ursprünge sino-afrikanischer Beziehungen

Wann genau die ersten Kontakte zwischen China und Afrika stattfanden, ist nicht mit Sicherheit feststellbar. Bereits das Kaiserreich China unter der Han Dynastie (202 v. Chr. bis 220 n. Chr.) unterhielt – wenn auch nur indirekte, über indische und arabische Schiffe durchgeführte – Handelsbeziehungen mit den im nordöstlichen Afrika gelegenen Reichen Kush und Axum. Erste Zeugnisse einer Begegnung Chinas mit Afrika auf afrikanischem Boden datieren aus dem achten Jahrhundert nach Christus. So wurden beispielsweise in Ostafrika chinesische Münzen und chinesisches Porzellan aus dem 9. bis 14. Jahrhundert entdeckt. Zahlreiche Funde von afrikanischen Produkten des zehnten und elften Jahrhunderts in China legen ebenfalls Zeugnis von frühen Kontakten zwischen China und Afrika ab<sup>2</sup>.

Einen besonderen Platz in der Geschichte der sino-afrikanischen Beziehungen nimmt der chinesische Seefahrer Zheng He ein, der im 15. Jahrhundert im Auftrag der in China herrschenden Ming-Dynastie mehrere Entdeckungsfahrten nach Afrika unternahm. 1418 erreichte der muslimische General mit seiner Flotte zum ersten Mal Afrika im Bereich des heutigen Somalia und war damit einige Jahrzehnte vor dem portugiesischen „Entdecker“ Vasco da Gama an der afrikanischen Küste des indischen Ozeans an Land gegangen. Gerne wird im Zuge von sino-afrikanischen Zusammentreffen – sei es in Form von Freundschaftsbekundungen bei Wirtschaftsgipfeln oder der politischen Agitation Chinas gegen Imperialismus und Kolonialismus in Afrika in den 1960er-Jahren – darauf verwiesen, dass es im Gegensatz zu den später folgenden Europäern nicht ökonomische Interessen waren, die Zheng He nach Afrika führten, sondern ein „freundlicher Austausch“ (Qin 2006) auf diplomatischer wie auf Handels-Ebene. Dieser frühe Kontakt sei der Anfang einer langen Tradition chinesisch-afrikanischer Freundschaft gewesen, die in der aktuellen Kooperation,

---

<sup>2</sup> Für eine detaillierte Ausführung über die frühen Kontakte zwischen China und Afrika siehe Snow 1988

so der häufig von chinesischen Diplomaten und Politikern getroffene Vergleich, ihre Fortsetzung finde.

Nach sieben Exkursionen Zheng Hes zwischen 1418 und 1433 stellte die chinesische Administration abrupt alle Aktivitäten im Indischen Ozean ein. Es wurde nicht weiter als sinnvoll erachtet, die kostspieligen Expeditionen nach Afrika zu finanzieren, die durch den Wert der zurückgebrachten Güter nicht gerechtfertigt waren. Als Reaktion auf die Bedrohung der chinesischen Grenzen durch die Mongolen beschränkte sich der Fokus der Außenpolitik Chinas nun auf den ostasiatischen Raum. Eine Politik der Innengewandtheit sollte Chinas Rolle in der Welt bis zur gewaltsamen Öffnung durch ausländische Mächte in den Opiumkriegen 400 Jahre später bestimmen. Mit Ausnahme chinesischer Arbeiter, die im 18. und 19. Jahrhundert im südlichen Afrika sowie auf Madagaskar von der jeweiligen Kolonialverwaltung für Berg-, Straßen- und Bauarbeiten eingesetzt wurden (Jäger 1994:28), folgte auf Zheng Hes Reisen eine lange Unterbrechung der sino-afrikanischen Kontakte. Während die portugiesischen Flotten unter der Führung Vasco da Gamas auf ihrem Weg nach Indien Ende des 15. Jahrhunderts erstmals vor Mosambik ankerten und in den folgenden Jahren durch die Errichtung von Handelsstützpunkten entlang der Küste die schrittweise Kolonialisierung Afrikas durch europäische Mächte einleiteten, sollten die bilateralen Beziehungen zwischen China und Afrika erst über 500 Jahre nach Zheng Hes Reisen in den 1950er-Jahren eine Fortsetzung finden.

## **2.2 Sino-afrikanische Beziehungen nach 1949: Die Volksrepublik China und Afrika**

In den ersten Jahren nach Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 nahm Afrika eine unbedeutende Stellung in der chinesischen Außenpolitik ein. Die kommunistische Regierung in Beijing wurde ab ihrer Machtübernahme und verstärkt nach dem Korea-Krieg - ausgehend von den USA - international isoliert, ihre diplomatischen Kontakte beschränkten sich auf die Sowjetunion und die Staaten des Ostblocks. Obwohl es seitens der regierenden Kommunistischen Partei Chinas bereits rhetorische Attacken gegen den internationalen Imperialismus und damit auch gegen den Kolonialismus europäischer Mächte in Afrika gab, war Afrika, das keine direkte strategische Bedeutung für China hatte und auch auf diploma-

tischer Ebene von geringer Relevanz für die Volksrepublik war (der größte Teil des Kontinents befand sich unter kolonialer Herrschaft), bis Mitte der 1950er-Jahre nicht im Fokus der auf sicherheitspolitische Interessen ausgerichteten chinesischen Außenpolitik. Dies sollte sich ab dem Jahr 1955 jedoch langsam ändern: Im Zuge der Bandung-Konferenz, eines auf Initiative des indischen Präsidenten Nehru zustande gekommenen Treffens unabhängiger afrikanischer und asiatischer Staaten, fand die erste diplomatische Kontaktaufnahme des chinesischen Premierministers Zhou Enlai mit einem afrikanischen Staatschef, dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, statt.

### **2.2.1 Annäherung im Rahmen der Blockfreien-Bewegung und chinesische Unterstützung für afrikanische Unabhängigkeitsbewegungen**

Am 18. April 1955 versammelten sich Vertreter 23 asiatischer – darunter China – und sechs afrikanischer Staaten<sup>3</sup> in der Stadt Bandung auf der indonesischen Insel Java zu einer Konferenz, um unabhängig von den (ehemaligen) Kolonialmächten und den Großmächten USA und Sowjetunion einen eigenen politischen Weg zu formulieren. In der Konferenz wurden erstmals gemeinsame Forderungen von Entwicklungsländern, viele davon erst seit kurzem unabhängig, gegenüber den ehemaligen Kolonialmächten laut. Der durch Bandung eingeleitete Süd-Süd-Dialog stellte auch den Ausgangspunkt für die Intensivierung der Beziehungen zwischen China und Afrika dar.

Mit dem in Folge von Bandung begonnenen Prozess der Entstehung der Blockfreien-Bewegung, einem losen Zusammenschluss von Staaten, die weder dem einen noch dem anderen der sich im Kalten Krieg gegenüberstehenden Machtblöcke angehörten, wurde der chinesischen Führung das Potential der Entwicklungsländer als Verbündeten zur Durchsetzung von politischen und ideologischen Zielen bewusst. Ein verstärktes Interesse Chinas an der „Dritten Welt“ und speziell an Afrika setzte ein, was sich in den folgenden Jahren in zahlreichen Staatsbesuchen chinesischer Politiker in Afrika bemerkbar machte. Der Auftakt für die diplomatische Offensive Chinas fand in Nordafrika und am Horn von Afrika statt: 1956 reisten zum ersten Mal seit Zheng He offizielle chinesische Delegationen nach Afrika

---

<sup>3</sup> Ägypten, Sudan, Äthiopien, Liberia, Libyen und Goldküste (heute: Ghana)

und besuchten dort Ägypten, Sudan, Marokko, Tunesien und Äthiopien. Ägypten, das sich zu diesem Zeitpunkt in dem als Suez-Krise bezeichneten Konflikt mit einer Allianz aus Großbritannien, Frankreich und Israel um die Kontrolle über den strategisch bedeutsamen Suez-Kanal befand, erkannte im selben Jahr als erster afrikanischer Staat die Volksrepublik China offiziell an.

Die Hinwendung Chinas zu Afrika lag jedoch nicht ausschließlich im eigenstaatlichen Interesse der Stärkung des internationalen Gewichts begründet. Vielmehr war sie wesentlich beeinflusst von dem aus der eigenen Erfahrung der Unterwerfung durch fremde Mächte – die demütigenden „Ungleichen Verträge“ mit Großbritannien, Frankreich, den USA und Russland in Folge der verlorenen Opiumkriege, aber auch die Invasion Japans zwischen 1938 und 1940 waren tief im chinesischen Bewusstsein verankert – als moralische Verpflichtung empfundenen Ziel, unterdrückte Völker bei deren Kampf gegen die imperialistische Beherrschung zu unterstützen. So verkündete Mao Tse-tung auf dem achten Kongress der Kommunistischen Partei Chinas im September 1956:

„We must give active support to the National Independence and Liberation Movements in Asia, Africa and Latin America, as well as to the Peace Movement and righteous struggle in all countries throughout the world.“ (zitiert nach Ogunsanwo 1974:13)

Als sich in Kenia, Algerien und Kamerun in den 1950er-Jahren gewaltsamer Widerstand gegen die europäischen Kolonialmächte geregt hatte, war die Begeisterung in Chinas Führungsriege groß gewesen. Parallelen zum eigenen Unabhängigkeitskampf, dem Boxeraufstand Anfang des 20. Jahrhunderts, wurden gezogen, und das kommunistische China empfand es als Verpflichtung, die eigenen Erfahrungen des Widerstandes gegen fremde Herrschaft mit den Völkern Afrikas zu teilen. Auf der anderen Seite wuchs in Afrika das Interesse an China, das mit seiner Geschichte des vollständigen Bruchs mit dem Westen ein faszinierendes Beispiel für die Erlangung der Unabhängigkeit aus eigener Kraft bot. Marxistische und antikoloniale Literatur verbreitete sich unter afrikanischen Studenten, und für viele im Kampf um die Unabhängigkeit engagierte Afrikaner wurde China zum Vorbild. So berichtet der Historiker Philip Snow (1988:72) von einem Anführer des Mau-Mau-Aufstandes in Ke-

nia, der sich in Anlehnung an Chinas Widerstand gegen ausländische Mächte den *nom de guerre* „General China“ gab, sowie von den Reisen zahlreicher afrikanischer politischer Aktivistinnen nach China mit dem Ziel, dort über den chinesischen Unabhängigkeitskampf und den chinesischen Kommunismus zu lernen.

Der in Bandung begonnene Prozess der afroasiatischen Kooperation bot den Rahmen, der verbalen Unterstützung für afrikanische Unabhängigkeitsbewegungen auch Taten folgen zu lassen. Von Ende 1957 bis zum 1. Jänner 1958 wurde die „Afro-Asian People's Solidarity Conference“ in Kairo abgehalten, an der auch China teilnahm. Ein ständiges Sekretariat der Organisation wurde in Kairo eingerichtet und ermöglichte China, direkten Kontakt zu radikalen und revolutionären Gruppen in Afrika aufzunehmen (Nielsen 1969:222). Ein reger Austausch zwischen China und im Unabhängigkeitskampf aktiven afrikanischen Gruppen etablierte sich: Zwischen 1958 und 1959 besuchten Delegationen aus 27 afrikanischen Ländern (Staaten und abhängige Gebiete) China (Ogunsanwo 1974:35), um dort um Unterstützung zu werben. China empfing die afrikanischen Delegationen mit allen Ehren, die höchsten chinesischen Staatsmänner trafen persönlich mit jungen afrikanischen politischen Aktivistinnen zusammen (Snow 1988:73).

Als Folge dieser Treffen leistete China konkrete militärische Unterstützung für Unabhängigkeitsbewegungen in verschiedenen Teilen Afrikas, in Form von Waffen, Uniformen, Nahrungsmitteln und Medizin. Zu den von China unterstützten Gruppen zählten die FLN in Algerien, PAIGC in Kap Verde und Guinea Bissau, UPC in Kamerun, die SWAPO in Namibia und der ANC in Südafrika (vgl. Snow 1988:78). Einen wichtigen Teil der militärischen Unterstützung nahmen militärische Schulungen ein, die in der Militärakademie in Nanking, aber auch in eigenen Trainingslagern beispielsweise in Ghana und Tansania stattfanden. Später in den 1970er-Jahren sollte die Weiterführung dieser militärischen Unterstützung in den Stellvertreterkriegen in Angola und Mosambik, in denen sich die Sowjetunion und China Einflusszonen in der dritten Welt zu sichern versuchten, zu einem dunklen Kapitel des chinesischen Engagements in Afrika werden.

Neben Nordafrika galt das besondere Interesse Chinas zunächst dem westlichen Teil des Kontinents, wo Guinea und Ghana in den späten 1950er-Jahren die Unabhängigkeit erlangt

und einen sozialistischen Weg eingeschlagen hatten. Entgegen den Erwartungen Chinas erfolgte der Übergang zur Unabhängigkeit in diesen beiden Ländern wie auch in den meisten anderen afrikanischen Staaten in den folgenden Jahren jedoch nicht durch eine bewaffnete Rebellion, sondern friedlich. Im Gegensatz zu dem von China propagierten totalen Bruch mit den ehemaligen Kolonialmächten blieb europäischer Einfluss auch nach der Unabhängigkeit, die ein großer Teil Afrikas 1960 und in den darauf folgenden Jahren erlangte, am ganzen Kontinent erhalten. Die Staatsschefs vieler junger afrikanischer Staaten, wie zum Beispiel Ghanas Kwame Nkrumah, Guineas Sékou Touré oder Tanganjikas Julius Nyerere, waren zwar kritisch gegenüber dem Westen und standen China sehr positiv gegenüber. Sie waren jedoch nicht bereit, das von der jeweiligen Kolonialmacht geerbte politische System, wie von Mao erhofft, durch ein rigides kommunistisches nach dem Vorbild der Volksrepublik China zu ersetzen.

### **2.2.2 Afrikas Bedeutung im Konflikt zwischen der Volksrepublik China und Taiwan**

Mit der fortschreitenden Unabhängigkeit Afrikas – 1960 gab es 27 unabhängige afrikanische Staaten, 1963 machten afrikanische Staaten fast ein Drittel der UN-Mitgliedsstaaten aus – gewann neben Ideologie und Solidarität ein neuer Faktor zunehmend an Gewicht, der Afrikas Bedeutung für China stärkte. Jedes Jahr wurde in der UNO über den Sitz Chinas, der zu diesem Zeitpunkt von der verfeindeten Regierung der Republik China (Taiwan) besetzt war, abgestimmt, und das Stimmgewicht der afrikanischen Staaten war dabei mit von entscheidender Bedeutung. Um an Stelle Taiwans die Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen zu erlangen, galt es für die Volksrepublik, die Unterstützung einer Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten zu gewinnen, die nach den Statuten über je eine gleichwertige Stimme in der Hauptversammlung verfügten. 1961 erkannten 8 von 29 afrikanischen Staaten die Volksrepublik China an, zwei Jahre später stimmten bei der jährlichen Abstimmung in der UN-Hauptversammlung 14 afrikanische Staaten für die Volksrepublik China und 17 für Taiwan. Der kommunistischen Führung in Beijing war klar, dass Afrika mit seiner großen Anzahl von Staaten, viele davon im Gegensatz zu den Ländern Asiens ohne Verbindung zu Taipei, eine entscheidende Rolle auf dem Weg zu dem Ziel, Taiwan als Vertreter Chinas zu ersetzen, spielen würde. Aber auch die Regierung Taiwans wusste um die Bedeutung Afri-

kas in der Entscheidung um die internationale Anerkennung, und so begann ein regelrechter Wettlauf um die Gunst der neuen afrikanischen Staaten.

Vor diesem Hintergrund setzte sich die Annäherung Chinas an Afrika bei dem 1961 in Belgrad stattfindenden Gründungsgipfel der Blockfreien-Bewegung fort (Gaye 2006:64). Um die hohe Priorität zu unterstreichen, die China Afrika in seiner Außenpolitik einräumte, reiste Premierminister Zhou Enlai zwischen 1963 und 1965 drei Mal nach Afrika und besuchte unter anderem Ägypten, Algerien, Äthiopien, Marokko, Ghana, Guinea, Mali, Somalia und den Sudan. In dieser diplomatischen Offensive, die gleichzeitig die erste Serie von Besuchen eines chinesischen Staatsoberhauptes außerhalb Osteuropas seit Gründung der Volksrepublik war und zeitlich mit dem endgültigen Bruch Chinas mit der Sowjetunion zusammenfiel, predigte Zhou Enlai den Kampf gegen imperialistische Kontrolle und kolonialen Einfluss. „Afrika ist reif für die Revolution“ (zitiert nach Nielsen 1969:225), verkündete der chinesische Premierminister bei seinem Staatsbesuch in Somalia, und China präsentierte sich mit Verweis auf die lange Tradition friedlicher Beziehungen als Partner und Verbündeter im revolutionären Kampf. Diese Idee einer Partnerschaft auf gleicher Ebene unterstrich Zhou Enlai durch sein Auftreten gegenüber afrikanischen Politikern, denen er mehr Respekt, Aufmerksamkeit und Wertschätzung entgegenbrachte, als diese beispielsweise von Seiten europäischer Politiker erfuhren (vgl. Snow 1988). Mit Hilfe der neu entstandenen unabhängigen Staaten Afrikas strebte China eine Führungsposition innerhalb der Dritten Welt und damit den Weg aus der internationalen politischen Isolation an. Afrika sollte mit Hilfe Chinas, so die Vision Maos, den Imperialismus besiegen und die Weltrevolution vorantreiben.

### **2.2.3 Die späten 1960er-Jahre: Rückschläge in Chinas Bemühen um Afrika**

Chinas Engagement in Afrika stieß jedoch nicht überall auf offene Türen. Nicht alle der neuen afrikanischen Staaten waren für Chinas von einer anti-westlichen Rhetorik begleitete diplomatische Offensive zugänglich. Konservative Staatschefs wie Philibert Tsiranana in Madagaskar und Maurice Yaméogo in Obervolta (heute: Burkina Faso) lehnten den chinesischen Kommunismus vollkommen ab. Die diplomatische Anerkennung des algerischen Regimes, das 1965 in einem Militärputsch den populären Präsidenten Ben Bella abgesetzt hatte, durch China löste Verstimmung auch bei China zunächst positiv gegenüberstehenden

afrikanischen Staatschefs aus. Zunehmend fühlten sich afrikanische Regierungen durch die Unterstützung Chinas für revolutionäre Gruppen in ihrer eigenen Macht bedroht. Burundi, die Zentralafrikanische Republik und Dahomey (Benin) brachen die diplomatischen Beziehungen zu China ab, und der Sturz der pro-chinesischen Regimes in Ghana 1966 und in Mali 1968 bedeutete einen weiteren Rückschlag für Chinas Afrika-Politik. Ein weiterer Schlag für Chinas diplomatische Bemühungen um die Gunst der Dritten Welt war das Nicht-Zustandekommen der geplanten Bandung-Folgekonferenz in Algier, in deren Vorfeld sich China und die Sowjetunion ein regelrechtes Rennen um die Unterstützung seitens der afro-asiatischen Staaten geliefert hatten (Copper 1976:118).

Die 1966 beginnende Kulturrevolution führte neben dramatischen internen Umwälzungen auch zu einer Veränderung der chinesischen Außenpolitik, was auch Einfluss auf die Beziehungen zu Afrika hatte. Die Beziehungen zu anderen Ländern wurden im Zuge einer Politik der Ausrichtung nach innen stark eingeschränkt, aus Afrika wurden alle Botschafter mit Ausnahme des in Kairo stationierten zurückberufen. Die radikalen internen Maßnahmen der ersten Jahre der Kulturrevolution und die militante Haltung Chinas führten zu einem weiteren Sympathieverlust Chinas in Afrika (Yu 1988:853). Das bis zum Sturz Nkrumahs im Jahr 1966 China treu verbundene Ghana stellte beispielsweise die Beziehungen zu China in Folge der Ereignisse der Kulturrevolution gänzlich ein (ebda.). Dennoch bedeutete die Kulturrevolution keine vollständige Abkehr Chinas von Afrika (vgl. Kapitel 2.3.3, „Kulturrevolution: Kein Ende der Hilfe“).

#### **2.2.4 Aufleben der sino-afrikanischen Beziehungen nach der Hochphase der Kulturrevolution**

Mit Anfang der 1970er-Jahre erlebten die sino-afrikanischen Beziehungen einen neuen Aufschwung. Nach einer Phase selbstgewählter weitgehender Isolation während der Kulturrevolution bemühte sich China wieder zunehmend darum, anerkanntes Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft zu werden. Die Volksrepublik wandte sich der internationalen Bühne, verstärkt auch wieder Afrika, zu. Zwischen 1970 und 1975 wurden 16 afrikanische Staatschefs in China empfangen. Der spätere Staatschef Deng Xiaoping suchte unter den Entwicklungsländern Unterstützung für seine „Theorie der drei Welten“, nach der die Drit-

te (Entwicklungsländer) unterstützt durch die Zweite (Kanada, Europa, Japan, Ozeanien) Welt dem Hegemonieanspruch der Ersten Welt (USA und Sowjetunion) entgegentreten müsse. Dabei wurde gegenüber den frühen 1960ern ein Wechsel in der Rhetorik deutlich. Der Ruf nach Revolution wich einer Rhetorik der „friedlichen Koexistenz“, was in Afrika auf große Zustimmung stieß. In einer erneuten diplomatischen Offensive, die von großzügiger Entwicklungshilfe begleitet war, begann China Afrika zu umwerben. Dies sollte sich 1971 bezahlt machen: Am 25.10.1971 wurde der Volksrepublik mit 76 Stimmen (gegen 35 Stimmen für Taiwan) in der so genannten „Albanien-Resolution“ der Sitz in den Vereinten Nationen zugesprochen und damit das jahrelange Tauziehen mit Taipei zugunsten Beijings entschieden. Einen wichtigen Anteil an diesem Ergebnis hatten afrikanische Staaten, die China nicht zum ersten Mal zu Hilfe kamen. Schon in der Frage von Chinas umstrittenen Atomtests bekam Mao im Jahr 1964 Schützenhilfe aus Afrika. Auf den Gewinn des UN-Sitzes folgten weitere von großzügiger Entwicklungshilfe begleitete diplomatische Bemühungen Chinas um Afrika. Die Zahl der afrikanischen Staaten, die im Jahr 1975 die Volksrepublik China anerkannten, war als Ergebnis dieser Politik auf 37 von insgesamt 48 afrikanischen Staaten angewachsen.

Im Laufe der 1970er-Jahre kam es neben dem Wiederaufleben der sino-afrikanischen Beziehungen auch zu einer Entspannung des Verhältnisses zwischen China und den USA, was 1979 in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mündete. Gleichzeitig verschärfte sich Chinas Konflikt mit der Sowjetunion weiter. Auf der internationalen Bühne betonte China erneut die Zugehörigkeit zur Dritten Welt und stellte sich hinter die 1974 erhobenen Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung.

### **2.2.5 Maos Tod: Beginn einer neuen Ära**

Nach dem Tod Maos und dem darauf folgenden Machtantritt Deng Xiaopings brach eine neue Phase der sino-afrikanischen Beziehungen an. Deng leitete Ende der 1970er-Jahre gravierende wirtschaftliche Reformen ein, die schließlich zur schrittweisen wirtschaftlichen Öffnung Chinas führten. Im Gegensatz zum Idealismus früherer Jahre war die chinesische Außenpolitik unter Deng Xiaoping von politischem Realismus geprägt. Die Modernisierung Chinas erforderte die Konzentration aller Kräfte, und Afrika verlor an Bedeutung für Chi-

na, das seine Außenpolitik nun auf weitgehend ideologiefreie Beziehungen zu den USA, Westeuropa und Japan fokussierte. Dennoch wurde der Süd-Süd-Dialog auch in den 1980er-Jahren nicht abgebrochen. 1982 wurde die neue außenpolitische Strategie Chinas auf Basis der 1954 als Nachbarschaftsabkommen mit Indien formulierten „Five Principles of Peaceful Coexistence“<sup>4</sup> präsentiert und die Zugehörigkeit zur Dritten Welt erneut betont, was durch Staatsbesuche des Premierministers Zhao Ziyang in zehn afrikanischen Staaten<sup>5</sup> in den Jahren 1982 und -83 unterstrichen wurde. Wie schon Zhou Enlai in den 1960er-Jahren beschwor auch Zhao Ziyang die Solidarität der Dritten Welt, doch rückte diese ideologische Komponente im Gegensatz zu früheren Jahren gegenüber der Argumentation einer gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklung in den Hintergrund. Auch konnte die Dritte-Welt Rhetorik nicht darüber hinwegtäuschen, dass Afrika nach 1978 einen Bedeutungsverlust in der chinesischen Politik erfuhr, was sich auch in sinkender Entwicklungshilfe und einem sinkenden Handelsvolumen niederschlug. Grund für diese Marginalisierung war neben Afrikas geringem ökonomischen Potential für Chinas Wachstumsstrategie auch die Entspannung des Verhältnisses Chinas zur Sowjetunion, wodurch Afrika an geostrategischer Bedeutung für China verlor.

### **2.2.6 Tiananmen und die Folgen für die Beziehungen zwischen China und Afrika**

Eine weitere Phase chinesischer Afrika-Politik brach mit den Ereignissen des Jahres 1989 an. Am 3. und 4. Juni beendete die chinesische Armee gewaltsam die friedliche Besetzung des Platzes des himmlischen Friedens (Tiananmen) durch Studenten, was zu scharfer Kritik von Seiten der westlichen Industriestaaten und zu einer schweren diplomatischen Krise führte. Aus Afrika hingegen waren kaum kritische Stimmen gegenüber dem Vorgehen der chinesischen Sicherheitskräfte zu hören, teilweise gab es sogar offene Unterstützung für Chinas militärische Niederschlagung der Proteste. So drückte beispielsweise Angolas Au-

---

<sup>4</sup> Die fünf Prinzipien lauten:

1. Mutual respect for each other's territorial integrity and sovereignty
2. Mutual non-aggression
3. Mutual non-interference in each other's internal affairs
4. Equality and mutual benefit
5. Peaceful co-existence

<sup>5</sup> Algerien, Kongo Brazzaville, Ägypten, Gabun, Guinea, Kenia, Marokko, Tansania, Zaire, Sambia und Simbabwe

Benminister „Unterstützung für das resolute Handeln, um die kontra-revolutionäre Rebellion niederzuschlagen“ (Taylor 1998:447) aus, und Namibias späterer Präsident Sam Nujoma schickte ein Telegramm, um der chinesischen Armee zu ihrem Einschreiten zu gratulieren (ebda.). Der Hintergrund für diese Haltung war die grundsätzliche Ablehnung von westlicher Einmischung und Kritik, der die Eliten vieler afrikanischer Staaten bezüglich ihrer eigenen Menschenrechtspolitik ausgesetzt waren. Dritte Welt-Solidarität und die pragmatische Überlegung, dass offene Kritik an Beijings Handeln Konsequenzen auf Entwicklungshilfe und Handelsbeziehungen haben könnte, dürften das Verhalten afrikanischer Staaten nach den Vorfällen von Tiananmen ebenfalls beeinflusst haben (Taylor 1998:447). China honorierte diese der Ablehnung des Westens entgegengesetzte Solidarität: Während die westliche Welt in den nächsten Jahren auf die Veränderungen in Osteuropa blickte, erfolgte in China eine Rückbesinnung auf „alte Freunde“ in der Dritten Welt.

In den 1990er-Jahren bemühte sich China wieder um eine aktivere Rolle im internationalen politischen System, was nicht zuletzt eine aus der zunehmenden wirtschaftlichen Globalisierung erwachsende Notwendigkeit war. Mit dem rasanten wirtschaftlichen Aufschwung und dem damit einhergehenden Bedarf an Rohstoffen, der nicht mehr aus den innerhalb der eigenen Grenzen vorhandenen Ressourcen gedeckt werden konnte, gewannen die Beziehungen zu Afrika ab Mitte der 1990er-Jahre an neuer Bedeutung. Mit großem Elan begann China, Afrika zu umwerben, und präsentierte sich als Partner für eine gleichwertige, intensive ökonomische Zusammenarbeit, von der beide Seiten profitieren würden. Der Hauptteil dieser Diplomarbeit ist dieser bis heute andauernden Phase sino-afrikanischer Kooperation gewidmet.

### **2.3 Die ersten vier Jahrzehnte chinesischer Entwicklungshilfe an Afrika**

Als Geburtsstunde der Idee von Entwicklungshilfe gelten die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, in denen die Bretton-Woods-Institutionen IMF und Weltbank vor dem Hintergrund des Wiederaufbaus Europas aus der Taufe gehoben wurden. Als erstes großes Hilfsprogramm der Geschichte gilt das auf Initiative von US-Außenminister George C. Marshall geschaffene *European Recovery Program*, auch bekannt als „Marshall-Plan“. Konzipiert mit

dem Ziel des Wiederaufbaus der europäischen Wirtschaft, war dieses großzügige Hilfsprogramm auch ein Instrument im Rahmen der Ost-West-Rivalität dieser Zeit, und sollte kommunistischen Einfluss in Europa fernhalten bzw. zurückdrängen. Von ähnlicher Intention waren auch US-Hilfsprogramme an Korea und Taiwan getragen, die die südkoreanische bzw. die nationalchinesische Regierung gegen die „kommunistische Bedrohung“ stärken sollten (vgl. Raffer & Singer 2001:64ff). So bezeichnen Raffer und Singer (2001:66) den Kalten Krieg als einen, wenn nicht sogar den wichtigsten Grund für die Entstehung von Entwicklungshilfe in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg.

Vor diesem Hintergrund erstaunt es wenig, dass auch die kommunistische Regierung der Volksrepublik China wenige Jahre nach Schaffung des Marshall-Plans eigene Ambitionen im Bereich der Entwicklungshilfe verfolgte. Schon Mitte der 1950er-Jahre, als China selbst nach allen Kriterien „Entwicklungsland“ und gemessen am Nationalprodukt weit ärmer als die zu diesem Zeitpunkt unabhängigen afrikanischen Staaten war, begann China, Entwicklungshilfe an Afrika zu leisten. Diese Tradition wurde bis in die Post-Tiananmen-Jahre ohne vollständige Unterbrechung beibehalten.

Ähnlich den im vorigen Kapitel skizzierten Phasen sino-afrikanischer Beziehungen durchlief auch die Entwicklungshilfe Chinas an afrikanische Staaten verschiedene Veränderungen, die nun analysiert werden sollen. Dabei wird ein deutlicher Zusammenhang zwischen Motivation, Ausmaß und Zielgebieten der Entwicklungshilfe und außen- wie innenpolitischen Entwicklungen wie dem Ringen um den bis 1971 von der Republik China (Taiwan) gehaltenen Sitz in der UNO oder der schrittweisen wirtschaftlichen Öffnung Chinas ab Ende der 1970er-Jahre deutlich.

### **2.3.1 Die Anfänge: „The poor are helping the poor“**

Der Beginn chinesischer Entwicklungshilfe wird mit dem Jahr 1953 angesetzt (Lin 1996:47), wobei Afrika zunächst nicht zu deren Zielgebieten gehörte. Der Schwerpunkt chinesischer Entwicklungshilfe lag zunächst auf den benachbarten asiatischen Ländern, prioritär war jedoch zunächst die Entwicklung der riesigen westlichen Hälfte des eigenen Landes. Wenige Jahre später wurde Afrika zu einer der wichtigsten Zielregionen für chinesische Entwicklungshilfe. Den Anfang machte dabei Ägypten: Nachdem im Rahmen der Bandung-

Konferenz 1955 erste Beziehungen zwischen China und Ägypten geknüpft worden waren, folgte während der Suez Krise 1956 die erste Entwicklungshilfeleistung Chinas an ein afrikanisches Land in Form eines Geschenks von 4,7 Millionen US\$ (Ogunsanwo 1974:9).

Von nennenswerten wirtschaftlichen Hilfsprogrammen Chinas an Afrika kann in den 1950er-Jahren noch nicht gesprochen werden. Chinas ökonomische Möglichkeiten zu diesem Zeitpunkt waren stark beschränkt, die Politik des „großen Sprung nach vorn“, die die Industrialisierung Chinas zum Ziel hatte, schlug katastrophal fehl und führte zu dramatischen Hungersnöten im eigenen Land, der 20 bis 40 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Während China trotz dieser schweren internen Probleme bereits vereinzelte Hilfsprogramme in Nordkorea, Nordvietnam, in der Mongolei, in Albanien und Ungarn durchführte (Ogunsanwo 1974:40), war die Zeit für ausgedehnte Entwicklungshilfe an Afrika noch nicht reif. Noch befand sich ein großer Teil Afrikas in direkter Abhängigkeit (als Kolonie oder abhängiges Gebiet) von Kolonialmächten, nur Ägypten, Äthiopien, Liberia und Südafrika existierten 1950 als unabhängige afrikanische Staaten und damit als mögliche Zielgebiete von Entwicklungshilfe. Dies sollte sich mit der in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre beginnenden Dekolonisierung ändern.

Zu den ersten afrikanischen Staaten, die chinesische Entwicklungshilfe erhielten, zählte – nicht zufällig – Guinea. Das westafrikanische Land schlug nach Erlangen der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1958 als einzige der ehemaligen Kolonien des *Afrique Occidentale Française*, dem französischen Kolonialreich in Westafrika, den Weg der vollständigen Loslösung von Frankreich ein. In einer Volksabstimmung über den Verbleib in der Gemeinschaft autonomer Überseegebiete der ehemaligen Kolonialmacht stimmte die Bevölkerung Guineas ganz im Sinne des Staatspräsidenten Sekou Touré mit „Nein“ und zog damit „die Armut in Freiheit dem Reichtum in der Sklaverei“ vor, wie Touré verkündete (Schicho 2001:331). Die Folge waren der Abzug aller französischen Beamten und Fachkräfte aus dem Land sowie die teilweise Zerstörung von Infrastruktur durch die das Land verlassenden Europäer, was zu einem weitgehenden Zusammenbruch der Wirtschaft Guineas führte. China war von diesem vollständigen Bruch Tourés mit Frankreich, der Maos Vision eines revolutionären Afrika entsprach, begeistert und sagte 1959 trotz drastischen Nahrungsmittelmangels im

eigenen Land eine Hilfslieferung von 10.000 Tonnen Reis an Guinea zu. Im Jahr 1960 folgte ein zinsfreier Kredit in Höhe von 25 Mio. US\$.

Auch zwei weitere westafrikanische Staaten erhielten kurz nach ihrer Unabhängigkeit Starthilfe von China: Nachdem Ghana im Jahr 1960 nach der 1957 erlangten Unabhängigkeit zur Republik wurde, schloss Präsident Nkrumah einen Freundschaftsvertrag mit Beijing ab und erhielt im Zuge dessen einen zinsfreien Kredit in der Höhe von 20 Mio. US\$ (Nielsen 1969:223). Auch das sozialistische Mali unter Modibo Keita wurde 1960 mit einem Entwicklungshilfekredit aus Beijing bedacht. China erhielt im Gegenzug für diese Zuwendungen die diplomatische Anerkennung durch die jungen Staaten.

Die Motive für Chinas irrational scheinende Großzügigkeit in Zeiten größter Not im eigenen Land waren zweierlei. Neben der proklamierten Solidarität mit befreundeten Völkern und deren Kampf gegen den weltweiten Imperialismus war das Engagement in Afrika auch ein Versuch, der von den USA getragenen internationalen Isolation zu entkommen und diplomatische Anerkennung zu erlangen – ein Ziel, das die Afrika-Politik Chinas in den folgenden Jahren wie bereits erwähnt noch deutlicher bestimmen sollte. Doch selbst vor diesem realpolitischen Hintergrund waren die Anfänge chinesischer Entwicklungshilfe in Afrika von einem bemerkenswerten Idealismus geprägt. „The poor help the poor“ (Snow 1988:144) lautete das Credo in dieser ersten Phase chinesischer Entwicklungspolitik gegenüber Afrika.

### **2.3.2 1960er-Jahre: Umwerben der neuen afrikanischen Staaten**

Mit der fortschreitenden Unabhängigkeit Afrikas waren im Laufe der frühen 1960er-Jahre die Rahmenbedingungen für die Ausweitung der chinesischen Entwicklungshilfe an Afrika gegeben. Mit großzügigen Geschenken und zinsfreien Krediten begann China, die jungen Staaten zu umwerben. Im Jänner 1964 präsentierte Zhou Enlai bei einem Staatsbesuch in Somalia im Zuge einer großen diplomatischen Afrika-Offensive folgende acht Prinzipien, nach denen die chinesische Entwicklungshilfe gestaltet werden sollte:

- Chinesische Entwicklungshilfe folge dem Prinzip von Gleichheit und gegenseitigem Nutzen. Demnach handle es sich dabei nicht um unilaterale Almosen, vielmehr würde

China selbst durch die Entwicklung von befreundeten Staaten und deren Befreiung aus der kolonialen Kontrolle profitieren.

- Die chinesische Regierung respektiere die Souveränität der Empfängerländer und verlange weder irgendeine Art der Bevorzugung, noch sei die Hilfe an Konditionen gebunden.
- Kredite würden zinsfrei oder zu niedrigen Zinssätzen vergeben.
- Ziel chinesischer Entwicklungshilfe sei es nicht, Abhängigkeit von China zu erzeugen, sondern die Empfängerstaaten auf ihrem Weg zur wirtschaftlichen und politischen Eigenständigkeit zu unterstützen.
- Die chinesische Regierung versuche ihr Bestes, Empfängerländer beim Aufbau von Projekten zu unterstützen, die niedrige Investitionen erfordern und schnelle Ergebnisse bringen, sodass die Länder ihr Einkommen erhöhen und Kapital akkumulieren können.
- Die chinesische Regierung liefere Produkte bester Qualität von eigenen Herstellern zu internationalen Marktpreisen.
- Die chinesische Regierung stelle durch begleitende technische Hilfe sicher, dass lokales Personal die in den Hilfsprojekten eingesetzte Technik voll beherrsche.
- Chinesische Experten hätten keinen Anspruch auf besondere Privilegien, sondern müssten sich mit dem selben Lebensstandard wie lokale Experten begnügen.

(Aus der Rede Zhou Enlais vom 15. Jänner 1964 in Somalia, zitiert nach Copper 1974:155)

Diese Prinzipien spiegelten Chinas eigene Erfahrungen als Empfänger von Entwicklungshilfe wider und unterschieden sich in wesentlichen Punkten von der oft paternalistischen und gönnerhaften westlichen Entwicklungshilfe. Chinas Abneigung gegen die im 19. Jahrhundert selbst erfahrene Vorschreibung von Politikmaßnahmen durch fremde Mächte (vgl. „Ungleiche Verträge“ in Kapitel 2.2.1) wurde von vielen afrikanischen Ländern geteilt, viele afrikanische Staaten waren nach ihrer Unabhängigkeit von der vielfach an Konditionalitäten gebundenen westlichen Entwicklungshilfe enttäuscht.<sup>6</sup> China sah in seiner Entwicklungshil-

---

<sup>6</sup> Tanzania beispielsweise verfolgte schon in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit eine kritische Haltung gegenüber (westlicher) Entwicklungshilfe und forderte „Hilfe ohne politische und wirtschaftspolitische Bedingungen“ (vgl. Mukandala 1999:35)

fe eine Chance, moralische Überlegenheit gegenüber dem Westen zu zeigen. Mit sehr günstigen Kreditkonditionen, besonders aber mit dem Verzicht auf Einmischung und Konditionalität, hob sich die chinesische Entwicklungshilfe von jener des Westens ab. Während westliche Entwicklungshilfeexperten in den besten Hotels residierten und damit die Rückzahlungsraten der Hilfskredite erhöhten, mussten sich chinesische Entwicklungshelfer mit dem selben Lebensstandard wie ihre lokalen Kollegen und Mitarbeiter begnügen. Während die ehemaligen Kolonialherren des Westens ihre imperialistische Interessenspolitik in Afrika im neuen Gewand der Entwicklungshilfe fortführen würde, käme aus China die genuine Hilfe eines befreundeten Volkes, so die chinesische Propaganda. Und tatsächlich finden sich in der Literatur zahlreiche Beispiele von chinesischen Entwicklungshilfeprojekten der Frühphase, die von beachtlicher Großzügigkeit gekennzeichnet sind. So unterstützte China beispielsweise Marokko beim Aufbau einer Tee-Produktion, obwohl Marokko ein wichtiger Abnehmer von Tee aus China war (Ogunsanwo 1974:89f) und vergab im Gegensatz zu den Industrienationen, deren Kredite sich in ihren Konditionen oft nicht wesentlich von jenen am freien Finanzmarkt üblichen unterschieden, zinsfreie Kredite zum Beispiel an Algerien und Somalia.

Mit der Unabhängigkeit von mehr und mehr afrikanischen Ländern dehnte sich auch die chinesische Entwicklungshilfe an Afrika aus. Im Zeitraum von 1963 bis 1965 leistete China neue Zusagen zur Finanzierung von Hilfsprogrammen an zahlreiche afrikanische Staaten. Der Historiker Philipp Snow schreibt von einem „philanthropischen Kreuzzug“ Chinas in Afrika in dieser Periode (Snow 1988:146), im Zuge dessen die Hilfe an Staaten wie Kongo Brazzaville, Mali, Guinea, Ägypten, Dahomey, Zentralafrikanische Republik und Kenia weiter intensiviert wurde. Neben diesen Ländern wurden auch Algerien, wo China einen Hilfsappell in Form von Geschenken von Getreide, Stahl und Medikamenten beantwortete (Ogunsanwo 1974:92), und Somalia mit Entwicklungshilfe aus China unterstützt. Als Somalia beispielsweise 1963 britische Hilfe ablehnte, war China mit einem zinsfreien Kredit zur Stelle und leistete nach einer Ernährungskrise 1965 Nahrungsmittelhilfe und medizinische Hilfe (Ogunsanwo 1974:153). Auch organisatorisch erhielt die Entwicklungshilfe zu diesem Zeitpunkt in dem neu eingerichteten Ministerium für Außenhandelsbeziehungen neues Gewicht in Beijing.

Die chinesische Entwicklungshilfe der frühen 1960er-Jahre war wie schon jene der ersten Phase von moralischen Vorstellungen über Solidarität und der Idee, revolutionäre Bewegungen in Ländern der Dritten Welt zu unterstützen, geleitet. Ihr Ziel war, zur „Realisierung des großen Ideals des Kommunismus und [dem] Schaffen einer neuen Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutung“ (Grundsatzpapier „China's Economic and Technical Aid to Other Countries“, zitiert nach Copper 1974:157-158) beizutragen, so die offizielle Rhetorik. Sie war jedoch auch ein Instrument zur Erreichung des realpolitischen Ziels, die (gegenseitige) diplomatische Anerkennung der jungen afrikanischen Staaten zu erlangen – ein Ziel, das auch Taiwan mit einer aktiven Afrika-Politik verfolgte. Bereits in den frühen 1960ern begann Taipei, Entwicklungshilfe an afrikanische Staaten zu leisten, um seinen Sitz in den Vereinten Nationen zu sichern, was den Auftakt zu einem regelrechten Wettlauf mit China bedeuten sollte (Cheng 1992). So wurden die Beziehungen einiger afrikanischer Staaten zu Beijing und Taipei regelrecht durch die Höhe der Entwicklungshilfeleistungen, die die beiden Länder zu geben bereit waren, bestimmt. Anhand einer Gegenüberstellung von Hilfsempfängern und ihrem jeweiligen Abstimmungsverhalten in der China-Frage in den Vereinten Nationen lässt sich zeigen, dass Entwicklungshilfe sowohl für die Volksrepublik China, als auch für Taiwan ein wirksames Mittel zur Erlangung diplomatischer Anerkennung war (siehe Copper 1976:85).

Trotz einem angesichts der wirtschaftlichen Lage Chinas beeindruckenden Engagement in Afrika in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre war das Gewicht chinesischer Hilfe verglichen mit jener aus der Sowjetunion und seitens westlicher Geber verhältnismäßig gering. Während Chinas Hilfe für einige wenige afrikanische Staaten in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit eine relevante ökonomische Hilfe bedeutete, wurde der Rat Chinas, keine Hilfe von westlichen Staaten anzunehmen, von keinem einzigen afrikanischen Land befolgt. Das ambitionierte Ziel, mit der Unterstützung für Afrika die „Weltrevolution“ voranzutreiben, sollte sich nicht erfüllen.

### **2.3.3 Kulturrevolution: Kein Ende der Hilfe**

Während die 1966 beginnende Kulturrevolution zu einer Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zwischen den meisten afrikanischen Staaten und China führte, bedeute-

te sie keinen vollständigen Bruch in der chinesischen Entwicklungshilfe an Afrika. Ganz im Gegenteil wurde die Zusammenarbeit mit einigen ausgewählten Staaten sogar intensiviert (Yu 1988:854). So fällt der Beginn des bis dato größten Entwicklungshilfeprojekts Chinas in Afrika, der Bau der TAZARA Eisenbahnverbindung zwischen Sambia und Tansania, in diesen Zeitraum. Das Binnenland Sambia, bis 1964 britische Kolonie unter dem Namen Nord-Rhodesien, war für den Export seiner Bodenschätze und den Import von Waren auf eine Eisenbahnverbindung zum Meer angewiesen. Die von der Kolonialregierung gebaute Strecke führte durch das von Ian Smiths weißem Siedlerregime regierte Rhodesien und durch Südafrika. Um einen Zugang zum Meer zu schaffen, der nicht jederzeit von den feindlichen Nachbarn unterbrochen werden konnte, planten die beiden befreundeten Staaten Sambia und Tansania den Bau einer 2000 Kilometer langen Eisenbahnverbindung zwischen dem im sambischen Hochland gelegenen Kapiri Mposhi und der tansanischen Stadt Dar es Salaam am indischen Ozean. Nachdem die Weltbank einen Antrag auf die Finanzierung des Großprojektes mit der Begründung, dass es wirtschaftlich nicht sinnvoll sei, abgewiesen hatte, wandte sich der sambische Präsident Kenneth Kaunda nach mehreren Versuchen, einen Finanzierungspartner zu finden, schließlich an die chinesische Führung. Diese ließ 1965 eine Machbarkeitsstudie durchführen, zwei Jahre später wurden, ungeachtet der sich in China in vollem Gang befindlichen Kulturrevolution, die ersten Verträge über einen zinsfreien Hilfskredit in der Höhe von zirka 400 Millionen US\$ zur Finanzierung des Baus der Eisenbahnlinie abgeschlossen. Mit diesem Finanzierungsvolumen war die Tan-Zam Eisenbahn das größte Infrastrukturprojekt in Sambia und Tansania und zu diesem Zeitpunkt überhaupt eines der größten je durchgeführten Hilfsprojekte in Afrika. China lieferte damit ein starkes Bekenntnis zu seinem Engagement in Afrika, durch das es sich in eine Liga mit den Weltmächten USA und Sowjetunion begab und die Entwicklungshilfe des verfeindeten Taiwan ausstechen konnte. Ähnlich wie der Assuan-Staudamm für die Sowjetunion sollte die Tan-Zam Eisenbahn das Prestigeprojekt Chinas in Afrika werden und dem Ansehen der Volksrepublik in der Dritten Welt dienen. Zusätzlich sah China darin die Chance, strategischen Einfluss in Ostafrika zu gewinnen und von Sambia ausgehend seine Unterstützung für den Kampf gegen den Imperialismus, repräsentiert durch die Regimes in Simbabwe und Südafrika im Süden bzw. die portugiesische Kolonialmacht in Angola im Westen und in

Mosambik im Osten, auszubauen.

Zwischen 1966 und 1968 wurden auch andere zuvor begonnene Hilfsprojekte in Afrika fertig gestellt, weitere Hilfszusagen wurden beispielsweise an Mali, Guinea, Tansania, Sambia, Mauretanien und Kongo Brazzaville gemacht. So wurde beispielsweise 1967 ein Vertrag mit den Regierungen Guineas und Malis über den Bau einer Eisenbahnlinie zwischen den beiden Ländern unterzeichnet – ein Projekt, das allerdings aufgrund des Putsches gegen den malischen Präsident Modibo Keita im Jahr 1968 nie fertig gestellt wurde.

In der geographischen Verteilung chinesischer Entwicklungshilfe an Afrika lässt sich in den späten 1960er-Jahren, besonders durch die Konzentration auf Sambia und Tansania, eine Verschiebung von West- nach Ostafrika feststellen. Nordafrika, in dem China gegenüber der Sowjetunion an Einfluss verloren hatte, wurde weitgehend aufgegeben und der Fokus auf das subsaharische Afrika verlegt.

#### **2.3.4 1970-1978: Intensivierung chinesischer Entwicklungshilfe an Afrika**

Nachdem die intensive Phase der Kulturrevolution zu Ende gegangen war, kam es zu einer weiteren Ausdehnung der chinesischen Entwicklungshilfe an Afrika. So kamen neue Länder wie beispielsweise Äquatorialguinea zu der Liste der chinesischen Hilfsempfänger hinzu, Äthiopien erhielt mit einem zinsfreien Kredit in der Höhe von 33,5 Millionen Pfund den bis zu diesem Zeitpunkt höchsten Entwicklungshilfekredit Chinas mit Ausnahme der für die Tan-Zam Eisenbahnlinie an Tansania gewährten Gelder. Auch der Sudan, dessen Beziehungen zur Sowjetunion sich verschlechtert hatten, erhielt von China einen zinsfreien Kredit in der Höhe von 14,5 Millionen Pfund. Im Jahr 1970 erreichte die gesamte chinesische Entwicklungshilfe einen Höhepunkt, der bis zum Jahr 1993 nicht übertroffen werden sollte (Lin 1996:38). Besonders für arme Staaten wie Guinea, Tansania und Kongo Brazzaville war die chinesische Hilfe dieser Jahre eine willkommene Unterstützung. Der Beitrag chinesischer Entwicklungshilfe zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder ist jedoch umstritten, handelte es sich bei vielen der chinesischen Hilfsprojekte, zum Beispiel den von China finanzierten Sportstadien in Tansania, Benin und Sierra Leone, um reine Prestigebauten.

Die Ausweitung von Chinas Entwicklungshilfebemühungen trug zur diplomatischen Aner-

kennung durch weitere afrikanische Staaten bei, was sich bei der Albanien-Resolution 1971, in der die große Mehrheit der afrikanischen Staaten Beijing gegenüber Taipei den Vorzug gab, bezahlt machte. Motor für Chinas Engagement war neben der Konkurrenz mit Taiwan auch die weitere Verschlechterung der Beziehungen mit Moskau nach Konflikten an der sowjetisch-chinesischen Grenze. Die Bedrohung durch den nördlichen Nachbarn verstärkte Chinas Bemühungen um eine Absicherung seines internationalen Status. Chinas Entwicklungshilfe der 1970er-Jahre war somit Teil des Versuchs, die internationale Bedeutung einer Großmacht zu erlangen und wuchs auf ein Niveau an, das den Vergleich zur Sowjetunion und den USA nicht scheuen musste (Copper 1976:XI).

Zwischen 1970 und 1977 sagte China Hilfgelder in der Höhe von insgesamt 1,9 Milliarden US\$ an afrikanische Länder zu (Yu 1988:855). Bis Anfang der 1980er-Jahre waren 150.000 chinesische Arbeitskräfte zur Durchführung von über 500 Hilfsprojekten in verschiedenste Länder Afrikas entsandt worden. Neben landwirtschaftlichen Projekten und Industrieanlagen schufen sie zahlreiche Infrastrukturprojekte, die sich über den ganzen Kontinent verteilten. Straßen in Ruanda, eine Hafenanlage in Mauretanien oder eine Brücke über den Blauen Nil im Sudan zeugten von zwei Jahrzehnten chinesischer Entwicklungshilfe in Afrika (Snow 1988:150). Insgesamt leistete China bis 1976 Entwicklungshilfe an 30 afrikanische Staaten<sup>7</sup>, von denen ein Großteil zum Zeitpunkt der Hilfe über ein höheres BIP/Kopf verfügte als China (Copper 1976:2-3).

### **2.3.5 Reform der Entwicklungspolitik im Zuge der Orientierung auf die eigene Entwicklung**

Die Durchsetzung von Deng Xiaopings politischem Programm der Liberalisierung und Modernisierung beim dritten Plenum des 11. Zentralkomitees der KP Chinas, das eine Kursänderung weg von einer Ideologie des kommunistischen Egalitarismus hin zu einem marktwirtschaftlich geprägten Leistungsdenken einleitete, blieb nicht ohne Auswirkung auf die chinesische Entwicklungspolitik. 1983 präsentierte Premierminister Zhao Ziyang in

---

<sup>7</sup> Algerien, Ghana, Kongo Brazzaville, Sambia, Mauretanien, Kenia, Zentralafrikanische Republik, Uganda, Guinea, Tansania, Mali, Somalia, Äthiopien, Äquatorialguinea, Sierra Leone, Burundi, Ruanda, Togo, Nigeria, Dahomey (Benin), Kamerun, Zaire (Demokratische Republik Kongo), Mauritius, Madagaskar, Niger, Obervolta (Burkina Faso), Tschad, Mosambik, Gabun, Angola

Chinas wichtigstem Empfängerland in Afrika, Tansania, das neue Grundsatzpapier chinesischer Entwicklungshilfe für Afrika, die „Four Principles on Sino-African Economic and Technical Co-operation“. Darin wurden deutlicher als zuvor der gegenseitige Nutzen einer gemeinsamen Entwicklung sowie die wirtschaftliche Effektivität hervorgehoben. Chinas Entwicklungspolitik vollzog wie die gesamte chinesische Politik unter Deng Xiaoping eine Wende von einem ideologisch motivierten Idealismus hin zu einem pragmatischem Realismus und war vom Interesse an der eigenen Entwicklung bestimmt. Für die Entwicklungshilfe für Afrika bedeutete dies einen graduellen Rückgang trotz enormen Anwachsens von Chinas Wirtschaftsleistung im selben Zeitraum (Taylor 1998:450).

Grund für den Rückgang der Hilfe war neben der Konzentration auf die eigene Modernisierung, für die Afrika keine bedeutende Rolle beigemessen wurde, auch die in den 1970er-Jahren schrittweise erfolgte Verbesserung der Beziehungen Chinas zu den USA und in den 1980ern auch zur Sowjetunion. Der geopolitische Bedeutungsverlust Afrikas wirkte sich negativ auf Chinas Bereitschaft aus, Entwicklungshilfe an Afrika zu leisten:

„Indeed, China no longer saw the continent as an area where Beijing could or should combat either American or particularly Soviet influence.“ (Taylor 1998:445)

Die 1980er-Jahre bedeuteten ein vorläufiges Ende großer Hilfszusagen und großer technischer Hilfsprojekte (Yu 1988:857). Auch organisatorisch spiegelte sich der Bedeutungsverlust der Entwicklungshilfe beziehungsweise der Richtungswandel *from aid to trade* in der Eingliederung des bis dahin für Entwicklungshilfe zuständigen Ministeriums für Außenhandelsbeziehungen in das Handelsministerium wider. Entwicklungshilfe musste von nun an für Geber und Empfänger gleichermaßen von Nutzen sein, die eigenen wirtschaftlichen Interessen rückten über die Bedürfnissen der Empfängerländer.

Trotz dieser Rationalisierung der Entwicklungspolitik blieb China im Umgang mit Schulden aus Entwicklungshilfekrediten seiner früheren Großzügigkeit verpflichtet. Anders als die westlichen Geberinstitutionen Weltbank und IWF, die ihren Schuldnerstaaten Strukturanpassungsprogramme aufzwangen, um deren Potential zur Rückzahlung von Schulden zu

erhöhen, gewährte China großzügig Aufschub und teilweise Schuldenerlässe (Snow 1988:181).

Die 1980er bedeuten für Afrika dennoch auch in der Kooperation mit China eine „Lost Decade“, was sich neben der Marginalisierung des Handels auch in der schrumpfenden Entwicklungshilfe ausdrückte. China konzentriert sich auf die eigene Entwicklung, und auch die Entwicklungshilfe wurde diesem Ziel untergeordnet: Das Prinzip der „Hilfe“ wich zunehmend jenem der ökonomischen Kooperation.

### **2.3.6 Anstieg der Hilfe nach Tiananmen**

Während Afrika nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der kommunistischen Regimes in Osteuropa aus Sicht der Industrienationen weiter an Bedeutung verlor, und das Ende des Kalten Krieges zu einem weltweiten Rückgang der Entwicklungshilfe führte, lebte das Interesse an Afrika in China neu auf. Nach der internationalen Isolierung in Folge der Ereignisse von Tiananmen schlug die Volksrepublik einen außenpolitischen Kurs ein, der den Entwicklungsländern neue Bedeutung einräumte. Zwischen 1989 und 1992 besuchte Chinas Außenminister Qian Qichen 14 afrikanische Staaten und gab dabei großzügige Zusagen für Entwicklungshilfe. Ganz offensichtlich wurde Entwicklungshilfe als gezieltes Instrument der Außenpolitik eingesetzt: Afrikanische Staaten wurden für ihre Solidarität nach Tiananmen mit Entwicklungshilfe belohnt und neue internationale Verbündete gesucht, die keine Ambition zeigten, sich in Chinas Menschenrechtspolitik einzumischen. Nicht zufällig lässt sich im Jahr 1989 ein starker Anstieg der chinesischen Entwicklungshilfe feststellen, der in den folgenden Jahren anhalten sollte. Afrika, wo mehr als die Hälfte der Empfängerstaaten chinesischer Entwicklungshilfe lagen (Taylor 1998:450), war wie schon in den 1960er und 1970er-Jahren wichtiges Zielgebiet dieser Hilfe.

## **3 DIE RÜCKKEHR CHINAS NACH AFRIKA**

In Folge des Endes des Kalten Krieges und der internationalen Isolierung Chinas nach der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste am Tiananmen-Platz kam es wie bereits beschrieben zu einem Wiederaufleben der sino-afrikanischen Beziehungen. War es zunächst die Suche nach politischen Verbündeten, die zu einer Rückbesinnung auf die Staaten der Dritten Welt führte, waren es im Zuge der zweiten Hälfte der 1990er ökonomische Faktoren, die Chinas Interesse an Afrika förderten. Nachdem China 1993 erstmals gezwungen war, Öl zu importieren um dem bedingt durch die Industrialisierung rasant steigenden Verbrauch gerecht zu werden, erlangte das rohstoffreiche Afrika eine neue strategische Bedeutung für China. Die zunehmend von ökonomischen Gesichtspunkten geprägte Kooperation zwischen China und Afrika, die mit dem im Jahr 2000 ins Leben gerufenem „Forum of China Africa Co-operation“ (FOCAC) einen institutionellen Rahmen und einen zusätzlichen Impuls erhielt, hält bis heute unvermindert an und wird sich allen Anzeichen nach in den kommenden Jahren weiter intensivieren.

Der gegenwärtige Boom von Chinas Engagement in Afrika wird in verschiedenen Bereichen sichtbar. Ganz deutlich in den explodierenden Außenhandelsbilanzen, aber auch in international weniger rezipierten Phänomenen wie einer wachsenden Migration von China nach Afrika. Auch auf politischer Ebene zeigt China verstärktes Interesse an Afrika, wie beispielsweise beim Treffen der Afrikanischen Union in Banjul, Gambia, im Juli 2006 deutlich wurde, wo die chinesische Delegation jene aus Frankreich, Großbritannien und den USA zahlenmäßig in den Schatten stellte (IHT 2006).

Bevor im nächsten Kapitel auf die aktuelle Entwicklungshilfe Chinas an Afrika eingegangen wird, sollen hier zunächst die verschiedenen Aspekte der gestiegenen Präsenz Chinas in Afrika beschrieben werden.

### **3.1 Handel**

Seit Beginn seiner schrittweisen wirtschaftlichen Öffnung Ende der 1970er-Jahre hat China seinen Anteil am Welthandel enorm ausbauen können. Machten Chinas Exporte 1978 1 %

der weltweiten Exporte aus, waren es 2005 bereits 7,3 %. Im Sommer 2006 überholte China die USA und liegt nun in der Liste der Länder mit dem höchsten Exportvolumen auf Platz zwei hinter Deutschland (Chaponnière 2007:3). Einen noch beeindruckenderen Anstieg erlebte der Handel Chinas mit Afrika: Lag das Gesamtvolumen im Jahr 1989 bei 1,2 Mrd. US\$, erreichte es zur Jahrtausendwende bereits 10 Milliarden Dollar. Zwischen 2000 und 2004 erfolgte fast eine Verdoppelung auf 18 Mrd. US\$, alleine im Jahr 2005 verdoppelte sich das Handelsvolumen erneut auf 40 Mrd. US\$. Seit 2005 ist China hinter den USA und Frankreich der drittgrößte Handelspartner Afrikas, seit 2006 der weltweit bedeutendste Exporteur in das subsaharische Afrika (Delefosse 2007:5).

Derzeit unterhält China Handelsbeziehungen mit 50 afrikanischen Ländern, mit 40 davon wurden bilaterale Handelsverträge abgeschlossen. Der Handel zwischen China und Afrika erfolgt in beide Richtungen: Die wichtigsten Herkunftsländer für Importe Chinas aus Afrika sind Angola, Südafrika, Sudan, die Republik Kongo, Äquatorialguinea, Nigeria und Gabun, wobei diese Länder mit Ausnahme Südafrikas allesamt zu den zehn größten Ölproduzenten Afrikas zählen<sup>8</sup> und Südafrika ein wichtiger Produzent anderer Rohstoffe ist. Den weitaus größten Teil der Importe Chinas aus Afrika macht Öl aus, dazu kommen weitere Bodenschätze, aber auch landwirtschaftliche Produkte wie Baumwolle, Kakao und Kaffee sowie Holz und Fisch. China ist hinter den USA der weltweit zweitgrößte Ölverbraucher, und der tägliche Ölbedarf Chinas übersteigt die Eigenproduktion um ein Vielfaches. Bereits ein Drittel seines Ölbedarfs deckt China über Importe aus Afrika und ist damit zweitgrößter Abnehmer afrikanischer Ressourcen nach den USA. Während die Importe Chinas aus Afrika also weitgehend von Rohstoffen bestimmt sind, stellen einzig die Handelsbeziehungen mit Südafrika, das neben Rohstoffen auch geringe Mengen von Fertigwaren nach China exportiert, eine Ausnahme dar.

Die wichtigsten Abnehmer von chinesischen Exporten nach Afrika sind derzeit Südafrika, Nigeria, Sudan, Benin, Ghana, Togo und Kenia<sup>9</sup>. Diese Exporte bestehen größtenteils aus

---

<sup>8</sup> Diese sind: Nigeria, Algerien, Libyen, Angola, Ägypten, Sudan, Äquatorialguinea, Kongo Brazzaville, Gabun und der Tschad (vgl. Frynas & Paulo 2006:18).

<sup>9</sup> Stand 2006, Statistikerservice des Internationalen Währungsfonds unter <http://ifs.apdi.net/imf>

Textilien, Industrieprodukten, Tee, Reis, landwirtschaftlichen Maschinen und chemischen Rohmaterialien (China 2006a:7). Betrachtet man die Warenflüsse des China-Afrika Handels zeigt sich eine große Ähnlichkeit zu dem von Europa zu Kolonialzeiten geschaffenen System des Rohstoffimports aus Afrika bei gleichzeitigem Export von verarbeiteten Gütern nach Afrika.

Die Handelsbilanzen der letzten Jahre zeigen, dass die Exporte Chinas nach Afrika nicht mit den steigenden Rohstoff-Importen Schritt halten. Insgesamt ergibt sich aus Sicht Afrikas eine positive Handelsbilanz mit China, die jedoch im wesentlichen den Exporten einiger großer Erdölproduzenten wie Angola geschuldet ist. Viele der rohstoffarmen Staaten Westafrikas wie zum Beispiel Senegal weisen eine negative Handelsbilanz mit China auf.

Obwohl durch das Wachstum der letzten Jahre beeindruckend, macht der Handel mit Afrika nur 2,4 % des chinesischen Außenhandels aus. Das ist zwar ein doppelt so hoher Prozentsatz wie Afrikas Anteil am Weltmarkt, verglichen mit Chinas Handel mit Asien jedoch marginal. Es gibt jedoch ein beiderseitiges Bekenntnis zur Schaffung von Rahmenbedingungen, die den Handel zwischen China und Afrika weiter stark anwachsen lassen sollen<sup>10</sup>. Auch von der Verhandlungsbereitschaft Chinas für Freihandelsabkommen mit afrikanischen Staaten bzw. regionalen Wirtschaftsgemeinschaften ist im Grundsatzpapier zur chinesischen Afrika-Politik (China 2006) zu lesen. Bis zum Jahr 2010, so verlautbarte der chinesische Premierminister Wen Jiabao im Zuge des letzten Gipfels des China-Afrika-Kooperationsforum in Beijing, soll sich das Handelsvolumen zwischen China und Afrika auf 100 Milliarden US\$ pro Jahr erhöhen.

Die Folgen des steigenden Außenhandels mit China, der einerseits dringend benötigte Deviseneinnahmen für die Ökonomien Afrikas, andererseits billige Konsumgüter für afrikanische Konsumenten bringt, werden nicht nur positiv beurteilt. Ein wichtiger Kritikpunkt ist die Verfestigung der Rolle als Rohstoffproduzent und der daraus resultierende mangelnde Anreiz einer Diversifizierung der Wirtschaft afrikanischer Staaten. Zahlreiche Beispiele aus der Geschichte Afrikas zeigen, dass sich ein Ressourcen-Boom langfristig negativ auf die

---

<sup>10</sup> So angekündigt im „Forum On China-Africa Cooperation Beijing Action Plan (2007-2009)“, siehe Literaturverzeichnis FMPRC 2006a

gesamtwirtschaftliche Entwicklung eines Landes auswirken kann<sup>11</sup>. Weitere Kritik bezieht sich auf die Konkurrenz für afrikanische Produzenten durch den Import chinesischer Billigwaren, von dem vor allem Länder mit relevanter Industriegüterproduktion wie beispielsweise Südafrika und Mauritius betroffen sind<sup>12</sup>.

Um negative Folgen des Handels zwischen Afrika und China abzufedern, wurden bereits erste Schutz- und Fördermechanismen angestrebt. So erlaubt China beispielsweise die zollfreie Einfuhr von 190 Gütern, darunter Lebensmittel, Textilien und Mineralstoffe, aus 29 afrikanischen Least Developed Countries.<sup>13</sup> Mit Südafrika besteht ein Abkommen, das chinesische Exporte von Textilien limitiert, um die lokale Textilindustrie Südafrikas zu schützen (Kurlantzik 2007). Diese Maßnahmen reichen jedoch nicht aus, um Kritiker zu überzeugen, dass der Handel mit China im langfristigen Interesse Afrikas ist.<sup>14</sup>

### **3.1.1 Rüstungslieferungen**

Als Antwort auf die in westlichen Medien immer wieder erhobenen Vorwürfe, China würde durch Waffenlieferungen zur Instabilität Afrikas beitragen, lautet die offizielle Antwort Chinas, militärische Produkte würden nur an souveräne Staaten geliefert und UN-Resolutionen über Waffenembargos vollständig respektiert werden. Dass solche Embargos allerdings nur mit Chinas Zustimmung im Sicherheitsrat beschlossen werden können, relativiert diese Bereitschaft. Tatsächlich verkauft China Waffen an Staaten, die von EU und USA wegen Menschenrechtsverletzungen boykottiert werden. Dazu gehören die Regimes des Sudans und Simbabwes, an die China in den letzten Jahren Helikopter bzw. Kampfflugzeuge geliefert hat (Alden 2005:151).

Ohne auf die lange Tradition von militärischer Unterstützung für verschiedenste Regimes und Rebellengruppen seitens aller in Afrika agierender Großmächte, seien es die USA, Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion oder eben China, einzugehen, muss festgehal-

---

<sup>11</sup> Ein Phänomen, das unter dem Namen „Dutch Disease“ bekannt ist

<sup>12</sup> Besonders betroffen ist hier die Textilindustrie

<sup>13</sup> <http://www.fmprc.gov.cn/ce/cede/det/jj/t272612.htm>

<sup>14</sup> Für eine detailliertere Analyse der Auswirkungen des Handels mit China auf Afrika siehe Kapitel 6 „Chinas Fokus auf Afrika: Im Interesse Afrikas?“ dieser Arbeit

ten werden, dass weder die USA noch die EU in dieser Frage die Legitimation oder Glaubwürdigkeit besitzen, Chinas Waffengeschäfte mit souveränen Regierungen zu verurteilen. Es liegt in der Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaft, wirkungsvolle Mechanismen zur Kontrolle des weltweiten Waffenhandels zu schaffen.

### **3.2 Direktinvestitionen**

Nur 1.8 Prozent der weltweiten Auslands-Direktinvestitionen (FDI) fließen nach Afrika. Wie der Handel weisen jedoch auch die Direktinvestitionen Chinas in Afrika in den vergangenen Jahren einen enormen Anstieg auf. Der Großteil davon konzentriert sich auf den Rohstoffsektor: So wurden seitens chinesischer Unternehmen im Jahr 2004 beispielsweise 150 Millionen US\$ alleine im Sudan investiert, allen voran im Zusammenhang mit der Förderung von Öl. In jüngster Zeit lässt sich jedoch ein Trend zur Diversifizierung der chinesischen Investitionen in andere Sektoren wie zum Beispiel die Lebensmittelverarbeitung, Immobilien, Transportinfrastruktur, Energie, Telekommunikation und Tourismus beobachten (Worldbank 2007:2). Im Jahr 2005 kündigte beispielsweise die chinesische Firma Henan Guoji an, 200 Millionen US\$ in die Hotelindustrie Sierra Leones zu investieren, wodurch sie zum größten Investor in dem westafrikanischen Land werden würde (Frynas & Paulo 2006:23). Ein weiteres Beispiel für chinesische Direktinvestitionen außerhalb des Rohstoffsektors ist Ghana, wo chinesische Firmen in der verarbeitenden Industrie, dem Dienstleistungssektor, Tourismus, Bauwirtschaft und Landwirtschaft investieren<sup>15</sup>.

Die Direktinvestitionen Chinas machen derzeit 5 % der gesamten 5,5 Milliarden US\$ FDI's in Afrika pro Jahr aus, China ist hinter Europa und den USA drittgrößter Investor in Afrika. Zwischen 1991 und 2003 war Afrika das Ziel von 19,5 % der chinesischen FDI's (OECD 2006:79), und Afrika ist die Region mit dem größten Zuwachs innerhalb der chinesischen FDI's (Worldbank 2007:97). Nach Meinung von Analysten könnte China bereits 2010 vor die USA an die zweite Stelle der Investoren in Afrika rücken<sup>16</sup>. Für Staaten wie den Sudan oder das schon genannte Sierra Leone, die aufgrund ihrer politischen Instabilität sonst kaum

---

<sup>15</sup> <http://www.china.org.cn/english/international/183706.htm>

<sup>16</sup> African Business Nr. 322, 07/2006, S. 16

Investitionen aus dem Ausland anziehen, bedeuten chinesische FDI's bereits heute eine enorm wichtige Kapitalquelle.

Viele der in Afrika investierenden chinesischen Unternehmen sind vollständig oder teilweise in Staatsbesitz, zusätzlich fördert die chinesische Administration FDI's privater Unternehmen nach Afrika durch bevorzugte Kredite, was diesen ermöglicht, Anbieter aus anderen Ländern bei Ausschreibungen zu unterbieten. So konnten chinesische Unternehmen in den vergangenen Jahren zahlreiche Großprojekte wie den durch multilaterale und nationale arabische Fonds finanzierten 650-Millionen-US\$-Auftrag zur Errichtung des Merowe Staudamms im Sudan gewinnen (OECD 2006:85). Außerdem erlaubt die vom Ziel der Rohstoffsicherung getriebene Investitionsförderungs politik chinesischen Unternehmen die Durchführung von Großprojekten mit derart hohem Investitionsaufwand und Risiko, dass sie am freien Finanzmarkt kaum finanzierbar wären. So schloss beispielsweise kürzlich ein chinesisches Konsortium einen Vertrag mit der gabunesischen Regierung zum Abbau von Eisenerz inmitten des tropischen Regenwaldes, in dem sich die chinesischen Partner dazu verpflichten, die notwendige Infrastruktur (ein Kraftwerk, eine Eisenbahnstrecke und einen Hafen) zu errichten, bevor mit der Rohstoffgewinnung begonnen werden kann. Seit Entdeckung der Erz-Vorkommen in den 1950er-Jahren ist kein westlicher Investor zu diesem riskanten Unternehmen bereit gewesen (vgl. Amosu 2007).

Neben der Rohstoffsicherung ist die mit wachsender Bevölkerung und sinkenden landwirtschaftlich nutzbaren Flächen in China zunehmend an Bedeutung gewinnende Nahrungsmittelsicherheit ein weiterer Motor für chinesische Investitionen in Afrika, wie Alden (2005:149) zeigt. So fördert das chinesische Handelsministerium Investitionen im Bereich der Lebensmittelproduktion, um die langfristige Versorgung der chinesischen Bevölkerung sicherzustellen. Beispiele dafür sind Joint Ventures in Fischverarbeitungsfabriken in Gabun und Namibia sowie Investitionen im landwirtschaftlichen Bereich in Sambia, Tansania und Simbabwe (Alden 2005:149) und in die Krabbenzucht und Sojaproduktion in Mosambik (IHT 2006). Weiters investieren chinesische Firmen außerhalb des Rohstoffsektors in die Installation von Telekommunikationssystemen beispielsweise in Dschibuti und Namibia, die Instandsetzung von Eisenbahnstrecken in Botswana, oder die Holzindustrie in Äquatorial-

guinea (Alden 2005a:416) . Insgesamt wurden in Afrika im letzten Jahrzehnt über 600 Unternehmen mit chinesischer Finanzierung gegründet.

Neben den hier behandelten chinesischen Direktinvestitionen in Afrika hat das Wachstum Chinas im Zusammenhang mit FDI's auch indirekte Auswirkungen auf Afrika, die den Rahmen dieser Diplomarbeit sprengen würden und deshalb nicht näher behandelt werden. Dazu zählen die mögliche Konkurrenz durch China beim Anziehen von Direktinvestitionen aus Drittstaaten sowie die Chance für afrikanische Unternehmen, in China zu investieren<sup>17</sup>.

### **3.3 Diplomatie**

Ein bestimmender Faktor in Chinas Afrika-Politik war von deren Beginn Ende der 1950er-Jahre an das Streben nach internationaler diplomatischer Anerkennung, wie Kapitel 2 dieser Arbeit zeigt. Von besonderer Wichtigkeit war diese im Rennen um die Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen, das Beijing gegenüber Taipei mit Hilfe Afrikas im Jahr 1971 für sich entscheiden konnte (vgl. Kapitel 2.2.4). Seit den 1970er-Jahren konnte Beijing, dessen Entwicklungshilfe an die Anerkennung seiner Ein-China-Politik durch die Empfängerstaaten gebunden ist, zusätzliche diplomatische Unterstützung weiterer afrikanischer Staaten gewinnen. Zum heutigen Zeitpunkt unterhalten nur noch sechs afrikanische Staaten<sup>18</sup> diplomatische Beziehungen zu Taipei, zuletzt haben Senegal und der Tschad die Volksrepublik als einzige legitime Vertretung Chinas anerkannt. Beijing ist diese Anerkennung viel wert, und wie schon in den 1960er- und 70er-Jahren wissen das einige Staaten geschickt auszunützen. Senegal beispielsweise machte die Entscheidung über die Anerkennung Beijings oder Taipeis von den jeweiligen Entwicklungshilfe-Angeboten abhängig (Amaizo 2006:7), im Tschad waren lukrative Ölverträge ausschlaggebend für einen Richtungswechsel in der Chinapolitik.

Nicht nur in der Frage der Vertretung Chinas in der UNO, auch in anderen Bereichen ist das diplomatische Gewicht der 53 afrikanischen Staaten für China von großer Bedeutung. So konnte China bei internationalem Druck auf seine Menschenrechtspolitik, zum Beispiel

---

<sup>17</sup> Für eine Analyse dieser Aspekte siehe OECD 2006:75ff

<sup>18</sup> Burkina Faso, Gambia, Liberia, Malawi, Sao Tomé and Príncipe und Swaziland

im Zusammenhang mit Tibet oder der Verfolgung der Anhänger der religiösen Bewegung Falun Gong, auf die Unterstützung aus Afrika zählen.

Der chinesischen Führung ist bewusst, dass China mit Hilfe Afrikas in einer gestärkten UNO mehr weltpolitischen Einfluss erreichen kann:

„China is devoted, as are African nations, to making the UN play a greater role, defending the purposes and principles of the UN Charter, establishing a new international political and economic order featuring justice, rationality, equality and mutual benefit, promoting more democratic international relationship and rule of law in international affairs and safeguarding the legitimate rights and interests of developing countries.“ (China 2006)

Afrika nimmt gegenwärtig einen hohen Platz auf Chinas diplomatischer Agenda ein. Allein im Jahr 2006 besuchte der chinesische Außenminister Li Zhaoxing die Kapverden, Senegal, Mali, Liberia, Nigeria und Libyen, Präsident Hu Jintao tourte durch Ägypten, Ghana, die Republik Kongo, Angola, Südafrika, Tansania und Uganda. Zum China-Afrika-Kooperations-Gipfel im November wurden Vertreter von 48 afrikanischen Staaten, darunter 41 Staatschefs, in Beijing persönlich vom chinesischen Staatspräsidenten empfangen. Als Erfolge dieser Politik des Multilateralismus sind die Wahl der Chinesin Margaret Chan zur Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation WHO oder der Zuschlag zur Austragung der olympischen Spiele 2008 in Beijing zu werten.

### **3.4 Peace-Keeping**

Während China in den ersten Jahrzehnten seiner UN-Mitgliedschaft Friedensoperationen kritisch gegenüberstand und diese als Einmischung in die Angelegenheiten souveräner Staaten verurteilte, verstärkte die chinesische Führung im Zuge der internationalen Ausrichtung nach 1989 ihr Engagement in den Vereinten Nationen. Dazu zählt auch die Bereitstellung von Truppen für Friedensmissionen in Afrika: Seit 1990 hat China an 12 UN-Peacekeeping Missionen in Afrika teilgenommen und über 4.000 Peacekeeper nach Afrika, unter anderem

nach Liberia und in die Demokratische Republik Kongo, entsandt.<sup>19</sup> Von den fünf ständigen Vertretern des UN-Sicherheitsrates ist China heute jenes Land, das am meisten Soldaten zur Verstärkung der UN-Missionen bereitstellt (Kurlantzick 2006:6). Insgesamt ist China der dreizehntgrößte Bereitsteller von UN-Peacekeepern.

Zusätzlich zur Erklärung der Bereitschaft zur weiteren Teilnahme an UN-Friedensmissionen in Afrika wird im Grundsatzpapier zur chinesischen Afrika-Politik (China 2006) auch die Unterstützung von Friedensmissionen der Afrikanischen Union (AU) angekündigt. So wurde beispielsweise der AU-Einsatz im Sudan - eher symbolisch - mit einer Mio. Euro unterstützt. Auch anlässlich des FOCAC-Gipfels in Beijing bekräftigte China, laut Selbsteinschätzung „an important force for world peace“ (China 2006), sein Bekenntnis zum Engagement in Friedensmissionen in Afrika.

Als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates mit Vetorecht hat China jedoch auch das Nichtzustandekommen von Friedensmissionen zu verantworten. So war das Veto Chinas wesentlich dafür verantwortlich, dass es bis dato zu keiner Entsendung von Blauhelmen in die sudanesischen Krisenprovinz Darfur kam<sup>20</sup>.

### **3.5 Migration**

Zusätzlich zu der teils signifikanten temporären Migration chinesischer Arbeitskräfte zur Errichtung von Infrastrukturprojekten in Afrika<sup>21</sup> kam es in den vergangenen Jahren, begünstigt durch die Erleichterungen in der Reisefreiheit für chinesische Staatsbürger und motiviert durch die Suche nach neuen Geschäftsmöglichkeiten, zu einem Anwachsen der chinesischen Bevölkerung in vielen Teilen Afrikas. In urbanen Ballungsräumen wie Johannesburg oder Dakar bildeten sich in jüngster Zeit neue Chinatowns, aber auch in entlegenen Gebieten wuchs und wächst die Anzahl chinesischer Gemeinschaften, die meist vom Einzelhandel mit chinesischen Industrieprodukten leben. „Die chinesische Migration nach Afrika - meistens sind es Straßenhändler - hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch ver-

---

<sup>19</sup> <http://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx/t278274.htm>

<sup>20</sup> Siehe Kapitel 5.2

<sup>21</sup> Bis Ende 2005 waren nach Angaben der chinesischen Regierung insgesamt 780.000 chinesische Arbeitskräfte in Afrika unter Vertrag ([http://english.gov.cn/chinatoday/2006-01/11/content\\_154337.htm](http://english.gov.cn/chinatoday/2006-01/11/content_154337.htm)).

stärkt und ist unübersehbar. In den Straßen von Dakar, der Hauptstadt meiner Heimat Senegal, wird der Straßenverkauf inzwischen von chinesischen Familien dominiert und kontrolliert,“ berichtet der renommierte senegalesische Publizist Adama Gaye in einem Interview<sup>22</sup>. Waren die größten Expatriierten-Communities in vielen afrikanischen Ländern lange Zeit jene der Staatsbürger der jeweiligen ehemaligen Kolonialmacht, wurden diese bereits vielerorts zahlenmäßig von den chinesischen Communities überholt<sup>23</sup>.

Das Phänomen der aktuellen chinesischen Migration nach Afrika ist wenig erforscht. Zuverlässige Zahlen sind nicht verfügbar, und die Schätzungen über die Zahl der in Afrika lebenden chinesischen Staatsbürger differieren enorm. Zeitungsberichten zufolge reisen viele der Migranten mit zeitlich beschränkten Visa ein und bleiben nach Ablauf illegal im jeweiligen Land und sind daher statistisch nicht erfasst.<sup>24</sup> So schwanken Schätzungen über die Anzahl der in Afrika lebenden Chinesen zwischen 100.000 und 500.000, manche Schätzungen gehen gar von 300.000 Chinesen allein in Südafrika aus (Morin-Allory 2005:56). Wichtige Zielgebiete für chinesische Migranten in Afrika sind neben den traditionellen Migrationszielen Südafrika, Mauritius und Madagaskar zunehmend auch Länder in anderen Teilen Afrikas wie Ägypten, der Sudan, Marokko, die Kap Verden, Senegal und Nigeria.

Das Thema der illegalen Migration aus China, das beispielsweise in Sambia, wo viele Händler unter der chinesischen Konkurrenz leiden, für öffentlichen Unmut sorgt<sup>25</sup>, findet auch im Strategiepapier der chinesischen Afrika-Politik (China 2006) seinen Niederschlag. Dort heißt es:

„China will cooperate closely with immigration departments of African countries in tackling the problem of illegal migration, improve exchange of immigration control information and set up an unimpeded and efficient channel for intelligence and information exchange.“

---

<sup>22</sup> <http://www.das-parlament.de/2006/46/Ausland/002.html>

<sup>23</sup> French (2007:127) bringt das Beispiel Nigeria, wo heute mehr Chinesen als Briten leben.

<sup>24</sup> Siehe z.B. den Kommentar von Amira Doss von der ägyptischen Wochenzeitung *Al-Abram Hebdo* in *Jeune Afrique* (Doss 2005) über das Wachstum der chinesischen Gemeinschaft in Ägypten in den letzten Jahren.

<sup>25</sup> „China will den afrikanischen Markt erobern“, Tagesanzeiger 29.06.2006, S. 10.

Auch in umgekehrter Richtung lassen sich kleinere temporäre Migrationsbewegungen beobachten, die zum Großteil im Zusammenhang mit chinesischen Ausbildungsprogrammen und Stipendien, die seit langer Zeit Teil der chinesischen Entwicklungshilfe an Afrika sind, stehen. Eine ökonomisch motivierte Migration von Afrika nach China von wesentlichem Ausmaß findet derzeit nicht statt.

### **3.6 Kulturaustausch und Tourismus**

Schon im Zuge des ersten Gipfels des Afrika-China-Kooperationsforums (FOCAC) im Jahr 2000 wurde Tourismus als Feld der zukünftigen Kooperation zwischen China und Afrika identifiziert. Erste chinesische Reisegruppen besuchten im darauffolgenden Jahr Ägypten, Marokko und Südafrika. Beim dritten China-Afrika-Kooperations-Gipfel Ende 2006 wurde seitens der chinesischen Regierung bekanntgegeben, dass der „Approved Destination Status“, der es chinesischen Reiseveranstaltern erlaubt, Gruppenreisen in diese Länder zu organisieren, von zuvor 17 auf 26 afrikanische Staaten ausgeweitet wurde. Laut Angabe des chinesischen Ministeriums für Öffentliche Sicherheit hat sich die Zahl der chinesischen Touristen nach Afrika im Jahr 2005 auf 110.000 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt.<sup>26</sup>

Immer wieder wird von Seiten der chinesischen Regierung betont, dass sich die angestrebte gemeinsame Entwicklung nicht nur auf den ökonomischen Bereich beschränkt, sondern China und Afrika auch kulturell von der Zusammenarbeit profitieren sollen. Drei Niederlassungen des Konfuzius-Instituts, einer staatlichen Non-Profit-Organisation mit dem Ziel, zur Verbreitung chinesischer Kultur und Sprache beizutragen, wurden seit Dezember 2005 in Kenia, Südafrika und Ruanda eröffnet. Weiters sind die Entsendung von chinesischen Lehrern sowie die Unterstützung von Universitäten in Afrika durch China Teil des chinesischen Kulturaustauschprogramms mit Afrika. Mit 45 afrikanischen Staaten bestehen Abkommen über Kulturaustausch und -kooperation, berichtet das offizielle, von der Regierung unterstellten *China International Publishing Group* betriebene Nachrichtenportal *china.org.cn*<sup>27</sup>.

---

<sup>26</sup> „26 African Nations Approved as Tourist Destinations“, <http://www.china.org.cn/english/travel/188475.htm>

<sup>27</sup> „Art Show Brings Africa Close to China“,

## 4 DIE AKTUELLE ENTWICKLUNGSHILFE CHINAS AN AFRIKA

Im Zuge der wiederbelebten Beziehungen zwischen China und Afrika nach 1989 gewann auch die Entwicklungshilfe an neuer Bedeutung und verzeichnete nach einem starken Rückgang ab Mitte der 1970er-Jahre ab 1989 deutliche Zuwächse. 1996 tourte der chinesische Präsident Jiang Zemin durch Afrika und leitete mit der Präsentation eines „Five Points Proposal“ eine Phase von ökonomischen Gesichtspunkten geprägter Entwicklungspolitik ein, in der gegenseitiger Nutzen und gemeinsame Entwicklung deutlicher als zuvor im Mittelpunkt standen. Mit der Lancierung des China-Afrika-Kooperationsforums (FOCAC) im Jahr 2000 erhielt die sino-afrikanische Zusammenarbeit auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit einen neuen Impuls. Anfang 2006 gab die chinesische Regierung mit der Veröffentlichung des Policy-Papers „China's African Policy“ (China 2006) ein klares Bekenntnis zu Erhöhung der Entwicklungshilfeleistungen an Afrika ab, und im Zuge des FOCAC-Gipfels 2006 ließ die Ankündigung aufhorchen, China werde seine Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2009 verdoppeln.

Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die aktuelle Phase chinesischer Entwicklungshilfe an Afrika und versucht – so weit es die lückenhaften verfügbaren Quellen zulassen – ein möglichst vollständiges Bild von Art, Organisation, Gestaltung und Höhe der gegenwärtigen chinesischen Entwicklungshilfe an Afrika zu zeichnen.

### **Anmerkung zur Transparenz chinesischer Entwicklungshilfe**

Eine Grundproblematik bei der Analyse der chinesischen Entwicklungszusammenarbeit ist die mangelnde Verfügbarkeit exakten Datenmaterials. Die einzigen verfügbaren Datenquellen sind Pressemeldungen über Vertragsabschlüsse, Kreditvergaben und Hilfszusagen sowie die vom chinesischen Handelsministerium veröffentlichten Statistiken über die „wirtschaft-

liche Zusammenarbeit“ mit anderen Entwicklungsländern, wobei diese nicht detailliert definiert ist. Genaue Zahlen zur Höhe der chinesischen Entwicklungshilfe existieren entweder nicht oder sind nicht zugänglich.

#### 4.1 Ausmaß

Bei dem Versuch, chinesische Entwicklungshilfe zu quantifizieren, stellt sich zunächst die Frage, welche Leistungen unter Entwicklungshilfe zu verstehen sind. Öffentliche Entwicklungshilfe (*Official Development Assistance*, kurz ODA) sind nach Definition der OECD alle Mittelzuflüsse von staatlichen Stellen an Entwicklungsländer und multilaterale Institutionen, zum Zweck der wirtschaftlichen Entwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen in Entwicklungsländern. Kredite gelten dann als ODA, wenn sie ein Zuschusselement von mindestens 25 % enthalten, gemessen an einem hypothetischen Marktzinssatz von 10 % p. a.<sup>28</sup> Diese vage und wenig restriktive Definition führt dazu, dass auch Leistungen, deren Nutzen für die Entwicklung des Ziellandes nur schwer argumentiert werden können, als ODA geführt werden. Dazu zählen beispielsweise Kosten, die für die Betreuung von Flüchtlingen aus Entwicklungsländern in den OECD-Ländern entstehen, oder Militärhilfe, die jahrelang als ODA gemeldet wurde, nun aber vom DAC nicht mehr als solche akzeptiert wird. Mehrmals geleistete Verpflichtungserklärungen zu Entwicklungshilfeleistungen in gewissen Höhen<sup>29</sup> verleiten die DAC-Staaten zu einem solchen „Ausdehnen“ ihrer ODA<sup>30</sup> – einer Praxis, die im Falle Chinas, das im Gegensatz zu den Industriestaaten nicht unter dem Druck geleisteter Versprechen steht und seine Gesamtausgaben für Entwicklungshilfe nicht bekannt gibt, naturgemäß keine Rolle spielt.

Laut einer – aufgrund der vagen Quellenlage mit Vorsicht zu betrachtenden – Schätzung des französischen Ökonomen Jean-Raphaël Chaponnière (2007:2) leistete China im Jahr

---

<sup>28</sup> Als „Broadening of ODA“ bezeichnen Raffer und Singer die sehr großzügige Auslegung von „Hilfe“, die dazu tendiert, alle Mittelflüsse von Nord nach Süd automatisch als Entwicklungshilfe zu erfassen, selbst wenn diese den Charakter von im Interesse des Gebers erfolgenden Geschäften tragen (Raffer & Singer 2001:74). Dies räumt auch Richard Manning, Vorsitzender des DAC, ein und plädiert dafür, einen neuen Maßstab für Kredite, die als Entwicklungshilfe gelten, einzuführen (Manning 2006).

<sup>29</sup> Die bereits 1974 als Antwort auf die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung in der UN-Vollversammlung geleistete Zusage der Industriestaaten, jährlich Entwicklungshilfe im Ausmaß von 0,7 % ihres BNP's zu leisten, wurde seither nur von den wenigsten Staaten erreicht.

<sup>30</sup> Beschrieben von Raffer & Singer in Raffer & Singer 2001:83ff

2004 Entwicklungshilfe in der Höhe von bis zu 0,5 % seines BNPs, was ein weit höherer Anteil wäre, als ihn ein Großteil der Industriestaaten im selben Jahr erreichte. Im Jahr 2004 betrug die chinesische Entwicklungshilfe an Afrika Schätzungen zufolge zwischen 1,6 und 2,7 Milliarden US\$ (Chaponnière 2007, Kurlantzick 2006), gegenüber 792 Millionen im Jahr 2002 (berechnet nach Tull 2005:12). Die USA leisteten 2004 mit 4,2 Milliarden Dollar zirka doppelt so viel Entwicklungshilfe an Afrika als China. Mit 838 Millionen Dollar Entwicklungshilfe im Jahr 2004 floss aus Japan, der zweitgrößten Wirtschaftsmacht weltweit, deutlich weniger Entwicklungshilfe nach Afrika als aus China. Das selbe gilt für den am Anteil der Entwicklungshilfe am BNP größten europäischen Geber, Norwegen, das 2004 626 Millionen Dollar Entwicklungshilfe an Afrika leistete<sup>31</sup>.

Angaben der chinesischen Regierung zufolge hat China über die vergangenen 50 Jahre insgesamt Entwicklungshilfe an 53 afrikanische Staaten geleistet und 800 Hilfsprojekte in Afrika durchgeführt.<sup>32</sup> Im Zuge des letzten FOCAC-Gipfels im November 2006 wurde eine Verdoppelung der chinesischen Entwicklungshilfe für Afrika bis zum Jahr 2009 angekündigt.<sup>33</sup>

## 4.2 Organisation und Abwicklung

Der Großteil der chinesischen Entwicklungshilfe wird vom *Department for Aid to Foreign Countries* (DAFC), einer Abteilung des chinesischen Handelsministerium MOFCOM, geplant und abgewickelt. Im Mission-Statement des MOFCOM (MOFCOM 2006) sind folgende Aufgaben im Zusammenhang mit staatlicher Entwicklungshilfe aufgelistet:

- Die Verantwortung für Chinas Bemühungen, Hilfe an andere Staaten und Regionen zu leisten
- Die Formulierung und Implementierung von Chinas Entwicklungspolitik und -plänen sowie die Unterzeichnung relevanter Verträge
- Die Zusammenstellung und Ausführung jährlicher Hilfsprogramme

---

<sup>31</sup> Statistik der OECD, abrufbar unter <http://stats.oecd.org/wbos/default.aspx>

<sup>32</sup> [http://www.gov.cn/misc/2006-06/15/content\\_311626.htm](http://www.gov.cn/misc/2006-06/15/content_311626.htm)

<sup>33</sup> [http://www.chinadaily.com.cn/china/2006-11/04/content\\_724526.htm](http://www.chinadaily.com.cn/china/2006-11/04/content_724526.htm)

- Die Supervision und Inspektion der Implementierung von Chinas Hilfsprojekten
- Das Management von Chinas Hilfsfonds, konzessioneller Kredite, Spezialfonds und anderer Hilfsfonds der chinesischen Regierung
- Die Förderung der Reform von Modalitäten der Hilfsleistung

Im Gegensatz zur Organisation der Entwicklungshilfe innerhalb der OECD-Staaten, in denen meist ausgegliederte Implementierungsagenturen für die Abwicklung der staatlichen Entwicklungshilfe zuständig sind, liegt in China nicht nur die Planung, sondern auch die Implementierung von Entwicklunghilfeprojekten direkt auf ministerieller Ebene. Weiters ist die Eingliederung in das Handelsministerium, das nebenbei bemerkt auch für die Entgegennahme von bilateraler Entwicklungshilfe anderer Staaten zuständig ist (vgl. Manning 2006), ungewöhnlich. In anderen Geberstaaten sind die Entwicklungshilfe-Agenden meist entweder in einem eigenen Ministerium oder aber im Verantwortungsbereich des Außenministeriums angesiedelt. Das chinesische Außenministerium hingegen ist nur für den Teilbereich der humanitären Hilfe, beispielsweise Hilfszusagen nach humanitären Katastrophen, zuständig, der etwa 10-15 % der gesamten chinesischen Entwicklungshilfe ausmacht (Harmer & Cotterrell 2005a:18). Diesen Verantwortungsbereich teilt sich das Außenministerium mit dem Ministerium für zivile Angelegenheiten (MOCA), das beispielsweise nach dem Kobe-Osaka-Erdbeben in Japan 1995 und nach der Tsunamikatastrophe in Südostasien Ende 2004 die chinesische Nothilfe abwickelte (ebda.:11) .

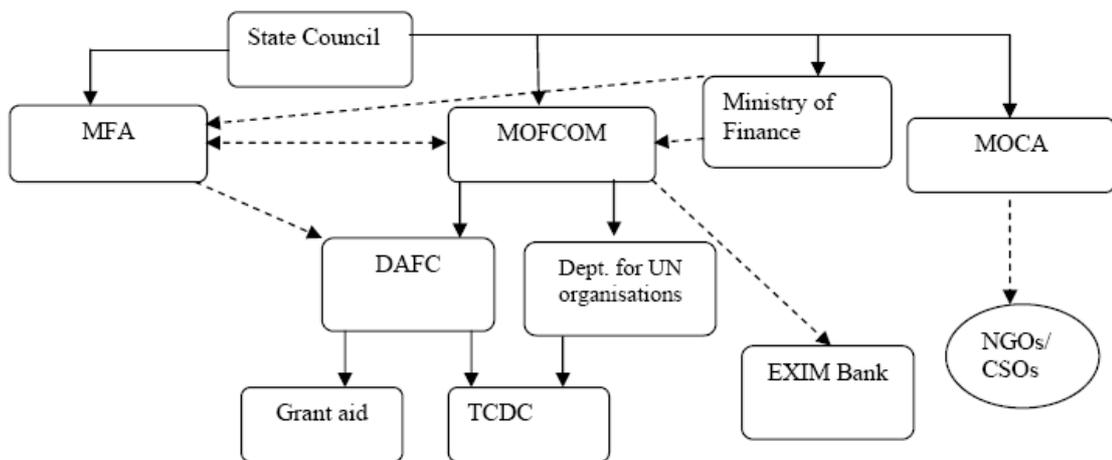


Abbildung 1: Organisation der Chinesischen Entwicklungshilfe.

Quelle: Humanitarian Policy Group (Harmer & Cotterrell 2005a:12)

Chinesische Entwicklungshilfeprojekte werden in der Regel von privaten oder staatlichen chinesischen Unternehmen durchgeführt, ein Subcontracting (Auswärtsvergabe) an NGOs ist nicht üblich, was auf die wirtschaftliche Prägung chinesischer Entwicklungshilfe zurückzuführen ist. Bei der Vergabe von Aufträgen zur Abwicklung von Hilfsprojekten an Firmen bestehen streng reglementierte Qualifikationskriterien, die in einem Dekret des Handelsministeriums festgelegt wurden.<sup>34</sup> Sowohl Firmen, die gesamte Projekte abwickeln, als auch Zulieferer von Materialien für Hilfsprojekte müssen einen Prüfungsprozess durchlaufen, in dem sie verschiedene Zertifikate zur Bestätigung der von ihnen geleisteten Qualität sowie ihrer Integrität vorlegen müssen.

Die 1994 gegründete, im Staatsbesitz befindliche und dem chinesischen Staatsrat<sup>35</sup> unterstehende Ex-Im-Bank wickelt die Zahlung von Entwicklungshilfsgeldern ab. Neben der Vergabe von konzessionellen Krediten, also Entwicklungshilfekrediten zu vergünstigten Zinssätzen, vergibt sie auch Kredite zu Marktkonditionen.

Zur Vermeidung von Korruption im Zusammenhang mit der Abwicklung von Entwick-

<sup>34</sup> [http://www.fdi.gov.cn/pub/FDI\\_EN/Laws/Others/t20061128\\_66948.jsp](http://www.fdi.gov.cn/pub/FDI_EN/Laws/Others/t20061128_66948.jsp)

<sup>35</sup> Der Staatsrat (*Guówùyuan*) ist das zentrale Verwaltungsorgan der Volksrepublik China. Es ist das höchste Regierungsorgan der Volksrepublik, an seiner Spitze steht der Ministerpräsident

lungshilfeprojekten hat das MOFCOM Ende 2006 ein „Foreign Aid Guidebook“ veröffentlicht, das Transparenz bezüglich des Werts der durch Firmen erbrachten Leistungen schaffen soll. Laut eigenen Angaben wird jedes Projekt der chinesischen Entwicklungshilfe durch das MOFCOM evaluiert.<sup>36</sup>

#### 4.2.1 Das China-Afrika-Kooperationsforum

Im Jahr 2000 erhielt die sino-afrikanische Kooperation in Form des vom chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zeming initiierten „Forum of China Africa Co-operation“ (FOCAC) einen institutionellen Rahmen. Geschaffen mit dem Ziel der Stärkung der Zusammenarbeit zwischen China und Afrika und als Plattform der multilateralen Konsultation zum Formulieren gemeinsamer Politiken, ist das Forum ein wichtiger Eckpfeiler der sino-afrikanischen Beziehungen. Zum ersten Mal traf das Forum im Oktober 2000 in Beijing zusammen. Ergebnis war die sogenannte *Beijing Declaration*<sup>37</sup>, in der die teilnehmenden Minister Chinas und 44 afrikanischer Staaten die gegenseitige Bedeutung und das große Potential der sino-afrikanischen Zusammenarbeit betonten und eine gemeinsame Weltsicht in Bereichen wie Nord-Süd-Beziehungen, Rolle der Vereinten Nationen und staatliche Souveränität formulierten. In diesem Zusammenhang entstand auch das *Programme of Cooperation on Economic and Social Development*<sup>38</sup>, in dem konkrete Absichtserklärungen für eine Intensivierung der Zusammenarbeit in Bereichen wie Handel und Investitionen, Tourismus, Landwirtschaft, aber auch in multilateralen Organisationen wie UN und WTO festgehalten wurden. Um diese Intensivierung tatsächlich zu realisieren, wurde ein Follow-up-Mechanismus in Form einer alle drei Jahre abwechselnd in Afrika und China stattfindenden Konferenz geschaffen.

Die zweite Ministerkonferenz des Forums fand im Dezember 2003 in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba statt. Als Ergebnis wurde der „*Addis Abeba Action Plan*“<sup>39</sup> präsentiert, in dem die weiteren Schritte hinsichtlich der Implementierung der in der Beijing-

---

<sup>36</sup> [http://www.chinadaily.com.cn/china/2006-07/20/content\\_645117.htm](http://www.chinadaily.com.cn/china/2006-07/20/content_645117.htm)

<sup>37</sup> <http://www.focac.org/eng/zyzl/hywj/t157833.htm>

<sup>38</sup> <http://www.focac.org/eng/zyzl/hywj/t157834.htm>

<sup>39</sup> <http://www.fmprc.gov.cn/eng/topics/Second/t57032.htm>

Deklaration formulierten Prinzipien und Ziele festgelegt wurden. Während das Dokument größtenteils vage Absichtserklärungen für eine Intensivierung der Kooperation in verschiedenen Bereichen enthält, finden sich als konkrete Maßnahmen eine Zusage für Zollerleichterungen für LDCs sowie die Finanzierung der Ausbildung von 10.000 Afrikanern durch den im Zuge der ersten Ministerkonferenz im Jahr 2000 geschaffenen *Human Resources Development Fund* in den folgenden drei Jahren.

Die vorerst letzte und bisher größte Konferenz des Forums fand 2006 in Beijing statt. Vertreter von 48 afrikanischen Staaten, darunter 41 Staatschefs, wurden Anfang November von Staatspräsident Hu Jintao in der chinesischen Hauptstadt zu dem enormen diplomatischen Ereignis empfangen. Wie bei den Konferenzen zuvor wurden Einigkeit und Freundschaft zwischen China und Afrika beschworen und die Verkündung neuer Handelsziele von Zusagen für großzügige Entwicklungshilfsmaßnahmen begleitet.

#### **4.2.2 China im weltweiten Aid-System**

Traditionell wird die internationale Gebergemeinschaft oft mit den im *Development Assistance Committee* (DAC) repräsentierten Staaten gleichgesetzt, die gemeinsam für einen Großteil der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe verantwortlich sind. Das DAC setzt sich aus 21 Mitgliedstaaten<sup>40</sup>, der Europäischen Kommission und acht Staaten mit Beobachterstatus<sup>41</sup> zusammen. Weiters haben der Internationale Währungsfonds, die Weltbank sowie das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) Beobachterstatus im DAC. Während die Mitgliedsstaaten ihre Entwicklungshilfe zwar weitgehend unabhängig voneinander gestalten und durchführen, kommt dem DAC eine wichtige Rolle im Bereich des Setzens von Trends und Standards und der konzeptionellen Koordinierung der einzelnen nationalen Entwicklungspolitiken zu. In sogenannten DAC-Leitlinien werden Empfehlungen zu entwicklungspolitischen Themen wie Armutsbekämpfung, Umwelt und nachhaltiger Entwicklung oder Konfliktprävention verabschiedet, die Niederschlag in den nationalen entwicklungspolitischen Planungs- und Positionspapieren der DAC-Mitgliedsstaaten finden.

---

<sup>40</sup> Australien, Österreich, Belgien, Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Japan, Luxemburg, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, Großbritannien und die USA

<sup>41</sup> Tschechische Republik, Ungarn, Island, Südkorea, Mexiko, Polen, Slowakei und Türkei

Wenngleich das internationale Aid-System von den Mitgliedstaaten des DAC dominiert wird, handelt es sich bei dieser Gruppe wohlhabender Industrienationen nicht um die einzigen Staaten, die Entwicklungshilfe leisten. Der Vorsitzende des DAC, Richard Manning (2006), unterscheidet neben den DAC-Mitgliedstaaten vier weitere Gebergruppen:

- OECD-Mitglieder, die nicht im DAC vertreten sind, aber dennoch Hilfsprogramme durchführen, wie die Türkei, Südkorea, Mexiko und mehrere osteuropäische Länder
- EU-Staaten, die nicht der OECD angehören
- Staaten des Mittleren Ostens und der OPEC
- Andere Geber wie China, Indien und Taiwan

Während Richtlinien und Empfehlungen des DAC für die ersten beiden Gruppen einen Referenzrahmen bilden, gibt es zwischen den anderen beiden Gruppen und dem DAC wenig Berührungspunkte. Gruppe drei blickt auf eine lange Geschichte unabhängiger und in sich kohärenter Entwicklungshilfe zurück, wobei besonders Saudi-Arabien durch die Höhe seiner Entwicklungshilfeleistungen, die in den letzten Jahren ungefähr 4 % und in den 70er-Jahren einen noch wesentlich höheren Anteil des BNP des Königreichs ausmachten, heraussticht. In der vierten Gruppe, die keine Einheit bildet und über keinerlei Koordinationsmechanismen verfügt, finden sich neben China Länder wie Russland, Brasilien, Südafrika, Israel, Indien und Taiwan. Besonders interessant macht diese Gruppe, dass es sich bei einigen dieser Staaten gleichzeitig selbst um Empfänger von Entwicklungshilfe handelt.

Obwohl China nach wie vor jedes Jahr große Mengen an Entwicklungshilfe erhält<sup>42</sup>, wurde in den letzten Jahren ein deutlicher Wandel von Chinas Rolle als Entwicklungshilfeempfänger bemerkbar. So sank die Hilfe von multilateralen Gebern an China gegen null<sup>43</sup>, in vielen multilateralen Organisationen befindet sich China im Prozess der Wandlung vom Empfänger- zum Geberstaat. Im WFP, dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, hat China diesen Übergang mit Eröffnung eines WFP-Büros in Beijing 2006 bereits vollzogen (Harmer & Cotterrell 2005a:27), und auch in andere UN-Entwicklungsorganisationen wie

---

<sup>42</sup> Im Jahr 2005 erhielt China laut DAC-Statistik 1,7 Mrd. US\$ ODA

<sup>43</sup> 39 Mio. US\$ im Jahr 2005 (Quelle: DAC-Statistik)

beispielsweise der UNICEF, zu deren wichtigsten 20 Beitragszahlern China zählt, zahlt China mittlerweile mehr ein, als es an Leistungen erhält. Keinen Beitrag leistet China momentan zum Entwicklungsfonds der Weltbank (IDA), zahlt jedoch frühere aus diesem Fonds erhaltene Kredite zurück (Manning 2006:12).

In den vergangenen Jahren hat sich innerhalb des DAC zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Harmonisierung der Aktivitäten verschiedener Geber entscheidend für den Erfolg von Entwicklungshilfe ist. Dabei fällt der Blick immer wieder auch auf die sogenannten „emerging donors“, wie China und Indien häufig bezeichnet werden. DAC-Vorsitzender Manning (2006:11) fordert dazu auf, Geber außerhalb des DAC zu ermuntern, eine größere Rolle zu spielen, und die Kontakte zu ihnen zu stärken. Positiv erwähnt er die Teilnahme Chinas an einem Workshop zu Geberharmonisierung im Pazifik, sowie ein vom UNDP organisiertes Gebertreffen im Februar 2005, dem ersten dieser Art seit der Abhaltung eines *Forum for Dialogue between Senior Officials of DAC Members and Countries with Development Cooperation Programmes* in Mexiko im Jahr 1997.

Zu einem großen Koordinationstreffen verschiedenster Geber über die Grenzen der hier genannten Gruppen hinweg, darunter auch China, kam es auch im März 2005 in Paris. Als Ergebnis wurde die *Paris Declaration on Aid Effectiveness* verabschiedet, in der sich die teilnehmenden 100 Staaten und Organisationen dazu bekannten, Entwicklungsstrategien besser abzustimmen, um Entwicklungshilfe effizienter zu gestalten. Auf verbindliche Standards konnten sich die Teilnehmer jedoch nicht einigen.

Einen weltweiten Referenzrahmen zur Messung von Entwicklung bilden die acht Millennium Development Goals (MDGs), die von China sowohl hinsichtlich der eigenen Entwicklung, als auch global unterstützt werden. Dazu bekennt sich die chinesische Regierung beispielsweise in ihrem Strategiepapier zu Chinas Afrika-Politik:

„It [China] will step up cooperation with other countries and international organizations to support the development of Africa and help realize Millennium Development Goals in Africa.“ (China 2006)

### 4.2.3 NGOs als Entwicklungshilfeträger

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) treten im internationalen Aid-System in zwei wesentlichen Rollen als wichtige Akteure auf: In Geberländern, wo sie Gelder für Hilfsprojekte mobilisieren und entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit leisten, und in den Empfängerländern, wo sie Hilfsprojekte durchführen. Während große internationale NGOs oft beide Rollen erfüllen, gibt es auch reine, mit dem etwas unglücklichen Begriff „Northern NGOs“ bezeichnete Hilfsorganisationen, die ausschließlich in Geberländern tätig sind, und „Southern NGOs“, die sich auf die Projektplanung und -durchführung in Empfängerländern beschränken und die Mittel dafür meist von Northern NGOs oder aus offiziellen Entwicklungshilfegeldern erhalten. Sowohl im Bereich der Projektdurchführung – sei es als Abwickler staatlicher Entwicklungshilfe oder in der Umsetzung von durch private Spenden oder Sponsoring finanzierten Projekten – als auch auf politischer Ebene gewannen NGOs seit den 1980er-Jahren zunehmend an Bedeutung. Seit mehreren Jahren finden sich in vielen Strategiepapieren multilateraler Geber Verweise auf die wichtige Rolle von NGOs im Entwicklungsprozess. Auch im Zusammenhang mit dem Erreichen der Millennium Development Goals wird immer wieder die Wichtigkeit der Arbeit von NGOs hervorgehoben:

“Government action alone is not sufficient. The capacities, the diverse experience and the public awareness-building activities of thousands of NGOs in DAC member countries are important, if not essential, to the successful implementation of poverty reduction strategies.” (Smillie 1999:3)

Sind NGOs aus dem internationalen Aid-System also kaum wegzudenken, nehmen sie in Chinas Entwicklungspolitik bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder im Bereich der Durchführung eigener Projekte noch als Vertragsnehmer für die Umsetzung staatlicher Entwicklungshilfeprojekte einen nennenswerten Platz ein. Wenngleich die Zahl von NGOs in China seit Mitte der 1990er-Jahre stark anstieg (Harmer & Cotterrell 2005a:21), sind auf internationaler Ebene nur das chinesische Rote Kreuz sowie die China Charity Federation tätig. Auch wenn es nicht ausgeschlossen ist, dass chinesische NGOs mit wachsendem Wohlstand der chinesischen Gesellschaft ihre Fundraisingaktivitäten ausbauen und eigene Projekte in ärmeren Staaten finanzieren werden, zeigt die chinesische Regierung wenig Inte-

resse an der Zusammenarbeit mit NGOs im Bereich der Entwicklungshilfe. Der Grund hierfür ist nicht nur in einem grundsätzlichen Misstrauen der chinesischen Regierung gegen zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu suchen, sondern auch in der wirtschaftsnahen Natur chinesischer Hilfsprojekte.

### **4.3 Chinesische Entwicklungshilfe nach Bereichen**

In diesem Kapitel wird versucht, verschiedene Bereiche, die nach DAC-Kriterien unter bilaterale Hilfe im Rahmen von ODA fallen, zu untersuchen und die Leistungen Chinas in den jeweiligen Bereichen zu beschreiben. Die Unterteilung der verschiedenen Leistungen wurde dabei in Ermangelung der Verfügbarkeit eines alternativen Konzeptes an die innerhalb des DAC üblichen Bereiche angelehnt.

#### **4.3.1 Investitionsprojekte (Projekthilfe)**

Unter Investitionsprojekten versteht man jene Projekte, die darauf abzielen, das Kapital des Empfängerlandes zu vermehren oder zu verbessern, sowie die Finanzierung der Lieferung von Waren und Dienstleistungen zur Unterstützung dieser Projekte. Sie reichen von den bereits erwähnten umstrittenen chinesischen Investitionen in die Ölförderung im Sudan bis zum Bau von Shrimps-Farmen in Mosambik. Diese Art von Hilfe macht seit den Anfängen chinesischer Entwicklungshilfe an Afrika deren größten Teil aus. Charakteristisch für chinesische Hilfsprojekte sind sogenannte „complete set projects“, also Projekte beispielsweise im Bereich Infrastruktur, die in China geplant, oft mit chinesischem Personal in Afrika realisiert und dann schlüsselfertig übergeben werden (Lin 1996:37). Gibt es eine Reihe solcher Projekte aus der Frühphase chinesischer Entwicklungshilfe (vgl. Kapitel 2.3), so ist auch die Liste der in den vergangenen Jahren realisierten „complete set projects“ lang: Beispielsweise wurden Ministeriumsgebäude in Uganda, Mosambik und Dschibuti, Stadien in Mali, Dschibuti und der Zentralafrikanischen Republik sowie das gabunische Parlament (vgl. Alden 2005:150 , Alden 2005a:417) nicht nur von China finanziert, sondern auch von chinesischen Unternehmen mit vorwiegend chinesischem Personal durchgeführt. Wesentliche von China finanzierte Investitionsprojekte finden auch im Bereich der Großinfrastruktur, also beispielsweise dem Bau von Straßen, Eisenbahnlinien, Häfen und Flughäfen, statt.

Nach Schätzungen der Weltbank (Worldbank 2007:275) hat China bis Mitte 2006 12,5 Milliarden US\$ an Krediten für Infrastrukturprojekte im subsaharischen Afrika vergeben, Kredite im Öl- und Bergwerkssektor nicht eingeschlossen. Unklar ist jedoch, ob es sich bei diesen Krediten um Entwicklungshilfe nach dem Verständnis des DAC handelt. Da weder Verzinsung noch Laufzeit bekannt gegeben werden, fällt es schwer festzustellen, inwieweit diese Kredite konzessionellen Charakters sind. Während das erste Kriterium für ODA (vgl. Definition von ODA in Kapitel 4.1), das Ziel zur wirtschaftlichen Entwicklung des Ziellandes beizutragen, als erfüllt angesehen werden kann, kann über Bedingung zwei, das Zuschuss-Element, das den Grad der Konzessionalität ausdrückt, aus Mangel an veröffentlichten Informationen im Falle der meisten Kredite Chinas an afrikanische Staaten keine Aussage getroffen werden.

#### **4.3.2 Programmhilfe**

Unter „Programmhilfe“ versteht das DAC Beiträge zur Durchführung von sektoriell abgegrenzten, umfassenden Entwicklungsplänen, beispielsweise in Bildungswesen, Verwaltung oder Infrastruktur. Oft werden diese Programme in Verbindung mit Strukturanpassungsprogrammen von Weltbank und IWF durchgeführt, vielfach als direkte Budgethilfe.

Während sich in der ODA der DAC-Länder die Bedeutung von Programmhilfe in den vergangenen Jahren erhöht hat, spielt sie in der chinesischen Entwicklungshilfe keine nennenswerte Rolle. Programmhilfe wird meist als multilaterale Hilfe verschiedener Geber gestaltet<sup>44</sup>, da sektoruelle Programme hohen finanziellen Einsatz erfordern, der über die Entwicklungshilfe einzelner Geber hinausgeht. Die Abwicklung erfolgt üblicherweise durch die Verwaltung der Empfängerstaaten in Zusammenarbeit mit bzw. unter den Augen von multilateralen Organisationen. China zeigt bisher wenig Interesse an einer Teilnahme an derartigen Kooperationen. Auch bilaterale Budgethilfe spielt in der von Projekthilfe geprägten chinesischen Entwicklungshilfe nur eine geringe Rolle.

---

<sup>44</sup> Solche gemeinschaftsfinanzierte Programmhilfe wird oft als „Sector Wide Approach“ bezeichnet

### 4.3.3 Technische Hilfe

„Technische Hilfe“ umfasst laut DAC die Bereitstellung und die Entwicklung von Humanressourcen sowie damit verbundene Sachmittellieferungen und kann sowohl im Empfängerland als auch im Geberland geleistet werden. Sie ist ein traditionell wichtiger Bereich chinesischer Entwicklungshilfe und reicht auf chinesische Studienprogramme für afrikanische Studenten in den 1960er-Jahre zurück.

Die technische Hilfe Chinas an Afrika wird aus einem eigenen Fonds, dem im Zuge des ersten China-Afrika-Forums im Jahr 2000 eingerichteten *African Human Resources Development Fund*, finanziert. Sie umfasst derzeit einerseits Trainings und Stipendien zur Ausbildung von Afrikanern in China, andererseits die Entsendung von chinesischem medizinischen Personal in afrikanische Staaten. Technische Trainings für Personal aus Entwicklungsländern wurden in den letzten Jahren in so unterschiedlichen Feldern wie Viehzucht, Weinbau, Gesundheitsversorgung, Maschinenbau und Desertifizierungs-Bekämpfung abgehalten.<sup>45</sup> Zusätzlich entsendet China regelmäßig Experten im landwirtschaftlichen und energietechnischen Bereich zur Durchführung von Trainingsprogrammen nach Afrika. Diese Aktivitäten werden in einem in Zusammenarbeit mit dem UNDP durchgeführten, auf Süd-Süd-Kooperation ohne besonderen Schwerpunkt auf Afrika spezialisierten Programm namens TCDC/ECDC (Technical Cooperation among Developing Countries/Economic Cooperation among Developing Countries) koordiniert.

### 4.3.4 Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe

Unter humanitärer Hilfe versteht man die schnelle, unmittelbar einsetzende Hilfe zur Beseitigung oder Linderung der Folgen von Katastrophen. Weniger als andere Bereiche von ODA eignet sie sich zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele und wirtschaftlicher Interessen, und ist jener Bereich der Entwicklungshilfe, der einem wörtlichen Verständnis von „Hilfe“ am nächsten kommt.

Seit den Anfängen Teil von chinesischer Entwicklungshilfe an Afrika, findet sich auch im aktuellen Strategiepapier zur chinesischen Afrika-Politik (China 2006) ein Bekenntnis dazu,

---

<sup>45</sup> [http://tcdc.undp.org/coopsouth/1995\\_oct/tcdc\\_china.asp](http://tcdc.undp.org/coopsouth/1995_oct/tcdc_china.asp)

Aufrufe afrikanischer Staaten nach dringender humanitärer Hilfe zu beantworten. Zusätzlich werden Aktivitäten im Bereich des Personalaustauschs, der Schulung und technischen Zusammenarbeit im Bereich der humanitären Hilfe sowie die Unterstützung des chinesischen Roten Kreuzes und anderer NGOs für afrikanische Organisationen angekündigt.

Konkrete Beispiele für humanitäre Hilfe Chinas an Afrika sind eine Hilfeleistung von 200.000 US\$ 1999 im Kampf gegen Hunger am Horn von Afrika und 610.000 US\$ für Hilfsprojekte in Darfur (Alden 2005:152). International trat China beispielsweise auf der internationalen Geberkonferenz zum Wiederaufbau des Iraks 2003 in Madrid auf, aber auch nach dem Tsunami in Südostasien sprang die chinesische Regierung ein und lieferte Hilfsgüter im Wert von 60 Millionen Yuan, umgerechnet knapp acht Millionen US\$, an Indonesien, Sri Lanka und Thailand.<sup>46</sup>

Eine Studie der *Humanitarian Policy Group* des renommierten britischen *Overseas Development Institute* (Harmer & Cotterrell 2005) setzt sich mit der Rolle von Nicht-DAC-Gebern im Bereich der humanitären Hilfe auseinander. Darin wird der Anteil humanitärer Hilfe an der gesamten chinesischen Entwicklungshilfe auf zwischen 10 und 15 % geschätzt (ebda.:18). Da China jedoch nicht an das *Financial Tracking System* des Koordinationsbüros für Humanitäre Hilfe der UN (OCHA) berichtet, sind Transaktionen im Rahmen der internationalen humanitären Hilfe aufzeichnet, liegen wie in den anderen Bereichen chinesischer Hilfe keine genauen Daten vor.

#### **4.3.5 Entschuldung**

Verfolgte China bereits in der Frühphase seiner Entwicklungshilfe eine tolerante Politik gegenüber Schuldnerstaaten und übte anders als westliche Gläubigerstaaten bei Zahlungssäumigkeit kaum Druck auf Schuldnerstaaten aus, findet diese Politik in aktuellen großzügigen Schuldenerlassen für *Least developed countries* (LDCs) eine Fortsetzung. Nach Angaben der offiziellen chinesischen Nachrichtenagentur erließ China bis zum Jahr 2000 31 schwer verschuldeten Ländern in Afrika 1,3 Milliarden US\$<sup>47</sup>, weitere 750 Millionen Dollar folgten im Jahr

---

<sup>46</sup> [http://english.peopledaily.com.cn/200501/05/eng20050105\\_169739.html](http://english.peopledaily.com.cn/200501/05/eng20050105_169739.html)

<sup>47</sup> [http://www.chinadaily.com.cn/china/2006-11/04/content\\_724589.htm](http://www.chinadaily.com.cn/china/2006-11/04/content_724589.htm)

2003 (Worldbank 2007:275). Zusätzlich betont China, sein diplomatisches Gewicht nutzen zu wollen, um sich für den Schuldenerlass für die am höchsten verschuldeten Staaten auch seitens anderer Gläubiger einzusetzen. Chinas eigene Schuldenerlässe beschränken sich auf Länder, die diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik unterhalten, wie China im Zuge der erweiterten HIPC-Initiative klar machte (Worldbank 2003:5).

#### **4.4 Geographische Schwerpunkte**

Auch in die geographischen Schwerpunkte chinesischer Entwicklungshilfe geben die offiziellen chinesischen Statistiken keine detaillierte Einsicht. Nach Angaben der Weltbank ist bei chinesischen Entwicklungshilfekrediten eine Konzentration auf Angola, Nigeria, Mosambik, Sudan und Zimbabwe festzustellen. Knapp 80 % der chinesischen Kredite der vergangenen Jahren gingen an diese fünf Staaten (Worldbank 2007:275).

Feststellbar ist, dass ein Großteil chinesischer Entwicklungshilfe in rohstoffreiche Staaten fließt. In diesen Ländern finden die größten Investitionsprojekte statt, vielfach werden große Kredite für Infrastrukturmaßnahmen vergeben, die im direkten oder indirekten Zusammenhang mit der extraktiven Industrie stehen. Andere, einen weit kleineren Teil der chinesischen Entwicklungshilfe betreffende Bereiche wie technische Hilfe und humanitäre Hilfe sind jedoch breit über den gesamten Kontinent gestreut und betreffen – in unterschiedlichem Ausmaß – alle 48 afrikanischen Staaten, zu denen China diplomatische Beziehungen unterhält.

#### **4.5 Motive**

Über die Motive Chinas, als Entwicklungsland Entwicklungshilfe an afrikanische Länder zu leisten, wird viel spekuliert. Im Gegensatz zu den westlichen Industrienationen steht China nicht unter dem internationalen Druck, seinen Reichtum zu teilen, sondern befindet sich vielmehr auf Seiten derjenigen Staaten, die selbst mehr Entwicklungshilfe durch die reichen Staaten fordern. Auch gibt es anders als für Europa und die USA, die von jahrhundertlangem ungleichem Handel mit Afrika profitier(t)en, keine „historische Schuld“ gegenüber Afrika zu tilgen. Warum also Geld an andere Staaten verschenken, wenn im eigenen Land ein bedeutender Anteil der Bevölkerung in absoluter Armut lebt?

Diese Frage lässt sich nur im Kontext der gesamten chinesischen Afrika-Politik, zuletzt definiert im Dokument „China's Africa Policy“ (China 2006), beantworten, von der Entwicklungshilfe nur einen kleinen Teilbereich ausmacht. Ein zentraler Begriff dieses Dokuments ist jener des „mutual benefit“, also des gegenseitigen Nutzens: Die Beziehungen zu Afrika werden nicht als asymmetrisches Geber/Empfänger-Verhältnis verstanden, sondern stehen im Zeichen einer Kooperation zwischen Entwicklungsländern, von der beide Seiten gleichermaßen profitieren sollen. Insofern entspringt Entwicklungshilfe, die in dem Dokument nicht als eigener Punkt aufscheint, sondern in die Kooperation in den Bereichen Wirtschaft und Gesundheit, Wissenschaft, Kultur und Bildung eingegliedert ist, nicht einer Idee von Verteilungsgerechtigkeit oder Philantropie, sondern dem Glauben an eigene Vorteile, die aus der Kooperation entstünden. Dies lässt sich zum Beispiel anhand von Rohstoffabkommen zeigen, die häufig von Hilfskrediten begleitet werden. Mit diesen Krediten wird Infrastruktur gebaut, die einerseits für die Exploitation der Rohstoffe benötigt wird und daher im Interesse Chinas ist, andererseits der wirtschaftlichen Entwicklung des Empfängerlandes dient. Während die langfristige Rohstoffsicherung ein häufig genanntes, bestimmendes Motiv für Chinas Engagement in Afrika ist und auch in engem Zusammenhang mit einem wichtigen Teil der chinesischen Entwicklungshilfe an Afrika steht, gibt es weitere Gründe, die China dazu motivieren, Entwicklungshilfe an Afrika zu leisten.

Eine wichtige Dimension chinesischer Außenpolitik sieht Alden (2005:152) in den Bedenken gegenüber einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen US-Hegemonie. Aus Sorge über Washingtons Intentionen und langfristige Ziele, besonders in Folge der Ereignisse des 11. Septembers 2001, werde China dazu angetrieben, strategische Partner zu suchen, die die Idee der staatlichen Souveränität als wichtigstes Prinzip des internationalen Systems teilen. Afrika, mit 53 Staaten der stimmenstärkste Kontinent im multilateralen Kontext, bietet sich nicht nur als Partner bei der Verhandlung von internationalen Wirtschafts- und Handelsregeln beispielsweise in der Welthandelsorganisation WTO an, der China 2001 beitrug, sondern auch im Bereich der multilateralen Diplomatie. So ist es Beijing nach wie vor ein wichtiges Anliegen, breite Unterstützung gegen die Ambitionen Taiwans, sich von der Volksrepublik zu lösen, zu bekommen.

Anders als die Entwicklungshilfe des Westens, der zumindest vorgeblich in erster Linie humanitäre Motive zugrunde liegen, ist die aktuelle chinesische Entwicklungshilfe ein Teil einer strategischen Außen- und Wirtschaftspolitik, der nicht zuletzt die Förderung der eigenen Entwicklung zum Ziel hat. Im Falle Afrikas wird sie durch den Glauben an eine für beide Seiten erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die Suche nach politischen Verbündeten bestimmt.

## 5 CHINA ALS MOTOR FÜR „BAD GOVERNANCE“ IN AFRIKA?

Ein wesentliches Merkmal chinesischer Entwicklungshilfe seit ihren Anfängen in den 1950er-Jahren ist das Prinzip des Respekts gegenüber der staatlichen Souveränität der Empfängerländer. Das bedeutet, dass China seine Hilfe an keine politischen Konditionen bindet und offiziell keinerlei Einmischung in Angelegenheiten der Staaten, an die es Hilfe leistet, vornimmt. Als einzige Bedingung verlangt China von den Empfängern seiner Entwicklungshilfe Unterstützung für seine Ein-China-Politik, was bedeutet, Taiwan als Teil der Volksrepublik anzuerkennen und keine diplomatischen Kontakte zur Regierung in Taipei zu unterhalten.<sup>48</sup>

Ein unterschiedliches Konzept verfolgen die DAC-Gebergemeinschaft und die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs), innerhalb derer seit Anfang der 1990er-Jahre im wesentlichen Einverständnis darüber herrscht, dass Entwicklungshilfe nur dann zu den gewünschten positiven Effekten führen kann, wenn in den Empfängerländern gewisse rechtsstaatliche Rahmenbedingungen vorherrschen. Um diese Gegebenheiten sicherzustellen wurden verschiedene, unter dem Begriff „good governance“ zusammenfassbare Kriterien entwickelt, an deren Umsetzung die Vergabe von Entwicklungshilfe seitens der IFIs und der DAC-Geber zunehmend gebunden werden. Das Begriffsverständnis von „good governance“ umfasst dabei die Gewährleistung einer unabhängigen und fest institutionalisierten Rechtssprechung, die Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung sowie eine demokratische Regierungsform und die Einhaltung von Menschenrechten.

Viele afrikanische Regierungen teilen die Sichtweise Chinas, dass es sich bei der Bindung von Entwicklungshilfe an derartige Konditionalitäten um eine illegitime Einmischung in

---

<sup>48</sup> Eine vergleichbare Politik verfolgte die BRD in den 1950er- und 1960er-Jahren. Die 1955 erlassene Hallstein-Doktrin verurteilte die Aufnahme oder Unterhaltung diplomatischer Beziehungen dritter Staaten mit der DDR. In solchem Fall war der Abbruch beziehungsweise die Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem jeweiligen Land durch die BRD vorgesehen. Konkret Anwendung fand die Doktrin gegenüber Kuba und Jugoslawien, im Falle Tansanias führte die geplante Anerkennung der DDR 1964/65 zu einer diplomatischen Krise mit der BRD (Mukandala 1999:35).

innere Angelegenheit souveräner Staaten handelt. Zusätzlich bestehen vielerorts Zweifel an der Wirksamkeit von durch externe Akteure auferlegten „good governance“-Maßnahmen<sup>49</sup>.

Obwohl die Diskussion über an Bedingungen gebundene Hilfe in Afrika so alt ist wie die Entwicklungshilfe selbst<sup>50</sup>, hat sich die Ablehnung von Konditionalitäten seit Einzug des „good governance“-Konzepts weiter verstärkt. Besonders nach der Erfahrung der von IWF und Weltbank vorgeschriebenen Reformprogrammen, den sogenannten Strukturanpassungsprogrammen, die in den betroffenen Ländern eine Einschränkung des politischen Gestaltungsspielraums der lokalen Regierungen zur Folge hatten, in den meisten Ländern jedoch zu keinen positiven Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung führten<sup>51</sup>, wird die Vorschreibung von Politikmaßnahmen durch externe Akteure in Afrika sehr kritisch wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund wird das Auftreten Chinas als Geber von konditionsfreier Entwicklungshilfe in vielen afrikanischen Staaten euphorisch begrüßt.

Chinas aktuelles Engagement in Afrika erstreckt sich über den gesamten Kontinent und nimmt Länder wie Libyen, Somalia, den Sudan, oder Simbabwe, denen der Westen einen Mangel an Demokratie und der Einhaltung von Menschenrechten vorwirft, nicht aus. Äthiopien, das lange Zeit bevorzugtes Zielgebiet internationaler Entwicklungshilfe war, als Folge der gewaltsamen Unterdrückung der Opposition im Vorfeld der Parlamentswahlen 2005 aber seinen hohen Status in der Gunst der DAC-Gebergemeinschaft einbüßte, wurde von China Berichten zufolge kurzerhand angeboten, die durch Ausfälle von Hilfsgeldern entstehende Lücke im Budget zu füllen (vgl. africa research bulletin 2006a). Auch die von EU und USA mit Sanktionen belegten Regimes Simbawes und des Sudans können sich seit Jahren

---

<sup>49</sup> Verschiedene „good governance“-Initiativen wie beispielsweise die *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) erfreuen sich in Afrika geringer Beliebtheit, da sie in Europa bzw. den USA entwickelt wurden und es ihnen in Afrika an politischer Legitimität fehlt (vgl. Rocha 2007:26)

<sup>50</sup> Für eine Analyse von Tansanias Haltung zu Entwicklungshilfe und Konditionalität von den frühen 1960er- bis Mitte der 1990er-Jahre siehe Mukandala 1999:31ff.

<sup>51</sup> Während selbst die verantwortlichen Organisationen IWF und Weltbank mittlerweile Fehler bei der Durchführung der Strukturanpassungsprogramme (SAPs) eingeräumt haben, ist die wirtschaftliche Bilanz der SAPs nach wie vor umstritten. Die Weltbank vertritt die Meinung, dass die ökonomischen Auswirkungen der SAPs in Afrika als generell positiv zu beurteilen sind (für Misserfolge wird vor allem die mangelnde Bereitschaft zu Reform in den betroffenen Ländern verantwortlich gemacht) und die negativen sozialen Folgen ein unvermeidbares Übel waren. Kritiker jedoch sprechen – auch wenn sie häufig die Grundidee von makroökonomischen Reformen in Afrika nicht gänzlich negieren – den SAPs in der Form in der sie durchgeführt wurden jede ökonomische Sinnhaftigkeit aus Perspektive der betroffenen Länder ab beziehungsweise gehen davon aus, dass die SAPs volkswirtschaftlichen Schaden angerichtet haben.

über großzügige Investitionen und Kredite aus China freuen.

Zu Kritik an mangelnder „good governance“ seitens westlicher Geber an afrikanischen Staaten kommt es jedoch nicht nur wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen, sondern auch wegen dem Nicht-Befolgen von vorgeschlagenen Rezepten gegen Korruption und Misswirtschaft, wie das in Kapitel 5.1 behandelte Beispiel Angola zeigt. Hier hat China in den vergangenen Jahren trotz internationaler Kritik an der angolischen Regierung bezüglich deren Governance-Bilanz enorme Investitionen getätigt und Milliarden-Kredite vergeben.

Die Haltung Chinas gegenüber Regierungen wie jener Angolas, des Sudans oder Simbabwe führt zu dem massiven Vorwurf von westlicher Seite, Chinas Investitionspolitik und seine bedingungslose Vergabe von Hilfskrediten würden korrupte und autokratische Regimes stützen und dadurch der Entwicklung der jeweiligen Länder schaden. Außerdem würden Bemühungen des Westens um „good governance“ in Afrika unterminiert, da das Druckmittel Entwicklungshilfe zur Erreichung von Reformen an Wirkung verliere, wenn andere Geber ihre Hilfe nicht an ähnliche Konditionen knüpfen würden. „China does not share U.S. concern for issues of governance, human rights, or economic policy.“, schreibt beispielsweise der konservative US-amerikanische Think Tank *Council on Foreign Relations* in einem Report (CFR 2005:10), der sich mit der Afrika-Politik der USA auseinandersetzt, unter Bezugnahme auf Chinas Rolle im Bereich der Ölgewinnung im Sudan.<sup>52</sup>

Kritik an Chinas Haltung zu Regimes, die aufgrund ihrer Haltung zu Menschenrechten und Demokratie umstritten sind, ist nicht nur aus westlichen Think Tanks, Geberinstitutionen und Medien zu vernehmen, sondern auch aus internationalen NGOs und nicht zuletzt von Seiten afrikanischer Kommentatoren. Unter Berücksichtigung dieser Stimmen, aber auch der Argumentation des offiziellen China, soll der Blick auf drei Länderbeispiele nun die Auswirkungen von Chinas Afrika-Politik auf „good governance“ in Afrika beleuchten.

---

<sup>52</sup> Der selbe Report bietet hingegen keine Antwort auf die Frage, warum die USA trotz vermeintlicher „concerns“ über Menschenrechtsverletzungen nicht davor zurückschrecken, massive Investitionen in dem autokratisch regierten, aber Öl-reichen Äquatorialguinea zu tätigen.

## 5.1 Das Beispiel Angola

Nachdem im Jahr 2002 ein fast 30 Jahre dauernder Bürgerkrieg in dem rohstoffreichen Land zu Ende ging, begann die angolische Regierung unter Präsident José Eduardo dos Santos mit hohem Tempo, bis dahin unerschlossene Öl- und Diamantenvorkommen zu verwerten. Dies schlug sich in einem enormen Anstieg des BNP des Landes nieder<sup>53</sup>, von dem, wie Kritiker meinen, der Großteil der Bevölkerung jedoch kaum profitiert habe. Beobachter werfen der angolischen Regierung Korruption und Klientelismus vor, bis zu 4 Milliarden Dollar an Ölgewinnen sollen in den vergangenen fünf Jahren in undurchsichtigen Kanälen versickert sein (Taylor 2006:12). Obwohl das Land nach Nigeria zweitgrößter Ölproduzent im subsaharischen Afrika ist, lebt ein großer Teil der Bevölkerung in absoluter Armut. Das Gesundheits- sowie das Wasserversorgungssystem des Landes befinden sich in einem katastrophalen Zustand, wie eine große Cholera-Epidemie, auf die die angolischen Behörden völlig unzureichend reagiert hatten<sup>54</sup>, im Jahr 2006 deutlich vor Augen führte.

Westliche Geber reagierten auf Zweifel an Angolas fiskaler Transparenz und an dem Verantwortungsbewusstsein der angolischen Regierung mit der Bindung von Hilfskrediten an die Erarbeitung und Implementierung einer nachhaltigen Strategie zur Armutsbekämpfung sowie an ein Abkommen der angolischen Regierung mit dem IWF, das von der Regierung in Luanda jedoch nicht angenommen wurde (Fandrych 2006:1). Auch Aufforderungen zu einem Beitritt zur *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI), einer Initiative die Transparenz beim Management von Ölgewinnen gewährleisten soll, kam die angolische Regierung bisher nicht nach (ebda).

Als Folge dieser Weigerung, Maßnahmen in Richtung „good governance“ nach westlichen Vorstellungen zu setzen, blieben von angolischer Seite erhoffte Kredite, die den Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Infrastruktur des Landes ermöglichen sollten, aus. In dieser Situation trat China, das ebenso wie die Sowjetunion, die USA und Südafrika bereits im angolischen Bürgerkrieg durch die militärische Unterstützung von Kriegsparteien invol-

---

<sup>53</sup> Das BNP Angolas hat sich zwischen 2003 und 2005 von 14 auf 33 Milliarden US\$ mehr als verdoppelt. Angola gehört mit einer Wachstumsrate von 14 % im Jahr 2005 zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt.

<sup>54</sup> Vgl. Bericht der medizinischen Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF 2006)

viert war<sup>55</sup>, auf den Plan. Ein zinsfreier 2-Milliarden-Dollar-Kreditvertrag, rückzahlbar in Erdöl, wurde im Jahr 2004 zwischen Beijing und Angola abgeschlossen und 2006 um weitere zwei Milliarden US\$ aufgestockt. Der liefergebundene Kredit (70 Prozent der durch den Kredit finanzierten Aufträge müssen vertragsgemäß an chinesische Unternehmen vergeben werden) fließt in den infrastrukturellen Wiederaufbau Angolas.

Die Auswirkungen des Geldregens aus China sind in vielen Teilen des Landes sichtbar. Neben den Investitionen im Energiesektor entstanden seit 2005 bzw. entstehen derzeit mit chinesischem Kapital und unter Einsatz chinesischer Arbeitskräfte unter anderem ein neuer internationaler Flughafen in der Hauptstadt Luanda, mehrere Eisenbahnstrecken, Straßen, Brücken, Bürogebäude und Wohnbauten. Auch Krankenhäuser und Schulen wurden in den letzten zwei Jahren mit chinesischen Geldern finanziert.

Während die Tatsache, dass die chinesischen Hilfskredite entscheidend zum Wiederaufbau der angolanischen Infrastruktur beitragen, unumstritten ist, stellen Kritiker die berechtigte Frage, ob Chinas Engagement in Angola im langfristigen Interesse des Landes ist. „It allows the government to escape...transparency“, kommentiert der Vertreter einer internationalen Hilfsorganisation die Folgen von Chinas bereitwilliger konditionsfreier Kreditvergabe an die angolanische Regierung (Taylor 2007:14). Es bestehe die Gefahr, so Kritiker, dass die Verfügbarkeit von Krediten aus China, die unter Berufung auf die Nicht-Einmischung in interne Angelegenheiten an keinerlei Forderungen nach Transparenz gebunden sind, der Bereicherung einer korrupten Elite diene, die dem Land damit neue Schulden aufbürde, ohne die erhaltenen Gelder zum Wohle der Bevölkerung einzusetzen.

Was den Vorwurf an China betrifft, den Fehler westlicher Nationen zu wiederholen, Millionenkredite an korrupte Potentaten zu vergeben, argumentiert die US-amerikanische Entwicklungsexpertin Deborah Brautigam<sup>56</sup>, dass China sehr wohl aus deren Fehlern gelernt habe. So gingen chinesische Kredite nicht direkt auf die Bankkonten der Machthaber der

---

<sup>55</sup> Für eine detaillierte Analyse von Chinas Rolle in den (Unabhängigkeits)Kriegen in Angola und Mosambik siehe Jackson 1995

<sup>56</sup> Briefwechsel mit dem senegalesischen Autor Adama Gaye zum Thema „Is Chinese Investment good for Africa?“, erschienen auf der Website des *Council of Foreign Relations*  
[http://www.cfr.org/publication/12622/is\\_chinese\\_investment\\_good\\_for\\_africa.html](http://www.cfr.org/publication/12622/is_chinese_investment_good_for_africa.html)

jeweiligen Empfängerländer, sondern seien, wie das Beispiel Angola zeige, an konkrete Investitionen gebunden. In der Kritik aus Washington an Chinas Kreditvergabepraxis in Afrika sieht sie angesichts der nicht weniger intransparenten Vergabe von Krediten an afrikanische Regierungen durch beispielsweise europäische Privatbanken, die keine derartigen Reaktionen nach sich ziehen, einen Fall von „double standard“, also dem Messen mit zweierlei Maß.

Unterminiert Chinas Auftreten in Angola die Versuche von westlichen Geberinstitutionen, die Entwicklung Angolas in eine Richtung zu lenken, die sicherstellt, dass nicht nur die regierende Elite, sondern auch die Bevölkerung von den reichen Bodenschätzen des Landes profitiert? Während die westlichen Forderungen nach „good governance“ in Angola ein seltener Anwendungsfall der Umsetzung der lang gepflegten Rhetorik von „good governance“ durch die westlichen Geberinstitutionen sind, stellt sich die Frage nach der Konsequenz der Geber beim Einfordern von „soft values“ wie Korruptionsbekämpfung, Transparenz und Armutsbekämpfung. Die Erfahrung aus anderen afrikanischen Ländern wie beispielsweise Äquatorialguinea zeigt, dass Rufe nach „good governance“ immer dann schnell verhallen, wenn manifeste Rohstoffinteressen im Spiel sind (vgl. Frynas & Paulo 2006:12). Entwicklungspolitisch motivierte Anliegen haben in der außenpolitischen Praxis westlicher Mächte üblicherweise das Nachsehen gegenüber eigenstaatlichen Interessen zum Beispiel im Bereich der Rohstoffsicherung oder der Terrorismusbekämpfung. Unter Berücksichtigung des Handelns von USA oder Frankreich in anderen rohstoffreichen Staaten, sei es in Äquatorialguinea, Saudi Arabien oder dem Tschad, muss angenommen werden, dass die angolansische Regierung mit steigenden Rohstoffpreisen und knapper werdenden Ressourcen im Rücken auch ohne das Auftreten Chinas etwaige Forderungen nach „good governance“ abwehren hätte können und es dem Vorwurf des Westens an China, „bad governance“ in Angola zu fördern, angesichts des eigenen Handelns an Glaubwürdigkeit fehlt. Dieser Verweis auf die Versäumnisse anderer Staaten soll China jedoch nicht von der Verantwortung freisprechen, bei seiner Kreditvergabe internationalen Standards im Bereich Korruption und Transparenz Rechnung zu tragen.

## 5.2 Das Beispiel Sudan

Der flächenmäßig größte Staat Afrikas ist seit vielen Jahren Schauplatz blutiger Konflikte. Mit großer Brutalität kämpfte die 1989 an die Macht gekommene islamistische Militärregierung unter Omar Al Bashir jahrelang gegen Sezessionsbestrebungen des vorwiegend christlich geprägten Südens des Landes, bis es 2005 zu einem fragilen Friedensabkommen zwischen der in der Hauptstadt Khartum im Norden des Landes ansässigen Regierung und der südsudanesischen *Sudan People's Liberation Army* (SPLA) kam. Neben der Frage der religiösen und kulturellen Autonomie wurde auch um die Aufteilung der reichen Ölvorkommen der südlichen Upper Nile Region gekämpft.

Zusätzlich zu dem Bürgerkrieg im Südsudan begann 2003 eine Rebellion in der im Westen des Sudans gelegenen Provinz Darfur. Bei Kämpfen zwischen verschiedenen Rebellengruppen und Regierungstruppen sowie von Khartum unterstützten Reitermilizen wurden seit damals Zehntausende Menschen getötet, laut Angaben des UNHCR wurden mehr als zwei Millionen Menschen in Darfur vertrieben<sup>57</sup>. Auch Darfur ist aufgrund großer Ölvorräte von hoher strategischer Bedeutung für Khartum.

Der sudanesischen Regierung wurden von internationalen Menschenrechtsorganisationen die Duldung bzw. sogar die Unterstützung systematischer Massaker gegen die aufständische Bevölkerung in Darfur vorgeworfen. Im Jänner 2005 haben UN-Untersuchungsbeauftragte Khartum „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ vorgeworfen (africa research bulletin 2006a:16512). Auch der Menschenrechtsrat der UNO äußerte sich zutiefst beunruhigt über die Schwere der Menschenrechtsverletzungen in Darfur, ohne aber die Regierung in Khartum ausdrücklich dafür verantwortlich zu machen. So konnte im März 2007 eine einstimmige Resolution verabschiedet werden, die die Bildung einer neuen Expertengruppe zur Verbesserung der Situation in Darfur vorsieht, der auch die sudanesischen Regierung zustimmte. Trotz dieser Verhandlungen wird der Sudan unter seiner derzeitigen Regierung vom Westen als „Paria-Staat“ geächtet, UN-Sanktionen gegen Khartum sind seit April 2006 aufrecht.

---

<sup>57</sup> <http://www.unhcr.org/publ/PUBL/4444d3ce2.html>

Eine wichtige Rolle bei Bemühungen, Druck auf die sudanesische Regierung auszuüben um ein Einlenken im Darfurkonflikt zu erreichen, spielten und spielen zivilgesellschaftliche Organisationen. Besonders in den USA gibt es zahlreiche Kampagnen-Organisationen, die sich für ein "Divestment", also für einen gezielten Abzug von Kapital, der die sudanesische Regierung und nicht die Zivilbevölkerung treffen soll, aus dem Sudan einsetzen. Investoren wie Chevron haben sich aufgrund der unsicheren Lage und des internationalen Drucks bereits gänzlich aus dem Sudan zurückgezogen, auch die österreichische Mineralölgesellschaft OMV beendete ihre lukrativen Aktivitäten im Sudan nach andauernder Kritik von Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen.

Ungeachtet der internationalen Vorwürfe gegenüber der sudanesischen Regierung schweigt die chinesische Regierung gemäß ihrem Motto der Nicht-Einmischung mit Ausnahme gelegentlicher sanfter Bekundungen von Besorgnis zu den Vorkommnissen in Darfur. Beijing und Khartum verbinden langjährige freundschaftliche Beziehungen. Der Sudan zählte nach Ägypten gemeinsam mit Algerien, Marokko und Guinea zu den ersten Staaten, zu denen China diplomatische Beziehungen aufnahm. Neben bescheidenen Handelsbeziehungen leistete China bereits in den frühen 1970er-Jahren in Form des Baus eines Konferenzentrums in Khartum Entwicklungshilfe an den Sudan. Der zunehmende Bedarf Chinas an Erdöl sowie die zunehmende internationale Isolierung der sudanesischen Regierung führten ab den 1990er-Jahren zu einem Anstieg des gegenseitigen Interesses. 1995 kaufte die chinesische Ölfirma *China National Petroleum Corporation* Förderrechte von der sudanesischen Regierung und begann in Folge, die Ölförderung in Gang zu bringen, Raffinerien zu bauen und zwei Pipelines zu konstruieren. Früher selbst Ölimporteur, verdient der Sudan heute zwei Milliarden US\$ pro Jahr durch Ölexporte, deren Großteil an China geliefert wird. China besitzt einen 40-prozentigen Anteil an der *Greater Nile Petroleum Operating Company*, dem wichtigsten im Sudan tätigen Ölkonsortium. Die Investitionen Chinas im Sudan beschränken sich jedoch nicht auf den Rohstoffsektor. Große Infrastrukturprojekte wie ein neuer Flughafen in Khartum, zwei Brücken über den Nil oder ein Staudamm im Norden des Landes werden derzeit mit chinesischen Geldern finanziert (vgl. Askouri 2007:75ff).

Das Engagement Chinas im Sudan stößt auf große internationale Ablehnung. Es bietet, so

der häufig erhobene Vorwurf, der Regierung in Khartum eine lukrative Einnahmequelle und trage so nach Ansicht von Kritikern zur Stabilisierung des umstrittenen Regimes bei:

„In Sudan, Chinese support for the government has undoubtedly undermined all the efforts of the opposition to effect change in the government, thereby extending its rule despite the clear political indications that the junta would be unable to rule the country without heavy Chinese economic and military support.“

(Askouri 2007:74)

Auch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International kommt in einem anlässlich des FOCAC-Gipfels in Beijing im November 2006 an die chinesische Regierung gerichteten Appell zu dem Schluss, dass Chinas wirtschaftliche Verbindungen zum Sudan negative Folgen auf die Menschenrechte in dem Land hätten:

„In many ways, China’s economic relations with Sudan have affected the human rights situation there - for the worse.“ (Amnesty International 2006:1)

Die Diskussion um Chinas Verhältnis zum Sudan betrifft jedoch nicht nur chinesische Investitionen und Waffenlieferungen, sondern auch das Verhalten Chinas im UN-Sicherheitsrat. China lehnte gemeinsam mit der Sowjetunion und den beiden temporären Sicherheitsrat-Mitgliedern Algerien und Pakistan im September 2004 den Entwurf einer Resolution ab, die Sanktionen gegen die sudanesishe Regierung vorsah, um diese zu einem Einlenken im Darfur-Konflikt und zur Zustimmung zur Entsendung von UN-Friedenstruppen zu bewegen. Als Folge eines drohenden Vetos Chinas wurde der Entwurf soweit abgeschwächt, dass er unter Stimmenthaltung der vier genannten Staaten den Sicherheitsrat passieren konnte (Hilsum 2005). So wurde beispielsweise kein vollständiges Waffenembargo gegen Karthum durchgesetzt, sondern nur die Verwendung neu gelieferter Waffen in Darfur verboten, was China nicht daran hinderte, mehrere Kampfjets an die sudanesishe Regierung zu verkaufen (africa research bulletin 2006a:16513).

Es ist nicht zu leugnen, dass Chinas Aktivitäten im Sudan die Regierung Al Bashir einerseits durch Waffenlieferungen, andererseits durch Groß-Investitionen vor allem im Bereich der

Ölgewinnung stützen. Umstritten ist jedoch, ob China durch seine Haltung gegen eine Militärintervention tatsächlich einen möglichen Friedensprozess in Darfur blockiert. Während es eine breite internationale Zustimmung zu einer bewaffneten UN-Intervention gibt, opponieren neben dem offiziellen China auch verschiedene internationale zivilgesellschaftliche Akteure gegen ein solches Einschreiten<sup>58</sup>. Auch greift die Kritik an China zu kurz, seine Politik gegenüber dem Sudan würde einzig von Ölinteressen bestimmt werden. Die chinesische Politikwissenschaftlerin He Wenping betont zu Recht, dass China seine Außenpolitik der Nicht-Einmischung konsequent und unabhängig von bestimmten wirtschaftlichen Interessen verfolge (Mooney 2005).

### 5.3 Das Beispiel Simbabwe

Ähnlich scharf wie für das Engagement im Sudan wird China für die enge Kooperation mit Präsident Robert Mugabes umstrittenem Regime in Simbabwe kritisiert. Nach einer teilweise in Gewaltexzesse ausufernden Landreform, Unterdrückung der Opposition sowie anti-westlicher Rhetorik zogen sich europäische und US-amerikanische Geber aus dem autoritär regierten Staat zurück und belegten das Regime Mugabe im Jahr 2002 wegen anhaltender schwerer Menschenrechtsverletzungen mit Sanktionen. Auch viele internationale Investoren verließen das Land wegen mangelnder Rechtssicherheit und einer niedergehenden Wirtschaft<sup>59</sup>. Nun nimmt China nach und nach den Platz westlicher Geber und Investoren ein. Ungeachtet der massiven Menschenrechtsverletzungen in Simbabwe hofiert das offizielle China den umstrittenen Präsidenten, wie neben verschiedenen Vertrauensbekundungen gegenüber der simbabwischen Regierung seitens chinesischer Diplomaten<sup>60</sup> auch folgende Episode zeigt: Einen Tag nach Erscheinen eines UN-Reports, der die Zerstörung von 700.000 Häusern und Geschäften im Zuge der von Seiten der Regierung Mugabe angeord-

---

<sup>58</sup> Vgl. zB Kommentar von Fabrice Weissman, Forschungsdirektor, und Jean-Hervé Bradol, Präsident der Forschungsstiftung der internationalen Hilfsorganisation Médecins sans Frontières (Weissmann & Bradol 2007)

<sup>59</sup> Simbabwe gehört zu den weltweit am schnellsten schrumpfenden Volkswirtschaften und leidet unter hoher Arbeitslosigkeit, hoher Inflation und Nahrungs- und Treibstoffknappheit (BBC 2005a).

<sup>60</sup> China „trusts Zimbabwe's government and people have the ability to deal properly with their own matters“, wird ein Vertreter des chinesischen Außenministeriums vom britischen Nachrichtensender BBC zitiert (BBC 2005a).

neten Zwangsumsiedlungs-Operation „Murambatsvina“ verurteilte, flog Robert Mugabe nach China, wo er einen Kreditvertrag unterschrieb und ein Ehrendoktorat der *Foreign Affairs University* entgegennahm (Hilsum 2005:419). Bei den Dachfliesen, die Mugabes Privatpalast zieren, soll es sich Medienberichten zu Folge um ein Geschenk der chinesischen Regierung handeln (IHT 2005).

„We have turned east where the sun rises, and given our backs to the west, where the sun sets“, verlautbarte Mugabe anlässlich der 25-Jahrs-Feier zur simbabwischen Unabhängigkeit am 18. April 2005 (Zitiert nach: Karumbidza 2007:87). Belohnt wird dieser Richtungswechsel durch großzügige Hilfskredite aus China, aber auch durch steigende Investitionen privater chinesischer Firmen vor allem in Landwirtschaft und Bergbau (Karumbidza 2007:93f). Während Simbabwe dringend Fremdwährung benötigt, um beispielsweise Öl einzukaufen, ist China an Platin, anderen Bodenschätzen und an landwirtschaftlichen Produkten Simbabwes wie beispielsweise Tabak interessiert (Hilsum 2005:421). Hinzu kommt, dass Simbabwe für China als Absatzmarkt für seine Industrieprodukte von Interesse ist. „The two economies of China and Zimbabwe are strongly complementary and the two countries face good opportunities for co-operation,“ erklärte Wu Bangguo, Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses, bei einem Besuch in Simbabwe<sup>61</sup>, die Vorteile einer gegenseitigen Zusammenarbeit.

Die Freundschaft zwischen China und Simbabwe ist indes nicht neu. Bereits im antikolonialen Unabhängigkeitskampf war China der wichtigste Unterstützer von Mugabes Partei ZANU PF. Noch am Tag der Unabhängigkeit, dem 18. April 1980, erkannte China das unabhängige Simbabwe an. In den 1980er-Jahren wurden verschiedene Infrastrukturprojekte wie der Bau des National-Stadions mit chinesischen Hilfskrediten finanziert (Karumbidza 2007:92). Der jüngste Vorstoß Chinas in Simbabwe steht jedoch weniger in der Tradition antikolonialer Solidarität, sondern ist Teil der von Rohstoffsicherung und ökonomischen Interessen geprägten aktuellen chinesischen Afrika-Politik.

Wie im Sudan unterstützt China in Simbabwe ein vom Westen sanktioniertes Regime und

---

<sup>61</sup> [http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2004-11/03/content\\_388273.htm](http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2004-11/03/content_388273.htm)

sieht sich dafür scharfer internationaler Kritik von Menschenrechtsorganisationen, Medien und westlichen Regierungsvertretern ausgesetzt. Das offizielle China verteidigt seine Politik unter Berufung auf den Grundsatz der Nicht-Einmischung sowie die historische, aus dem antiimperialistischen Unabhängigkeitskampf rührende Freundschaft zwischen den beiden Staaten.

#### **5.4 Zusammenfassung**

Entsprechend dem autokratischen Regierungsstil im eigenen Land lehnt die chinesische Regierung die Annahme westlicher Geberinstitutionen sowie damit einhergehende Forderungen an Entwicklungsländer ab, dass Demokratie und Einhaltung von Menschenrechten eine notwendige Voraussetzung für den Entwicklungsprozess eines Staates sind. Die Bindung von Entwicklungshilfe an andere Forderungen nach „good governance“, wie die Unterzeichnung von Transparenz-Initiativen oder die Schaffung von Armutsbekämpfungsprogrammen, widerspräche der konsequent verfolgten Strategie der Nicht-Einmischung und findet in der chinesischen Afrika-Politik keinen Niederschlag. Logische Konsequenz davon ist, dass Länder, die aufgrund mangelnder „good governance“ von westlichen Staaten und Investoren gemieden werden, einen willkommenen Betätigungsbereich für chinesische Interessenspolitik und Investitionen bilden. Das zeigt die Tatsache, dass Regierungen, die jenseits der „good governance“-Ideale handeln – sei es aufgrund der Missachtung von Menschenrechten wie im Sudan, oder mangelnder Transparenz beim Umgang mit Ölgewinnen wie in Angola – zu den größten Empfängern chinesischer Hilfskredite und Investitionen zählen.

Während das offizielle China diese Politik unter Verweis auf die staatliche Souveränität der Empfängerländer verteidigt, bestehen berechtigte Zweifel, inwieweit zum Beispiel im Falle von Waffenlieferungen an Regierungen wie jene des Sudans oder Simbabwe, die Krieg gegen Teile der eigenen Bevölkerung führen, die Argumentation der „Nicht-Einmischung“ ein derartiges Handeln rechtfertigt. Für diese Politik muss sich China den Vorwurf gefallen lassen, seine eigenen wirtschaftlichen Interessen bedingungslos und ungeachtet des daraus erwachsenden Schadens für die Bevölkerung der Partnerländer zu verfolgen.

Schwerer fällt die Beurteilung der Auswirkungen von Chinas Engagement auf Länder, die

vom Westen nicht wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen, sondern für ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik verurteilt werden. Wie das in Kapitel 5.1 behandelte Beispiel Angola zeigt, führt die Tatsache, dass China zunehmend als großzügiger Geber von Hilfskrediten an afrikanische Staaten auftritt, ohne politische Konditionen zu stellen, zu einem Einflussverlust der westlichen Geberstaaten- und Institutionen in Afrika. Während diese mit massiver Kritik an China reagieren, sehen einige Stimmen gerade darin die Eröffnung neuer, alternativer Wege zu den erfolglosen Entwicklungsrezepten der westlichen Geber (vgl. Kappel & Schneiderbach 2006).

Tatsächlich scheint die Kritik westlicher Geber an China angesichts des eigenen, oft im Widerspruch zu dem propagierten Konzept „good governance“ stehenden Verhaltens, überzeichnet. Da sich die von westlichen Staaten propagierten Forderungen nach guter Regierungsführung nur in den seltensten Fällen gegen eigene Rohstoff- oder Sicherheitsinteressen behaupten, hat das Auftreten Chinas bisher keine merkbare Auswirkungen auf „good governance“ in Afrika, wie eine OECD-Studie für den Bereich der finanziellen Transparenz bestätigt:

„Transparency scores have not deteriorated during recent years when the presence of the Asian giants became more visible in Africa“ (OECD 2006:4)

Wenngleich das Konzept von „good governance“ nicht per se als ineffektiv verurteilt werden kann, bietet die inkonsequente Anwendung und die von Seiten der IFIs betriebene Auslegung wie das Binden von finanzieller Unterstützung an die ideologisch motivierten Politikmaßnahmen des Washington Consensus<sup>62</sup> kein glaubhaftes Gegenmodell zur konditionsfreien Entwicklungshilfe aus China. Das Versagen des Westens kann jedoch kein Freibrief für China sein, unter dem Deckmantel der Nicht-Einmischung durch militärische und ökonomische Unterstützung repressiver Regimes indirekt Menschenrechtsverletzungen zu unterstützen und ohne Rücksicht auf die Folgen für die lokale Bevölkerung eigene Interessen in Afrika zu verfolgen.

---

<sup>62</sup> Unter dem Washington Consensus versteht man eine Reihe liberaler Politikmaßnahmen, an welche die IFIs die Vergabe von Krediten an Entwicklungsländer binden. Sie umfassen unter anderem Privatisierung, Handelsliberalisierung, die Einschränkung öffentlicher Ausgaben und wirtschaftliche Deregulierung.

## 6 CHINAS FOKUS AUF AFRIKA: IM INTERESSE AFRIKAS?

Die Gesamtbewertung der Folgen des Engagements Chinas in Afrika für Afrika fällt äußerst unterschiedlich aus. Während die einen darin einen Keim für Aufschwung, mehr Unabhängigkeit von alten Kolonialmächten und mehr internationale Bedeutung für Afrika sehen, sehen andere darin Neokolonialismus, wirtschaftliche Ausbeutung und eine Gefahr für Frieden, Menschenrechte und Demokratie. An mancher Stelle wird gar der Vergleich zum Wettlauf europäischer Kolonialmächte um Einfluss und Ressourcen am Ende des 19. Jahrhunderts bemüht und Chinas aktuelles Engagement in Afrika als Auslöser eines neuen „Scramble for Africa“ bezeichnet<sup>63</sup>. In einem 2006 in *african affairs* erschienenen Artikel gehen J. G. Frynas und Manuel Paulo (2006) der Frage nach, ob in Afrika derzeit ein mit dem „Scramble for Africa“ vergleichbarer Wettlauf um Ressourcen, diesmal ausgetragen in erster Linie zwischen China und den USA, stattfindet. Während besonders die Ölvorkommen im Golf von Guinea und im Sudan in den letzten Jahren zwar Gegenstand großer Investitionen und Anlass für bedeutende diplomatische Anstrengungen waren, so ihre Schlussfolgerung, sei ein wesentlicher Unterschied zum „Scramble“ jedoch, dass diesmal Afrika „*in the driver's seat*“, also in der Position sei, über die Verwendung der eigenen Ressourcen zu entscheiden. So schlagen sie vor, anstelle der Fokussierung auf amerikanische und chinesische Politik in der wissenschaftlichen Analyse mehr Gewicht auf die Strategien Afrikas zu legen, mit denen es die neuen externen Investitionsquellen und das politische Interesse Chinas nutzt (ebda.:22). Eine Gemeinsamkeit des „Scramble for Africa“ und Chinas gegenwärtigem Engagement in Afrika lässt sich jedoch nicht leugnen: Wie damals für Großbritannien, Frankreich und Deutschland, ist der Bedarf an Rohstoffen, den die Industrialisierung mit sich bringt, wesentliche Antriebskraft der heutigen Afrika-Politik Chinas.

---

<sup>63</sup> Siehe z.B. „China in Africa. Never too late to scramble“, (Economist 2006)

## 6.1 Gesamtökonomische und politische Auswirkungen

In einer im Auftrag der Stiftung Wissenschaft und Politik des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit durchgeführten Studie über Chinas Afrika-Politik bezeichnet der Autor Denis Tull die Wirtschaftspartnerschaft Chinas und Afrikas als ein „zweischneidiges Schwert“ für Afrika. Während er den Handel zwischen Entwicklungsländern prinzipiell als positiv bewertet, sieht er große Ähnlichkeiten zwischen Chinas Wirtschaftsinteressen und jenen westlicher Industriestaaten und zeigt am Beispiel von mit chinesischen Investitionen realisierten Textilfabriken in Afrika, dass chinesische Investitionen nicht die erhofften Impulse für eine tragfähige sozioökonomische Entwicklung afrikanischer Staaten geben. Bezüglich der politischen Auswirkungen des chinesischen Engagements in Afrika unterscheidet er drei unterschiedlich betroffene Ländergruppen: *Transitionsländer*, die im Begriff sind, Demokratisierungsprozesse zu durchlaufen und für die Beijings Politik des Insistierens auf staatliche Souveränität tendentiell hinderlich sei; *ressourcenreiche Staaten*, die Tull durch eine Interessenspolitik Chinas, die längerfristige Auswirkungen der Ressourcenausbeutung unberücksichtigt lasse, gefährdet sieht<sup>64</sup>; und *Postkonfliktstaaten*, in denen Tull China trotz der Unterstützung einiger UN-Friedensmissionen zumindest teilweise für die Verursachung und Verschärfung von Konflikten (beispielsweise in Liberia und im Sudan) verantwortlich macht.

Der togolesische Autor und UNIDO-Ökonom Yves Ekoué Amaïzo beurteilt die Folgen von Chinas Engagement in Afrika in einem Essay (Amaïzo 2006) überwiegend negativ für Afrika. Durch die vom Export von Rohstoffen und Import von verarbeiteten Gütern gekennzeichnete Struktur der sino-afrikanischen Handelsbeziehungen erfolge die Wertschöpfung in erster Linie auf Seiten Chinas. Damit sei die von China propagierte „win-win“-Kooperation höchst fraglich. Wie andere Autoren weist er auf die Unterscheidung der Interessen afrikanischer Regierungen, die China mit offenen Armen empfangen, und der Bevölkerung, die keineswegs zwingend von chinesischen Investitionen profitiere, hin. Kritik übt

---

<sup>64</sup> „Nicht relevant sind für Beijing dagegen Fragen wie die indirekten oder unbeabsichtigten Auswirkungen der Ressourcenausbeutung auf die politische und wirtschaftliche Regierungsführung in den betroffenen Staaten, die angemessene und entwicklungsorientierte Verwendung der Erlöse und die entsprechenden Regulierungskonzepte, die im Rahmen dieses Themenkomplexes diskutiert werden“ (Tull 2005:25)

Amaizo auch an der Bevorzugung chinesischer Arbeitskräfte bei der Umsetzung von durch China finanzierten Infrastrukturprojekten, sowie an zweifelhaften Waffenlieferungen Chinas an international sanktionierte Regimes. Wenngleich Amaizo in Chinas neu erwachtem Interesse eine Chance für Afrika sieht, warnt er, dass diese nur durch gemeinsame Anstrengungen afrikanischer Staaten im Rahmen von NEPAD und der Afrikanischen Union zu Gunsten Afrikas genutzt werden kann:

„Wenn sich die Afrikanische Union und die afrikanischen Regierungen nicht dazu entschließen, die vielschichtigen Tätigkeiten Chinas in Afrika zu begreifen und eine gemeinsame Strategie für die Kooperation mit China zu konzipieren, werden sie eines Tages zusehen müssen, wie ihnen der Großteil der Produktionsmittel und Reichtümer Afrikas entgleitet.“ (Amaizo 2006:5, Übersetzung Harald Mayer)

Die OECD hat der Fragestellung, was Chinas wirtschaftlicher Aufstieg für Afrika bedeutet, eine 2006 erschienene Studie gewidmet (OECD 2006). Aus ökonomischer Sicht untersuchen die Autoren direkte und indirekte Auswirkungen von Chinas Aufstieg zur ökonomischen Großmacht auf Afrika und kommen ähnlich wie Amaizo zu dem Schluss, dass eine große Verantwortung bei afrikanischen Regierungen liege, die Chancen, die Chinas Wachstum mit sich bringt, zu nutzen. Die Studie warnt vor dem langfristigen Risiko der Fehlallokation der Einkünfte aus höheren Rohstoffpreisen bedingt durch schwache Institutionen in vielen afrikanischen Staaten und rät OECD-Geberstaaten, daraus Schlüsse für die eigenen Entwicklungshilfeleistungen an Afrika abzuleiten.

Ebenfalls aus ökonomischer Sicht untersuchen Kennan & Stevens (2005) die Auswirkungen des Aufstiegs Chinas und Asiens auf Entwicklungsländer und kommen zu dem Ergebnis, dass die Staaten des subsaharischen Afrika davon mit Ausnahme von Textilproduzenten vor allem durch den Anstieg von Rohstoffpreisen, aber auch durch die steigende Nachfrage nach Produkten wie beispielsweise Tierfutter oder Leder, tendenziell profitieren würden.

Auch außerhalb der wissenschaftlichen Analyse gibt es verschiedenste Bewertungen von Chinas Engagement in Afrika, wobei sowohl aus Afrika als auch aus Europa und den USA

viele negative Einschätzungen wahrnehmbar sind. Während westliche Medien, Politiker und Nichtregierungsorganisationen besonders darauf hinweisen, dass Chinas Politik der Nicht-Einmischung eine Gefahr für Demokratie und Menschenrechte darstelle, überwiegt in Afrika die Sorge vor einer ökonomischen Übervorteilung durch China. „Es besteht die Gefahr, dass zu China eine Beziehung aufgebaut wird, die koloniale Abhängigkeiten wiederholt“, wird der südafrikanische Staatspräsident Thabo Mbeki in der deutschen Wochenzeitung *Der Spiegel* (Kazim 2007) zitiert. „Waffen, Öl, dreckige Deals – wie China den Westen aus Afrika drängt“, titelt *Der Spiegel* reißerisch und liefert mit dieser Schlagzeile eine Bestätigung für den Vorwurf Chinas an den Westen, Chinas Engagement in Afrika in erster Linie aus Angst um seinen eigenen Einflussbereich zu kritisieren. Auf nicht weniger polemische Art bezichtigt Moisés Naím, Chefredakteur des konservativen *Foreign Policy*, China, durch seine „Rogue aid“<sup>65</sup> Fortschritt in Afrika zu ersticken, der Bevölkerung zu schaden, und Korruption, Chaos und Autoritarismus zu fördern (Naim 2007). Weniger schwarzmalerisch zeigt sich der pragmatische *Economist* (2006) der zwar nicht davon ausgeht, dass Chinas Engagement in Afrika von mehr Altruismus geprägt sei als jenes der westlichen Mächte, dass es aber an Afrika selbst liege, die darin liegenden Chancen einer Kooperation, von der beide Seiten gleichermaßen profitieren könnten, zu nutzen. Positiv schätzt das Wirtschaftsmagazin *African Business* (2006) die ökonomischen Auswirkungen von Chinas Engagement in Afrika ein:

If the Chinese government and companies are prepared to invest in projects that others are loath to touch, then Africa will at least benefit from additional infrastructure. At the same time, increased competition should make African oil and gas even more valuable. An economic war for Africa's loyalties could help to balance out some of the harm done by the military Cold War.

Auch im internationalen Aid-System wird das Thema „China in Afrika“ besonders seit vergangem Jahr intensiv diskutiert. Betreffend Chinas Rolle als einer der aufstrebenden Geberstaaten von Entwicklungshilfe sieht der DAC-Vorsitzende Richard Manning drei we-

---

<sup>65</sup> Abgeleitet vom gebräuchlichen „Rogue state“, was üblicherweise als „Schurkenstaat“ übersetzt wird. Als weitere Geber von „Rogue aid“ identifiziert Naim den Iran, Saudi Arabien und Venezuela.

sentliche Gefahren für Afrika:

- Die Verschlechterung der Schuldsituation der Empfängerstaaten durch unangemessene Kredite
- Die Verschiebung notwendiger struktureller Anpassungen aufgrund von an geringe Konditionalitäten gebundene Hilfe
- Die Verschwendung von Ressourcen an unproduktive Investitionen

Die Vorliebe Chinas für Prestigeprojekte wie Stadien und prunkvolle Regierungsgebäude, errichtet mit einem hohen Anteil an chinesischem Personal, lässt Zweifel an der Nachhaltigkeit chinesischer Hilfsprojekte aufkommen. Während die dafür verwendeten Gelder zwar üblicherweise zu sehr günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden, handelt es sich in vielen Fällen doch um rückzahlbare Kredite, die zu einer Erhöhung der Schuldenlast der Empfängerstaaten führen. Den oft kritisierten negativen Auswirkungen der Verfügbarkeit chinesischer Entwicklungshilfe auf „good governance“ in afrikanischen Staaten ist Kapitel 5 dieser Arbeit gewidmet.

Positiv wird von verschiedenen Seiten der pragmatische Ansatz chinesischer Entwicklungshilfe eingeschätzt. „If a G8 country had wanted to rebuild the stadium, we'd still be holding meetings“, zitiert Hilsum (2005) den Botschafter Sierra Leones in Beijing. Auch der bekannte Ökonom und UN-Berater zur Umsetzung der Millenium Development Goals, Jeffrey Sachs, lobte Chinas praktische Hilfe: „China gives fewer lectures and more practical help.“, erklärte er 2006 bei einer Konferenz in Beijing (IHT 2006).

Zu einer ähnlich positiven Einschätzung chinesischer Entwicklungshilfe kommt Ana Cristina Alves von der Technischen Universität Lissabon:

Nevertheless, at present, Chinese cooperation seems to be more efficient than western in promoting development as their aid packages are clearly more feasible: they do not interfere in local political affairs ('business is business'), their credit lines are unconditional, much quicker and cheaper, and Africa is, at last, getting its infrastructures rebuilt and its economies moving forward. (Alves 2006:12)

Während westliche Hilfskonzepte vielerorts als gescheitert gelten, wird Chinas Auftreten als Chance gewertet, die westliche Hegemonie im Entwicklungsdiskurs zu durchbrechen und neue Wege zu ermöglichen.

Bislang konnte diese [die westliche Gebergemeinde] über Instrumente wie den Pariser Club (der öffentlichen Gläubiger), den Internationalen Währungsfonds (und seine sogenannte Gütesiegelfunktion) oder die Weltbank unumschränkt bestimmen, welche Länder wieviel Hilfe und zu welchen Bedingungen bekommen würden. Da die „neuen Geber“ ihre Kredite und Schenkungen fast ohne Auflagen vergeben, entsteht für die alten Geber ein zusätzlicher Druck, überkommene Konditionen, wie sie z.B. im Rahmen der Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank gestellt wurden, zur Disposition oder zumindest zur Diskussion zu stellen. (Falk 2007:25).

Eine weitere Folge von Chinas Bekenntnis zur Erhöhung seiner Entwicklungshilfe könnte ein gewisser Zugzwang auf andere Geber sein, ihre Hilfsleistungen ebenfalls zu erhöhen. Ein Indiz für diesen indirekten Effekt steigender chinesischer Entwicklungshilfe ist folgende Empfehlung des *Councils on Foreign Relations* an die US-Afrika-Politik:

The MCA should begin to provide dramatically higher levels of assistance to African states performing well in governance, human rights, and development policies, in contrast to China's assistance packages that ignore these criteria. (CFA 2005:25)

An mancher Stelle wird sogar das 2006 neu erwachte Interesse der G8 für Afrika mit der chinesischen Konkurrenz um Afrikas Ressourcen in Verbindung gebracht.

Sicher ist, dass das Auftreten Chinas als neuer Investor mit Interesse an Afrika positive Aspekte für die afrikanische Wirtschaft mit sich bringt. Afrika braucht Infrastruktur, und China schafft sie vielerorts. Wenn chinesische Investoren Straßen und Eisenbahnlinien bauen, um Rohstoffe außer Land zu bringen, diene diese auch der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des jeweiligen Landes. Chinesische Investitionen schaffen dringend benötigte Impulse

für die Belebung afrikanischer Volkswirtschaften, was ein nigerianischer „Blogger“ auf seiner Website folgendermaßen beschreibt:

„Who do you think is funding rural telephony in Nigeria? What about rural agriculture? And the railways? Do you know Nigeria is working with China to get its trains up and running again!“<sup>66</sup>

Weiters bringen die Rohstoffverkäufe an China sowie das Steigen der Rohstoffpreise als Folge des wachsenden Bedarfs Chinas Geld in die Kassen afrikanischer Finanzminister. Höhere Rohstoffpreise in Kombination mit einer höheren Produktion haben dazu beigetragen, dass das BNP der Staaten des subsaharischen Afrikas zwischen 2001 und 2004 durchschnittlich um 4,4% bzw. 2005 um 5,5% gestiegen ist, im Vergleich zu 2,6% zwischen 1998 und 2001 (Economist 2006:53). Die Kehrseite ist, dass durch die zur Exploitation von Rohstoffen notwendigen Investitionen auch neue Schulden entstehen und damit die internationalen Bemühungen zur Schuldenreduktion unterminiert werden. Auch leiden Länder, die über keine Rohstoffvorkommen verfügen, unter den gestiegenen Weltmarktpreisen beispielsweise von Rohöl. Zu den Verlierern gehört auch die gegenüber der Produktion in China nicht konkurrenzfähige Textilindustrie in Südafrika, Mauritius, und besonders Lesotho, wo die Textilproduktion einen wesentlichen Anteil der nationalen Wertschöpfung ausmacht. In afrikanischen Staaten mit vergleichsweise hohem Industrialisierungsgrad wie Südafrika und Mauritius besteht die Gefahr, dass durch die Konkurrenz von Billigprodukten aus China die Industrialisierung gebremst wird (Coussy & Lauseig 1999:12). Weiteren Anlass für Besorgnis in Afrika bieten die durch chinesische Migranten verursachte Konkurrenz im Einzelhandel sowie mangelnde Sozialstandards in chinesischen Unternehmen in Afrika.

## 6.2 Umweltfolgen

Das zunehmende Engagement chinesischer Unternehmen in der Rohstoffgewinnung in Afrika bringt auch eine Diskussion um daraus erwachsende negative Umweltfolgen mit sich. Während sich internationale Konzerne wie beispielsweise Shell<sup>67</sup> bereits seit längerem (meist

---

<sup>66</sup> <http://chippla.blogspot.com/2006/01/chinas-african-policy.html>

<sup>67</sup> Der holländisch-britische Konzern Shell musste die Öl-Förderung in der Region Ogoni im Niger-Delta

unwirksamer) Kritik für umweltschädigendes Verhalten in Afrika stellen müssen, rücken nun auch chinesische Firmen in die Aufmerksamkeit von kritischen Medien und „watch-dogs“ wie Umweltschutzorganisationen. Obwohl sich in China selbst nicht zuletzt aufgrund der Unterordnung von Presse- und Meinungsfreiheit unter „Interessen des Staates, der Gesellschaft und des Kollektivs“ (Heilmann 2002:195) bisher keine starke Lobby für Umweltthemen etablieren konnte, die diese „watch-dog“-Funktion ausübt, werden chinesische Unternehmen mit der zu beobachtenden zunehmenden Positionierung als internationale Marken wie ihre westlichen Pendanten zunehmend angreifbar durch „naming and shaming“-Kampagnen von internationalen NGOs (Manji & Marks 2007:10) und dadurch unter Druck gesetzt, im eigenen Interesse mögliche negative Umweltfolgen ihrer Arbeit zu vermeiden.

Während noch keine umfassenden Studien über das Umweltverhalten chinesischer Firmen in Afrika vorliegen, die den häufig erhobenen Vorwurf bekräftigen, dass chinesische Unternehmen mit besonderer Rücksichtslosigkeit gegenüber der Umwelt vorgehen, so deutet nichts darauf hin, dass sie sich durch besondere Sensibilität für dieses Thema auszeichnen:

„Chinese companies are quickly generating the same kinds of environmental damage and community opposition that Western companies have spawned around the world.“ (Chan-Fishel 2007:148)

Einige Beispiele für Umweltvergehen chinesischer Firmen wurden in den vergangenen Jahren einer größeren Öffentlichkeit bekannt. So sorgte die staatliche chinesische Ölfirma Sinopec in Gabun für Proteste, nachdem bekannt wurde, dass sie illegale Probebohrungen in einem Nationalpark durchführte (Taylor 2007). Auch werden chinesische Unternehmen in Zusammenhang mit illegalen Holzimporten aus Kamerun, der Republik Kongo, Äquatorialguinea, Gabun und Liberia gebracht (ebda.).

Während China auch im eigenen Land im internationalen Vergleich niedrige Umweltstandards hat, ist sich die chinesische Regierung des drohenden Image-Schadens und potentiell daraus erwachsender Nachteile für die Beziehungen zu afrikanischen Staaten durch rück-

---

nach heftigen zivilgesellschaftlichen Protesten gegen Umweltvergehen und im Zusammenhang mit der Ölförderung erfolgten Menschenrechtsverletzungen 1993 einstellen (vgl. Boele et al. 2001:75).

sichtslos agierende chinesische Firmen bewusst. Der Erlass von „Nine Principles to Encourage and Standardise Enterprises' Overseas Investment“, die von in Übersee tätigen chinesischen Firmen unter anderem verlangen, lokale Gesetze, Arbeitsrechte lokaler Angestellter und Umweltschutz zu respektieren, ist eine Reaktion auf in diese Richtung gehende Vorwürfe (vgl. Manji & Marks:5). Auch streichen chinesische Firmen wie Sinopec und Petrochina auf ihren Websites ihre Leistungen in Corporate Governance, Gesundheit, Sicherheit und Umweltschutz hervor, was ein Zeichen für eine wachsende Sensibilisierung für diese Themen ist (ebda.:10).

### 6.3 Zusammenfassung

Eine eindeutige Beurteilung der Folgen von Chinas Engagement für Afrika lässt sich aufgrund der Komplexität der Fragestellung und der Unterschiedlichkeit der Auswirkungen auf verschiedene Akteure naturgemäß nicht treffen. Ein kurzer Überblick soll noch einmal die verschiedenen Argumente für eine tendentiell positive bzw. negative Einschätzung zusammenfassen.

- | +  | -   |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hohe Investitionen, Schaffung dringend benötigter Infrastruktur</li> <li>• Steigende Rohstoffpreise</li> <li>• Ökonomische win-win-Kooperation</li> <li>• Pragmatische, unbürokratische Entwicklungshilfe und Handelsabwicklung</li> <li>• „Billigere“ Entwicklungshilfe als jene der traditionellen Geberstaaten: Mehr Waren oder Dienstleistungen bei gleicher Kredit- oder Schenkungssumme</li> <li>• Neue Impulse für das Aid-System, Bre-</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verfestigung der Rolle Afrikas als Rohstofflieferant</li> <li>• Bremse für die Industrialisierung afrikanischer Länder durch Konkurrenz bei der Industriegüterproduktion</li> <li>• Negative Auswirkungen auf Transparenz und Menschenrechte</li> <li>• Unverantwortliche Kreditvergabe für unproduktive Projekte</li> <li>• Waffenlieferungen an repressive Regimes</li> <li>• Befürchtete negative Auswirkungen auf</li> </ul> |

chen der westlichen Hegemonie über  
den Entwicklungsdiskurs

Umwelt- und Sozialstandards

Chinas wieder erwachtes Interesse an Afrika bringt zahlreichen afrikanischen Staaten dringend benötigte Investitionen im Bereich der Infrastruktur und bietet mit pragmatischen und schnellen Krediten eine Chance für wirtschaftliche Entwicklung abseits der vielerorts als gescheitert betrachteten Rezepte der internationalen Geberinstitutionen. Chinas Engagement erfolgt jedoch nicht aus Philantropie, sondern aus ökonomischer Motivation. Während die propagierte „win-win-Kooperation“ ein Ansatz ist, der sich positiv von paternalistischen Geberkonzepten abhebt, birgt sie verschiedene Gefahren für Afrika, die die Wachsamkeit von afrikanischer Zivilgesellschaft und Politik erfordern, um sich nicht – wie in den Beziehungen zum Westen – in einer marginalisierten Position wiederzufinden. In diesem Sinne rät der senegalesische Publizist Adama Gaye Afrika, mit Misstrauen auf die Beziehungen mit China zu blicken und größtmögliche Anstrengungen zu unternehmen, um Chinas Engagement zum eigenen Vorteil nutzen zu können.

## **7 CHINA: EIN ENTWICKLUNGSMODELL FÜR AFRIKA?**

Sucht man nach Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme Afrikas, drängt sich ein Blick nach China auf, das, obwohl selbst Entwicklungsland und noch immer mit Problemen wie Massenarmut kämpfend, die westlichen Industrieländer in Bezug auf ihr Wirtschaftswachstum seit Jahren überholt und heute zu den größten Volkswirtschaften der Welt zählt. Ein kurzer Blick auf die Geschichte Chinas des 20. Jahrhunderts soll das rasante Wachstum der chinesischen Wirtschaft ab den späten 1970er-Jahren erklären. Anschließend wird der Frage nach den Gemeinsamkeiten mit Afrika und den Möglichkeiten, Lektionen aus Chinas wirtschaftlichem Aufschwung zu ziehen und erfolgreiche Politiken für Afrika zu adaptieren, nachgegangen.

### **7.1 China und Afrika: Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich**

#### **7.1.1 Chinas Weg zur Weltwirtschaftsmacht**

Als die Volksrepublik China nach Ende des Bürgerkriegs zwischen Nationalisten und den siegreichen Kommunisten unter der Führung Mao Tse-tungs 1949 gegründet wurde, war sie ein vorkapitalistisches und kolonial deformiertes Land (Peters 2005:4). Das vormalige Kaiserreich hatte zirka 100 Jahre zuvor als Folge der Opiumkriege 1842 und 1860 einen Teil seiner wirtschaftlichen Autonomie verloren und war daraufhin in ein semi-koloniales Abhängigkeitsverhältnis zu Großbritannien und anderen westlichen Mächten geraten. Durch Verträge, die den ausländischen Vertragspartnern einseitige Privilegien zusicherten, fand sich China nach der gewaltsamen Öffnung seiner Märkte in den Opiumkriegen in die Logik des kapitalistischen Weltsystems eingegliedert, in dessen Zentrum die westlichen Industriestaaten standen, während die Staaten der Peripherie, zu denen neben den europäischen Kolonien auch China zählte, als Rohstofflieferanten und Absatzmärkte eingebunden waren (Stiefel 1999:218). Während in der Geschichte Chinas zwar weder von einer echten Kolonialisierung, noch von einem vollständigen Verlust der Unabhängigkeit gesprochen werden kann (Osterhammel 1999:33), bedeutete das Abhängigkeitsverhältnis zu den Westmächten

Frankreich, Großbritannien und den USA und nach der Niederlage im ersten Japanisch-Chinesischen Krieg 1895 auch zu Japan einen einschneidenden Verlust der ökonomischen Autonomie, der entscheidenden Anteil am Niedergang des Kaiserreichs hatte. Nach dem Abdanken der chinesischen Dynastie und der Ausrufung der Republik China im Jahr 1912 zerfiel das Großreich in Herrschaftsgebiete zahlreicher großer und kleiner Militärmachthaber und sollte erst 1949/50 als Volksrepublik China wieder vereinigt werden (Osterhammel 1999:44).

Zum Zeitpunkt der Machtübernahme der Kommunistischen Partei im Jahr 1949 war das von Bürgerkrieg und dem zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg (1937-1945) gezeichnete China von einer stagnierenden traditionellen Produktionsweise mit Landwirtschaft als sozialer und wirtschaftlicher Basis geprägt (Menzel 1978:636). Der Grundbesitz war höchst ungleich verteilt: Rund 80 Prozent des Bodens befanden sich in den Händen von weniger als zwanzig Prozent der Bevölkerung.

In den Anfängen der Volksrepublik in den beginnenden 1950er Jahren wählte die kommunistische Führung zunächst das sowjetische Industrialisierungsmodell als Vorbild für die Entwicklung des Landes. Neben der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, die durch eine Enteignung von Großgrundbesitz und eine Kollektivierung der Landwirtschaft erreicht werden sollte, stand der ambitionierte Aufbau einer Schwerindustrie im Mittelpunkt der Entwicklungsstrategie. Getragen wurden die dafür notwendigen Reformen von einer zentralisierten Partei-, Verwaltungs- und Wirtschaftsbürokratie, die auf der aus dem Kaiserreich existierenden bürokratischen Tradition aufbaute. Als sich in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre das Verhältnis zur Sowjetunion verschlechtert hatte und es zu einer Reduktion der sowjetischen Wirtschaftshilfe gekommen war, folgte eine Abkehr vom sowjetischen Vorbild, die sich in einer Radikalisierung des beschrittenen Weges der Industrialisierung ausdrückte. Mit der Politik des „Großen Sprung nach vorn“ (1958-1961) startete Mao unter dem bedingungslosen Einsatz menschlicher und ökologischer Ressourcen den Versuch, die Produktion Chinas innerhalb kürzester Zeit auf das Niveau der führenden Industrienationen anzuheben. Dabei sollte nach Maos Vorstellungen nicht ein bestehendes westliches Entwicklungsmodell imitiert, sondern ein eigener, auf Massenmobilisierung beruhender

„chinesischer Weg“ eingeschlagen werden (Heberer 2000). Der „Große Sprung“ erwies sich als wirtschaftliches Desaster und versetzte China in eine schwere Krise, die katastrophale Hungersnöte zur Folge hatte, der Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Nach dem Scheitern der Sprung-Politik folgte eine Phase gemäßiger Modernisierungspolitik, die nicht zuletzt mangels Alternativen (das Zerwürfnis mit der Sowjetunion war definitiv, die westliche Welt erkannte die Volksrepublik zu diesem Zeitpunkt nicht als Staat an und stand ihr feindlich gegenüber) auf die Entwicklung aus eigener Kraft ausgerichtet war. Die chinesische Elite setzte auf die Glorifizierung einfacher, angepasster Technologie und die Ersetzung von Kapital durch Arbeit (Menzel 1989:9) – ein Modell, das unter der Bezeichnung „self reliance“ Einzug in den internationalen Entwicklungsdiskurs gefunden hat. Aber auch die versuchte Gleichschaltung der Gesellschaft, der Mao-Kult und der Terror gegen Teile der Bevölkerung in den Jahren der Kulturrevolution sind Teil von Maos Entwicklungsmodell, dessen Ziel eine Industrialisierung ohne Modernisierung war (Heberer 2000). Bis in die 1970er Jahre wurde mit dieser Politik, die große menschliche Opfer forderte, eine einigermaßen stabile Versorgung der Grundbedürfnisse gewährleistet, jedoch kein Durchbruch zur qualitativen Verbesserung des Lebensstandards der Massen erzielt.

Mit dem Tod Maos 1976 und dem Machtantritt Deng Xiaopings begann eine neue Phase: des chinesischen Entwicklungsweges. Mit dem Einsatz modernster, importierter Technologie und der langsamen Öffnung für ausländisches Kapital erfolgte eine Abkehr von der unter Mao praktizierten autozentrierten Entwicklung. Die Einleitung von umfassenden Reformen, die auf den Abbau planwirtschaftlicher Elemente und Strukturen zielten, führte zu einer schrittweisen Durchsetzung marktwirtschaftlicher Mechanismen. Auch die Organisation der Landwirtschaft wurde nach Protesten von „unten“ reformiert, die Volkskommunen abgeschafft und die Bauern zu eigenverantwortlichen, wirtschaftlichen Staatspächtern gemacht, was sich in einem starken Ansteigen der Erträge niederschlug.

Die wesentlichen Eckpunkte des chinesischen Entwicklungsmodells der vergangenen 25 Jahre lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Übergang von Planwirtschaft zu Marktwirtschaft unter staatlicher Regulierung und Kontrolle

- Beschleunigte Industrialisierung und Urbanisierung
- Internationalisierung und zunehmende Integration in die Weltwirtschaft

Der Übergang zur Marktwirtschaft erfolgte nicht vollständig, sondern ist von einer Zweigleisigkeit eines sozialistischen Staatssektors und einer planexternen, nicht-staatlichen Wirtschaft gekennzeichnet. Der Staat schuf mit immensen Investitionen im Infrastrukturbereich die Voraussetzungen für die Investitionen privater Investoren aus aller Welt, die wesentlichen Anteil an der Industrialisierung und dem enormen Wirtschaftswachstum Chinas haben. Während jedoch im Westen oft das Bild des allmächtigen chinesischen Zentralstaates vorherrscht, gibt es in China neben der Staatsmacht seit jeher auch eine starke dezentrale, regionale Kontrolle und Kompetenz auf der Ebene von Provinzen, Bezirken und Städten.

Seit Deng Xiaoping 1978 mit der Einleitung pragmatischer ökonomischer Reformen begann, hat sich China von einer geschlossenen Ökonomie, in der der Staat der einzige bedeutende Akteur war, hin zu einem von der chinesischen Regierung als „Marktsozialismus“ bezeichneten System entwickelt, in der verstaatliche neben privaten Unternehmen und ausländischen Direktinvestitionen existieren (Sachs 2004:1). In einer ersten Phase der Internationalisierung „verlängerte Werkbank“ für ausländische Unternehmen, erobern chinesische Großunternehmen heute mit Industrieprodukten weltweite Märkte. Mit dem Beitritt zur WTO 2001 hat sich China voll in den Prozess der ökonomischen Globalisierung integriert.

Das vergangene Vierteljahrhundert war der bisher ökonomisch erfolgreichste Zeitabschnitt in der Geschichte der Volksrepublik China. Seit 1978 beträgt die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der chinesischen Wirtschaft über neun Prozent. So beeindruckend diese Zahl im Ländervergleich ist, muss diese spektakuläre Wachstumsrate jedoch in Bezug zu dem extrem niedrigen Ausgangsniveau betrachtet werden. Wenngleich China heute gemessen an seinem Bruttonationalprodukt knapp davor ist, Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt zu überholen, so liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen Chinas im Staatenvergleich weltweit nur an 81. Stelle, was auch dem aktuellen Ranking (2006) Chinas im „Human Development Index“ des UNDP entspricht. Obwohl China in den 1990er-Jahren 150 Millionen Menschen aus der Armut befreien konnte, leben noch heute 16,6 % der chinesischen Bevölkerung, also ungefähr 220 Millionen Menschen, von

weniger als einem Dollar pro Tag. Während das Lebensniveau der chinesischen Bevölkerung seit Beginn der Reformen allgemein bedeutend angehoben wurde, hat sich die Entwicklung innerhalb der einzelnen sozialen Gruppen, zwischen Stadt und Land, zwischen den einzelnen Landesteilen und zwischen den Erwerbstätigen der einzelnen Wirtschaftszweige zunehmend ungleichmäßig vollzogen (Peters 2005:15). Trotz aller wirtschaftlicher Erfolge ist China noch immer das größte Entwicklungsland der Welt, wie auch die chinesische Führung nicht müde wird zu beteuern:

„Trotz unseres Wachstumstempos ist China immer noch ein Entwicklungsland, und bei den derzeitigen Wachstumsraten brauchen wir wohl noch 50 Jahre, um zu einem mittelmäßig entwickelten Industrieland zu werden.“ (Chinesischer Ministerpräsident Wen Jiabao, zitiert nach: Ramonet 2004:1)

### **7.1.2 Wirtschaftliche und soziale Entwicklung Afrikas nach der Unabhängigkeit**

Wie beispielsweise Immanuel Wallersteins Weltsystemtheorie zeigt, ist die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Afrikas untrennbar mit der von Europa ausgehenden Ausdehnung der Weltwirtschaft, beginnend im 15. Jahrhundert, verbunden. Ab dem 16. Jahrhundert wurde Afrika im Zuge der Etablierung des atlantischen Handelsdreiecks zwischen Europa, Afrika und Amerika als Quelle von (Zwangs-)Arbeitskraft in die entstehende Weltwirtschaft eingebunden (transatlantischer Sklavenhandel). Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte die fast lückenlose Aufteilung des Kontinents unter den imperialistischen Kolonialmächten Europas. Mit der formellen Kolonialisierung zwischen den 1880er-Jahren und dem Beginn des Ersten Weltkriegs und dem „mise en valeur“<sup>68</sup> der Kolonien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die im wesentlichen bis heute gültige Arbeitsteilung zwischen Norden und Süden zementiert. Die europäischen Kolonialmächte installierten in Afrika eine auf die Produktion für Fremdbedürfnisse ausgerichtete Primärgüterproduktion (vgl. Harding 2003:31ff) und erschlossen die Kolonien als Absatzmärkte für ihre Fertigungsverfahren.

Die in den 1960er-Jahren beginnende Welle der Unabhängigkeit afrikanischer Staaten

---

<sup>68</sup>Vgl. Periodisierung der neueren Geschichte Afrikas nach Catherine Coquery-Vidrovitch in Harding 1999:32

brachte entgegen den ursprünglichen Erwartungen kaum strukturelle Veränderungen dieser asymmetrischen Austauschbeziehungen mit sich. Während es in den meisten afrikanischen Ländern nach der Unabhängigkeit zunächst zu einer erheblichen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion kam (Harding 1999:84), waren die meisten Regierungen nicht in der Lage, einen signifikanten Industrialisierungsprozeß in Gang zu setzen. Obwohl die wirtschaftliche Performance Afrikas zwischen 1960 und 1975 im weltweiten Durchschnitt und deutlich über jener Südasiens lag (Arrighi 2002:16), blieb die doppelte Abhängigkeit von den Industrienationen – einerseits in Form der Abhängigkeit von Industriegüterimporten, andererseits in Form der Abhängigkeit von Industrieländern als Absatzmärkte – weitgehend aufrecht. Eine vom kurzzeitigen Machtgewinn erdölproduzierender Entwicklungsländer im Zuge der ersten Ölkrise und dem Zusammenschluss von Entwicklungsländern in der Blockfreien-Bewegung getragene Phase des Entwicklungsoptimismus erweckte in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre den Anschein, als ob die Dritte Welt über die UN-Organisationen eine Neuregulierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen erreichen könnte. Diese Hoffnungen scheiterten jedoch am harten Widerstand der westlichen Regierungen, die eine Abwertung der UN-Organisationen und eine gleichzeitige Aufwertung der von westlichen Ländern dominierten internationalen Organisationen wie GATT dem IWF und der Weltbank erreichen konnten (Becker 1999:52).

Besonders drastisch zeigte sich die Abhängigkeit der afrikanischen Nationalökonomien von Rohstoffexporten, als es ab 1975 zu einer dauerhaft negativen Preisentwicklung der meisten Rohstoffe und damit zu einer Verschlechterung der Terms of Trade von nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländern kam (Becker 1999:49). Die dadurch gesunkenen Staatseinnahmen wurden zunächst durch zu diesem Zeitpunkt leicht verfügbare, günstige Auslandskredite aus sogenannten „Petro-Dollars“ kompensiert, die oft für unproduktive Ausgaben verwendet wurden. Ein Ansteigen der Zinssätze nach 1979, gepaart mit einem weiteren Verfall der Rohstoffpreise, führte schließlich zur Schuldenkrise, welche die Einsicht brachte, dass eine Reihe von Entwicklungsländern außerstande war, ihre bei Industrieländern aufgenommenen Kredite zu tilgen und die fälligen Zinsen zu zahlen. Die darauf folgenden Eingriffe in die Politikgestaltung afrikanischer Staaten durch die Internationalen Finanzinstitutionen charakterisiert der Entwicklungsökonom und -Soziologe Giovanni Ar-

Arrighi folgendermaßen:

The development-friendly regime of the preceding thirty years was officially liquidated and Third World countries were invited to play by the rules of an altogether different game - that is, to open up their national economies to the cold winds of intensifying world-market competition, and to rival each other and First World countries in creating within their jurisdictions the greatest possible freedom of movement and action for capitalist enterprise. [...] In practice, the cure often turned out to be worse than the disease. (Arrighi 2002:23)

Unabhängig davon, welches Entwicklungsmodell die afrikanischen Staaten nach ihrer Unabhängigkeit wählten, befanden sich die meisten Gesellschaften Afrikas am Ende des 20. Jahrhunderts in einer deutlich schlechteren wirtschaftlichen und sozialen Lage als in der späten Kolonialzeit (Schicho 2003:223). Weder reüssierte das in der ersten Phase nach der Unabhängigkeit in vielen afrikanischen Staaten angewandte Modell des autoritären Entwicklungsstaates mit den von der Kolonialverwaltung geerbten Instrumenten und wirtschaftlichen Kontrollmechanismen, noch konnten die von externen Akteuren beeinflussten Strukturanpassungsprogramme sowie die Demokratisierungswelle nach 1989 die wirtschaftliche und soziale Situation der afrikanischen Bevölkerung verbessern.

Mit wenigen Ausnahmen (Südafrika, Mauritius) gelang selbst den wirtschaftlich erfolgreichsten afrikanischen Staaten, wie beispielsweise Botswana, bis heute keine Diversifikation ihrer Exportstruktur und damit ein Ausbruch aus dem alten Muster der Arbeitsteilung zwischen Nord und Süd. Die weltwirtschaftliche Bedeutung Afrikas ist heute marginal: 2005 betrug der Anteil des Bruttonationaleinkommens der Länder des subsaharischen Afrikas am aufgerechneten BNP der Welt weniger als 1,4 Prozent<sup>69</sup>.

### **7.1.3 Unterschiede und Gemeinsamkeiten**

Ein direkter Vergleich der Entwicklung Chinas innerhalb der letzten drei Jahrzehnte mit jener afrikanischer Staaten anhand wirtschaftlicher Kennzahlen scheint dem chinesischen

---

<sup>69</sup>Zahlen laut Statistikservice der Weltbank unter <http://devdata.worldbank.org/data-query/>

Entwicklungsmodell recht zu geben:

They [African leaders] know that only three decades ago, China was as poor as Malawi. But while the latter remains among the world's poorest, China's economy has expanded nine-fold (Zhang 2006).

Zunächst muss jedoch hinterfragt werden, ob ein solcher Vergleich aufgrund der Ausgangsbedingungen zulässig ist. Obwohl China gerne die gemeinsame Geschichte kolonialer Unterdrückung betont, gibt es große Unterschiede zwischen dem europäischen Kolonialismus in Afrika und dem semi-kolonialen Abhängigkeitsverhältnis Chinas zu Europa ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Anders als in Afrika gab es in China weder koloniale Plantagen- oder Minenwirtschaft, noch weiße Besiedelung (Menzel 1978:635). Während in Afrika durch die Kolonialherrschaft der Anbau von Monokulturen erzwungen und die gesamte Exportwirtschaft auf wenige Produkte ausgerichtet wurde, konnte sich China eine intern diversifizierte Produktionsstruktur erhalten. Auch lässt sich die kulturelle Durchdringung Chinas nicht mit jener Afrikas vergleichen, wo bis heute in den meisten Staaten die Sprache der ehemaligen Kolonialmacht als Amtssprache dient. Die willkürlich, nicht den ethnischen Gegebenheiten entsprechende koloniale Grenzziehung bedeutete eine politische, ökonomische und soziokulturelle Desintegration, auf die das Scheitern zahlreicher postkolonialer afrikanischer Staaten, sei es die Demokratische Republik Kongo oder Somalia, zurückzuführen ist.

Abgesehen von der unterschiedlichen Schwere des „kolonialen Erbes“ gibt es weitere unterschiedliche Voraussetzungen, mit denen die Volksrepublik China bzw. die afrikanischen Staaten nach ihrer Unabhängigkeit an den Start gingen. Im Gegensatz zur ersten Generation postkolonialer afrikanischer Staatsoberhäupter konnten die Gründerväter der Volksrepublik China auf die Jahrtausende alte Tradition eines Zentralstaates mit ausgereiftem Rechtssystem und einer gut ausgebildeten Bürokratie zurückgreifen. Auch lässt sich die wirtschaftliche Ausgangslage des enormen Binnenmarktes, den China mit seinen über eine Milliarde Einwohnern darstellt, nicht mit der Situation von 53 verschiedenen afrikanischen Staaten vergleichen.

Die Gemeinsamkeiten zwischen China und Afrika sind daher eher in den zu bewältigenden

Problemen als in gemeinsamen Voraussetzungen zu suchen. Wie China steht Afrika vor der Herausforderung, einen großen Teil seiner Bevölkerung aus der Armut zu befreien und die enormen Entwicklungsunterschiede zwischen ruralen und urbanen Gebieten zu bewältigen. Außerdem werden sich viele afrikanische Regierungen wie auch jene Chinas den nicht nur vom Westen, sondern auch von der eigenen Bevölkerung erhobenen Forderungen nach Demokratie und der Einhaltung von Menschenrechten stellen müssen.

## 7.2 Lernen von China?

Sowohl was die historische, als auch die ökonomische Entwicklung betrifft, nimmt China einen besonderen Status unter den Entwicklungsländern ein und wird häufig als positives Beispiel eigenständiger Entwicklung zitiert. Der seit den Anfangsjahren der afrikanischen Unabhängigkeit dem chinesischen Entwicklungsmodell von afrikanischer Seite immer wieder entgegengebrachte Respekt<sup>70</sup> ist auch heute noch vielerorts in Afrika zu finden. Neben Staatschefs, Autoren und Wissenschaftlern richtet beispielsweise auch der über den Verdacht der Sympathie für sozialistische Ideologie erhabene Vorsitzende der Afrikanischen Entwicklungsbank auf der Suche nach einem afrikanischen Entwicklungsmodell seinen Blick nach China: "We can learn from [the Chinese] how ... to move from low to middle income status." (Kurlantzik 2006:4)

Das hohe Ansehen, das China in weiten Teilen Afrikas genießt, erklärt Horace Campbell (2007:130) über folgende historische Tatsachen:

- China hat nicht am transatlantischen Sklavenhandel teilgenommen
- China war nicht an Kolonialismus, Genozid oder Besetzung in Afrika beteiligt
- China hat zum Prozess der afrikanischen Unabhängigkeit beigetragen
- China ist nicht am Prozess der Strukturanpassungsprogramme und deren negativen Folgen beteiligt

Mit seiner Geschichte wirtschaftlicher Entwicklung aus eigener Kraft jenseits der Rezepte des Washington Consensus bietet China ein attraktives Beispiel für Entwicklungsländer, die

---

<sup>70</sup>Siehe zB Zitat des ehemaligen tansanischen Staatspräsidenten Julius Nyerere in Mukandala 1999:37

nach der Enttäuschung über den vom Westen dominierten Entwicklungsdiskurs neue Entwicklungsrezepte suchen. Dem von den internationalen Geberinstitutionen geforderten schlanken Staat setzt das chinesische Modell einen mächtigen Entwicklungsstaat entgegen, im Gegensatz zu dem vom Westen propagierten „good governance“-Ansatz zeigt das Beispiel China, dass Demokratie keine unbedingte Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung ist. Abgesehen davon, dass diese Tatsache von Machthabern wie Simbabwe's Präsidenten Robert Mugabe zur Rechtfertigung ihrer autoritären Herrschaft missbraucht wird, stellt sich die Frage, ob Chinas Weg für die Bevölkerung afrikanischer Staaten wünschenswert ist. So bezweifelt der wissenschaftliche Koordinator des ANC in einer Studie über die Rolle Chinas in Afrika, dass China ein geeignetes Entwicklungsmodell für Südafrika darstelle:

„There is much that South Africa can learn from Chinese growth, particularly the unifying and directing role of the developmental state. But the character of South Africa's political economy means that wholesale replication of a Chinese 'model' is simply not possible. Indeed, in the context of our democratic constitution, it is impossible (and undesirable) for South Africa to replicate the coercion of both labour and capital that continues to form a key component of this model.“ (Sachs 2004:7)

Selbst wenn sich das chinesische Entwicklungsmodell nicht als Kopiervorlage eignet, enthalten einige der Schlüsselfaktoren des wirtschaftlichen Erfolgs Chinas der letzten 25 Jahre interessante Lektionen für afrikanische Entwicklungsstaaten. Dazu zählen neben graduellen, undogmatischen, an die lokalen Gegebenheiten angepassten Reformen auch das selektive Lernen von anderen Kulturen, ohne eine Vereinnahmung durch diese (vgl. Zhang 2006). Es stellt sich jedoch die Frage, ob den politischen Verantwortlichen Afrikas der für einen selbst bestimmten Entwicklungsweg notwendige Handlungsspielraum zur Verfügung steht. Die Geschichte des postkolonialen Afrikas, in der das Modell des starken Entwicklungsstaates genau so gescheitert ist wie der von den Internationalen Finanzinstitutionen verordnete Rückbau des Staates in den 1990er-Jahren, legt die Vermutung nahe, dass das Scheitern keine zwingende Folge falscher staatlicher Politiken, sondern zu einem wichtigen Teil in exter-

nen Rahmenbedingungen begründet ist<sup>71</sup>. Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas sowie das chinesische Engagement in Afrika tragen zumindest den Keim der Hoffnung in sich, dass sich diese zu Gunsten Afrikas ändern könnten.

---

<sup>71</sup> Vgl. Analyse der Ursachen der afrikanischen Krise in Arrighi 2002:32ff

## 8 ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Mit wechselnder Intensität ist die Volksrepublik China seit 50 Jahren in Afrika aktiv und hat in diesem Zeitraum Unabhängigkeitsbewegungen unterstützt, Milliarden-Investitionen getätigt, enorme Handelstransaktionen durchgeführt und Entwicklungshilfe an 53 afrikanische Staaten geleistet. Die verschiedenen Phasen chinesischer Entwicklungshilfe, die stets einen wichtigen Aspekt von Beijings Afrika-Politik darstellte, waren dabei von unterschiedlicher Motivation geleitet: Anfangs ein Instrument der Gründerväter der Volksrepublik China in der weltpolitischen und ideologischen Konkurrenz zum Westen und zur Sowjetunion, wurde Entwicklungshilfe in den 1970er-Jahren zum Erfüllungsgehilfen für das Ziel politischer Anerkennung in den Vereinten Nationen. Nach einem Bedeutungsverlust im Zuge der Reformpolitik Deng Xiaopings erfuhr sie zunächst im Rahmen der Suche nach Verbündeten nach der internationalen Kritik an den Ereignissen am Tiananmen-Platz 1989 und dann durch den zunehmenden Bedarf an Rohstoffen und dem daraus resultierenden ökonomischen Interesse Chinas an Afrika eine Renaissance.

50 Jahre nach Beginn der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Afrika ist die sino-afrikanische Partnerschaft aktuell wie nie zuvor. Handel, chinesische Direktinvestitionen in Afrika, chinesische Migration nach Afrika und nicht zuletzt chinesische Entwicklungshilfe an Afrika erreichen derzeit neue Höchstwerte. Macht Beijing seine Versprechung der Verdoppelung seiner Entwicklungshilfe an Afrika bis 2009 wahr, wird China für viele Länder Afrikas bald zu den wichtigsten bilateralen Gebern gehören. Für einige Staaten wie beispielsweise Angola spielt die Volksrepublik bereits jetzt eine wichtige Rolle als Quelle von Investitionen und Entwicklungshilfe.

Die aktuelle Entwicklungshilfe Chinas an Afrika steht in engem Zusammenhang mit ökonomischen Interessen, allen voran dem Zugang zu dem dringend benötigten Rohstoff Erdöl. Ein Großteil der Hilfe wird dabei in Form von Krediten gewährt, die China zu großzügigen Konditionen (lange Laufzeit, niedrige Zinsen) an afrikanische Staaten vergibt, ohne sie an politische Forderungen nach „good governance“ zu knüpfen, wie das in der Entwicklungshilfe der DAC-Staaten üblich ist. Diese Kredite sind oft an konkrete Projekte – meist

Infrastruktur-Vorhaben in Zusammenhang mit der Rohstoffförderung – gebunden, die, wie in den Kreditverträgen festgesetzt, zumindest teilweise von chinesischen Firmen umgesetzt werden müssen. Begleitet werden sie häufig von Geschenken der chinesischen Regierung, die der Förderung der bilateralen Beziehungen dienen und den Weg für Rohstoffgeschäfte ebnen sollen, wie dem Bau von Krankenhäusern, Schulen, oder technischer Hilfe beispielsweise in Form der Entsendung von medizinischem Personal oder Landwirtschaftsexperten.

Anders als in der Entwicklungshilfe der DAC-Staate spielt Programmhilfe, also die Durchführung von sektoriell abgegrenzten, umfassenden Entwicklungsplänen, beispielsweise in Bildungswesen, Verwaltung oder Infrastruktur, in der aktuellen chinesischen Entwicklungshilfe eine geringe Rolle. Gleiches gilt für die Beteiligung an multilateraler Entwicklungshilfe durch internationale Entwicklungsorganisationen. Von der Entwicklungshilfe der DAC-Staaten unterscheidet sich chinesische Entwicklungshilfe weiters durch ihre Organisation: Im Gegensatz zu den westlichen Geberstaaten liegt die ökonomisch geprägte chinesische Entwicklungshilfe größtenteils im Verantwortungsbereich des Wirtschaftsministeriums, NGOs als Entwicklungshilfeträger spielen in der chinesischen Entwicklungshilfe keine Rolle.

Eine von Empfängerstaaten gegenüber der westlichen Entwicklungshilfe als positiv empfundene Eigenschaft chinesischer Entwicklungshilfe ist ihr Pragmatismus, der schnelle und effiziente Ergebnisse bringt, sowie ihre – verglichen mit den mitunter durch westliche Entwicklungsexperten verursachten Kosten – hohe Kosteneffizienz bei der Durchführung von Projekten durch günstige chinesische, oftmals halb-staatliche Unternehmen. Weiters zeichnet sich China durch eine konsequentere Umsetzung versprochener Hilfsleistungen aus als die westliche Gebergemeinschaft.

Neben der offensichtlichen Motivation der Erschließung von Rohstoffen verfolgt China mit seiner aktuellen Afrika-Politik auch ein längerfristiges ökonomisches Interesse, das sich in großen Investitionen in so unterschiedlichen Bereichen wie der Lebensmittelproduktion, Telekommunikation oder dem Tourismus in verschiedensten afrikanischen Staaten zeigt. Im Gegensatz zu dem im Westen vorherrschenden Afrika-Pessimismus sieht China Afrika als Chance, nicht als hilfsbedürftigen Problemfall. Entwicklungshilfe leistet aus der Sicht

Chinas einen Beitrag dazu, dieses ökonomische Potential zu nutzen. Doch auch jenseits der ökonomischen Sphäre setzt China die lange Tradition sino-afrikanischer politischer Partnerschaft seit einigen Jahren mit neuer Intensität fort. Wie schon in den 1960er- und 70er-Jahren stärkt die (unter anderem mit Entwicklungshilfe gewonnene) Wohlgesinntheit zahlreicher afrikanischer Regierungen Chinas Handlungsmacht in multilateralen Organisationen. Der Charakter der chinesischen Entwicklungshilfe an Afrika ist eindeutig mehr interessen- denn bedarfsorientiert. Während sich die Volksrepublik in diesem Punkt wenig von anderen Gebern unterscheidet (vgl. Lin 1996), gibt sich China wenig Mühe, die ökonomische Motivation seiner Hilfe zu verstecken und propagiert eine „win-win-Kooperation“, von der beide Seiten gleichermaßen profitieren würden, ohne dabei eine Rhetorik von humanitären Motiven zu strapazieren. Abseits der auf unmittelbare Interessen zurückführbaren Projekt-hilfe leistet China in geringerem Ausmaß jedoch auch humanitäre Hilfe nach Katastrophen und zeichnet sich außerdem durch einen großzügigen Umgang mit Schulden afrikanischer Staaten aus, was sich in umfassenden Schuldenerlässen ausdrückt.

Das aktuelle Engagement Chinas in Afrika provoziert eine Vielzahl unterschiedlicher Reaktionen. Ängsten vor der Verfestigung der Rolle Afrikas als Rohstoffproduzent, der Unterstützung repressiver Regimes durch China und einer Verschärfung der Schuldensituation durch unverantwortliche Kreditvergabe stehen Hoffnungen auf positive wirtschaftliche Effekte und eine Reduktion der ökonomischen Abhängigkeit Afrikas vom Westen gegenüber. Während die unterschiedlichen Einschätzungen nicht einheitlich entlang geographischer Grenzen verlaufen, lässt sich eine Tendenz zu negativer Beurteilung von Chinas wachsendem Einfluss in Afrika im Westen und eher positiver Einschätzung dieses Phänomens in Afrika feststellen. Besonders intensiv beschäftigt westliche Geber, aber auch NGOs und Medien die Frage, ob die strikte Politik der Nicht-Einmischung Chinas zu negativen Auswirkungen auf good governance in Afrika führe und Bemühungen anderer Geber unterminiere – eine Kritik, die von China mit dem Vorwurf, der Westen habe Angst, Einfluss in Afrika zu verlieren, beantwortet wird. Doch nicht nur vermeintlich in ihrer Macht bedrohte ehemalige Kolonialmächte, auch die afrikanische Bevölkerung teilt nicht immer die überwiegend positive Einschätzung ihrer Regierungen ob des verstärkten Interesses Chinas für

Afrika. Neben der Angst vor Konkurrenz durch chinesische Händler und Unmut über mangelnde Sozialstandards chinesischer Unternehmen tragen auch chinesische Waffenlieferungen an die repressiven Regimes Simbabwe und des Sudans dazu bei, dass China in Teilen der afrikanischen Bevölkerung sein historisch bedingt hohes Ansehen, das aus Zeiten der Unterstützung der afrikanischen Unabhängigkeit rührt, verspielt hat.

Während eine objektive Einschätzung der Auswirkungen von Chinas wachsendem Einfluss in Afrika zum gegebenen Zeitpunkt unmöglich ist, muss Chinas neu erwachtes Interesse für Afrika trotz möglicher Gefahren als Chance für den Kontinent betrachtet werden – nicht nur, weil es durch dringend benötigte Investitionen neue Impulse für die afrikanische Wirtschaft setzt, sondern auch, weil es einen Bruch mit der westlichen Hoheit über den Entwicklungsdiskurs darstellt.

Angesichts der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung des Entwicklungslands China der vergangenen 25 Jahre, die auf vollkommen andere Rezepte zurückzuführen ist als die von Seiten der westlichen Geberinstitutionen für Afrika empfohlenen, oft auch aufgezwungenen, stellt sich die Frage nach einer möglichen Adaption des chinesischen Entwicklungsmodells für Afrika. Unterschiedliche historische Voraussetzungen und globale Rahmenbedingungen lassen eine direkte Übertragung auf Afrika nicht zu, wie auch die Frage gestellt werden muss, ob der autoritäre Charakter und die damit verbundene Beschränkung individueller Freiheiten nicht ein hoher Preis für wirtschaftliche Entwicklung sind. Auch ohne das Modell vollständig zu kopieren, lassen sich aus Chinas Entwicklungsgeschichte jedoch Lektionen für afrikanische Staaten ziehen: Die Bereitschaft der chinesischen Regierung zur undogmatischen inneren Erneuerung, sowie das selbstbestimmte, selektive Lernen von anderen Modellen sind wichtige Aspekte des chinesischen Entwicklungsmodells, an denen seitens anderer Entwicklungsländer Anleihen genommen werden können.

Obwohl die Anzahl der in verschiedensten Medien publizierten Texte zum Thema „China in Afrika“ im vergangenen Jahr enorme Ausmaße erreichte, bleibt abseits der oberflächlichen Analyse ein großer Bedarf an tiefergehender Forschung. Gerade im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit fehlen vergleichende Studien, die positive und negative Auswirkungen der chinesischen Hilfe jenen der Entwicklungshilfe anderer Geber gegenüberstellen

und Erkenntnisse über die „Aid effectiveness“ der unterschiedlichen Geberkonzepte zulassen.

Während China durch mehr Transparenz seiner Entwicklungshilfe sowie durch die Beteiligung an Geber-Harmonierungsprozessen ein Zeichen für ein ernsthaftes Interesse an der Entwicklung Afrikas setzen sollte, sind westliche Geberstaaten gefordert, das neue Engagement Chinas in Afrika nicht ausschließlich als Gefahr, sondern auch als Anlass zur Hinterfragung der eigenen Beziehungen zu Afrika zu nehmen. Die größte Herausforderung stellt Chinas wachsendes Interesse jedoch für die betroffenen afrikanischen Staaten dar, bei denen die Verantwortung dafür liegt, die damit verbundenen Chancen zum Wohle der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zu nutzen.

# LITERATURVERZEICHNIS

- African Business (2006): Economic war for Africa's loyalties begins. In: African Business 322, 07/2006, p. 20-21
- africa research bulletin (1997): Africa-China, Taiwan. In: africa research bulletin, Economic, Financial and Technical Series 34/1, Oxford, England: Blackwell Publishers Ltd., p. 12881
- africa research bulletin (2005): Africa-China. Summit Builds Economic Ties. In: africa research bulletin, Economic, Financial and Technical Series 42/4, Oxford, England: Blackwell Publishers Ltd., pp. 16502-16503
- africa research bulletin (2006a): Africa-China. Voracious Appetite. In: africa research bulletin, Political, Social and Cultural Series 42/4, Oxford, England: Blackwell Publishers Ltd.
- africa research bulletin (2006b): Africa-China. For Better Or For Worse. In: africa research bulletin, Political, Social and Cultural Series 43/4, Oxford, England: Blackwell Publishers Ltd., pp. 16696A-16697A
- africa research bulletin (2006c): AFRICA-CHINA. Win-Win strategy. In: africa research bulletin, Economic, Financial and Technical Series 43/6, Oxford, England: Blackwell Publishers Ltd., pp. 16999A-17001B
- Airault, Pascal (2005): Le modèle chinois. In: Jeune Afrique/l'intelligent 2329, pp. 46-48
- Airault, Pascal (2005a): Dakar aux mains des marchands. In: Jeune Afrique/l'intelligent 2329, pp. 54-55
- Alden, Chris (2005): China in Africa. In: Survival 47/3, pp. 147-164
- Alden, Chris (2005a): Red Star, Black Gold. In: Review of African Political Economy 32, 104/5, pp. 415-419
- Alden, Chris (2005b): Leveraging the Dragon: Toward "An Africa That Can Say No". In: eAfrica  
<http://yaleglobal.yale.edu/display.article?id=5336>
- Alves, Ana Cristina (2006): Emerging Postcolonial Solidarities: China's new Economic Diplomacy towards Sub-Saharan Africa. Paper presented to the 16th Biennial Conference of the Asian Studies Association of Australia in Wollongong 26 June - 29 June 2006  
<http://coombs.anu.edu.au/SpecialProj/ASAA/biennial-conference/2006/Alves-Ana-Cristina-ASAA2006.pdf>

- Amaïzo, Yves Ekoué (2006): Pour une nouvelle coopération Afrique-Chine: Des erreurs à ne plus reproduire.  
<http://www.afrology.com/eco/pdf/chinafrique.pdf>
- Amnesty International (2006): Sudan/China. Appeal by Amnesty International to the Chinese government on the occasion of the China-Africa Summit for Development and Cooperation.  
<http://web.amnesty.org/library/Index/ENGAFR540722006>
- Amosu, Akwe (2007): China in Africa: It's (Still) the Governance, Stupid. In: Foreign Policy in Focus 2007/03/09, Silver City, NM and Washington, DC
- Arrighi, Giovanni (2002): The African Crisis. World Systemic and Regional Aspects. In: New Left Review Nr. 15, pp. 5-36
- Askouri, Ali (2007): China's investment in Sudan: displacing villages and destroying communities. In: Manji & Marks 2007, pp. 71-86
- Bartke, Wolfgang (1992): The agreements of the People's Republic of China with foreign countries 1949 – 1990. London: Publication of the Institute of Asian Affairs, Hamburg
- BBC (2005): Senegal picks China over Taiwan. In: BBC News 2005/10/26  
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/4377818.stm>
- BBC (2005a): Mugabe signs aid deal with China. In: BBC News 2005/07/26  
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/4713961.stm>
- BBC (2006): China-Africa trade jumps by 39%. In: BBC News 2006/01/06  
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/4587374.stm>
- Becker, Joachim (1999): Die Peripherie in der kapitalistischen Weltwirtschaft: Kontinuitäten und Wandel im historischen Überblick. In: Parnreiter et al. 1999, pp. 35-63
- Bello, Walden (2007): China Provokes Debate in Africa. In: Foreign Policy in Focus  
<http://www.fpif.org/fpiftxt/4065>
- Boele, Richard, Fabig, Heike and Wheeler, David (2001): Shell, Nigeria and the Ogoni - A study in Unsustainable Development I - The Story of Shell, Nigeria and the Ogoni People. Environment, Economy, Relationships: Conflict and Prospects for Resolution, Journal of Sustainable Development, Volume 9, Number 2, pp. 74-86
- Campbell, Horace (2007): China in Africa: challenging US global hegemony. In: Manji & Marks 2007, 119-138
- Carroy, Chrystelle (2006): A cause de ses matières premières : L'Afrique aiguise l'appétit de l'ogre chinois. In: Walfadjri 2006/04/28
- CFR (2005): More than Humanitarianism: A strategic U.S. approach towards Africa. Council on Foreign Relations  
[http://www.cfr.org/publication/9302/more\\_than\\_humanitarianism.html](http://www.cfr.org/publication/9302/more_than_humanitarianism.html)

- Chan-Fishel, Michelle (2007): Environmental impact: more of the same? In: Manji & Marks 2007, 139-152
- Chaponnière, Jean-Raphael (2007): La Chine en Asie: un jeu gagnant-gagnant. In: La Lettre des Economistes de l'AFD Nr. 15, Jänner 2007, Groupe Agence Francaise du Développement, pp. 3-5
- Cheng, Ty (1992): Foreign Aid in R.O.C. Diplomacy. In: Issues & Studies 28/9, pp. 67-84
- China (2006): China's South-South Cooperation (TCDC/ECDC) Development Strategy (DRAFT).  
[http://www.ecdc.net.cn/newindex/english/page/south\\_south/](http://www.ecdc.net.cn/newindex/english/page/south_south/)
- China (2006a): China's African Policy. Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China.  
<http://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx/t230615.htm>
- Cho, Hyekyung (2005): Chinas langer Marsch in den Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Colombani, Jean-Marie (2006): Une nouvelle donne. In: Le Monde 2006/12/30
- Copper, John Franklin (1976): China's foreign aid. Lexington, Mass: Heath
- Coussy, Jean, Jérôme Lauseig (1999): La renaissance afro-asiatique?. In: Politique africaine 76, pp. 5-17
- Dauderstädt, Michael, Jürgen Stetten (2005): China and Globalization. In: Intereconomics - Review of European Economic Policy, 40/4
- Delefosse, Olivier (2007): La Chine, nouveau moteur de l'Afrique? In: La Lettre des Economistes de l'AFD Nr. 15, Jänner 2007, Groupe Agence Francaise du Développement, pp. 5-7
- Doss, Amira (2005): Une conquête en catimini. In: Jeune Afrique/l'intelligent 2329, p. 49
- Economist, the (2006): China in Africa. Never too late to scramble. In: The Economist, 381/8501, pp. 53-56
- Edwards, C., R. Jenkins (2005): The Effect of China and India's Growth and Trade Liberalisation on Poverty in Africa. IDS/Enterplan
- Falk, Rainer (2007): Neue Geber aus dem Süden. In: Südwind Magazin 05/2007, p 24
- Fandrych, Sabine (2006): China in Angola – Nachhaltiger Wiederaufbau, kalkulierte Wahlkampfhilfe oder globale Interessenpolitik?. Friedrich Ebert Stiftung  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04136.pdf>
- Frank, Rüdiger (2007): Der Sozialismus als alternative Modernisierungsstrategie in der VR China und Nordkorea. In: Linhart & Weigelin-Schwiedrzik 2007, pp. 115-132

- French, Howard (2004): China in Africa: All Trade and No Political Baggage. In: New York Times 2004/08/08
- French, Howard (2007): China and Africa. In: African affairs 106/422, pp. 127-132
- Frynas, Jędrzej George, Manuel Paulo (2006): A new Scramble for African Oil? Historical, Political and Business Perspectives. In: African Affairs Advance Access published on November 27, 2006, DOI 10.1093/afraf/adl042
- Gaye, Adama (2006): Chine-Afrique : le dragon et l'autruche. Essai d'analyse de l'évolution contrastée des relations sino-africaines : saint ou impie alliance du XXIe siècle? Paris: L'HARMATTAN
- Geldenhuis, D. (1997): The politics of South Africa's "China switch". In: Issues & Studies 33/7, pp. 93-131
- Grau, Inge, Christian Mährdel, Walter Schicho (Hrsg.) (2003): Afrika. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Wien: Promedia
- Grill, Bartholomäus (2006): Die neuen Kolonialherren. In: Die Zeit 38, Hamburg, pp. 32-33
- Harding, Leonhard (1999): Geschichte Afrikas im 19. und 20. Jahrhundert. München: Oldenbourg
- Harding, Leonhard (2003): Das Ausgreifen der Weltwirtschaft. In: Grau et al. 2003, pp. 31-48
- Heberer, Thomas (1999): Modernisierung ohne Verwestlichung. 50 Jahre Volksrepublik China – eine Bestandsaufnahme. In: Kommune. Forum für Politik Ökonomie Kultur <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune4-00/THEBERER.htm>
- Heberer, Thomas (2000): 20 Jahre Reformpolitik in China im Lichte sozialen und politischen Wandels. Eine thesehafte Bestandsaufnahme. In: Linhart & Pilz 1999, pp. 171-193
- Hilsum, Lindsey (2005): Re-enter the Dragon: China's New Mission in Africa. In: Review of African Political Economy 32/104/5, pp. 419-425
- Hilsum, Lindsey (2006): We love China. In: Granta 92, Winter 2005, pp. 233-240
- Harmer, Adele, Lin Cotterrell (2005): Diversity in donorship: the changing landscape of official humanitarian aid. Humanitarian Policy Group Report 20 <http://www.odi.org.uk/HPG/papers/hpgreport20.pdf>
- Harmer, Adele, Lin Cotterrell (2005a): Diversity in donorship: the changing landscape of official humanitarian aid. Aid donorship in Asia. Humanitarian Policy Group Background Paper <http://www.odi.org.uk/HPG/papers/Asia.pdf>
- Heilmann, Sebastian (2002): Das politische System der Volksrepublik China. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

- Hofmann, Katharina (2006): New Powers for Global Change? Herausforderungen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit: Das Beispiel China. Friedrich Ebert Stiftung Briefing Paper 15  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04131.pdf>
- Hyden, Goran, Mukandala, Rwekaza (eds.) (1999): Agencies in Foreign Aid: Comparing China, Sweden, and the United States in Tanzania. New York: St. Martin's Press
- IHT (2005): Zimbabwe's future: Made in China. In: International Herald Tribune, 2005/07/25  
<http://www.iht.com/articles/2005/07/24/news/zimbabwe.php>
- IHT (2006): China makes Africa its business. In: International Herald Tribune, 2006/08/18  
<http://www.iht.com/articles/2006/08/18/news/africa.php>
- Jaffe, Amy Myers, Steven W. Lewis (2002): Beijing's Oil Diplomacy. In: Survival, 44/1, pp. 115-134
- Jäger, Silke (1994): Jenseits von Afrika . die Prioritäten der chinesischen Entwicklungshilfepolitik von den 60er bis zu den 90er Jahren ; besonders am Beispiel der Stellung Afrikas in der Außenpolitik der VR China, des Tansania-Sambia Eisenbahnprojekts und der akademischen Ausbildungshilfe an afrikanische Länder. Diplomarbeit, Wien
- Kaplinsky, Raphael, Dorothy McCormick, Mike Morris (2006): The Impact of China on Sub Saharan Africa. Institute of Development Studies (IDS)  
<http://www.ids.ac.uk/ids/global/AsianDriverpdfs/DFIDAgendaPaper06.pdf>
- Kappel, Robert, Tina Schneidenbach (2006): China in Afrika: Herausforderungen für den Westen. In: GIGA Focus Global 12/2006
- Karumbidza, John Blessing (2007): Win-win economic cooperation: can China save Zimbabwe's economy? In: Manji & Marks 2007, 87-106
- Kazim, Hasnain (2007): Waffen, Öl, dreckige Deals – wie China den Westen aus Afrika drängt. In: Der Spiegel Online, 2007/01/16  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,458968,00.html>
- Kennan, J., C. Stephens (2005): Opening the Package: the Asian Drivers and Poor-Country Trade. Mimeo, Institute for Development Studies, Sussex  
<http://www.ids.ac.uk/ids/global/AsianDriverpdfs/CSAsianDriversTrade.pdf>
- Kurlantzick, Joshua (2006): Beijing's Safari. In: Policy Outlook Canergie Endowment 11/2006
- Large, Daniel (2007): As the beginning ends: China's return to Africa. In: Manji & Marks 2007, pp. 153-168
- Lin, Teh-chang (1995): Problems in the Study of Beijing's Foreign Aid. In: Issues and Studies 31/7, pp. 66-78

- Lin, Teh-chang (1995a): The ROC's Foreign Aid and the Southward Policy. In: Issues and Studies 31/10, pp. 1-20
- Lin, Teh-chang (1996): Beijing's foreign aid policy in the 1990s: Continuity and Change. In: Issues and Studies 32/1, pp. 32-65
- Linhart, Sepp, Erich Pilz (Hrsg.) (1999): Ostasien. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Wien: Promedia
- Linhart, Sepp, Susanne Weigelin-Schwiedrzik (Hrsg.) (2007): Ostasien. Seine Bedeutung im 20. Jahrhundert. Wien: Promedia
- Lyman, Princeton N. (2005): China's Rising Role in Africa. Council on Foreign Relations  
[http://www.cfr.org/publication/8436/chinas\\_rising\\_role\\_in\\_africa.html?breadcrumb=default](http://www.cfr.org/publication/8436/chinas_rising_role_in_africa.html?breadcrumb=default)
- Manji, Firoze, Stephen Marks (Hrsg.) (2007): African perspectives on China in Africa. Cape Town, Nairobi and Oxford: Fahamu
- Manning, Richard (2006): Will « Emerging Donors » Change the Face of International Co-operation? Lecture hold at Lunchtime Meeting Series - January / March 2006 organised jointly by ODI and the All Party Parliamentary Group on Overseas Development  
[http://www.odi.org.uk/speeches/apgood/international\\_development/9thmar/ODI%20Lecture%20\(2\).pdf](http://www.odi.org.uk/speeches/apgood/international_development/9thmar/ODI%20Lecture%20(2).pdf)
- Menzel, Ulrich (1978): Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells: Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Menzel, Ulrich (1989): 40 Jahre Volksrepublik China. Eine Bestandsaufnahme aus entwicklungspolitischer Sicht. In: Der Überblick 25/2, pp. 5-12
- MOFCOM (Ministry of Commerce of the People's Republic of China) (2006): Mission Statement.  
<http://english.mofcom.gov.cn/mission/mission.html>
- Mooney, Paul (2005): China's African Safari. YaleGlobal  
<http://yaleglobal.yale.edu/display.article?id=5106>
- Morin-Allory, Ronan (2005): Du sud vers le nord. In: Jeune Afrique/l'intelligent 2329, pp. 56-57
- Morin-Allory, Ronan (2005a): Le triomphe des nouveaux capitalistes. In: Jeune Afrique/l'intelligent 2329, pp. 50-51
- MSF (2006): Murky Waters - Why the cholera epidemic in Luanda (Angola) was a disaster waiting to happen.  
<http://www.aerzte-ohne-grenzen.at/img/db/msfmedia-3529.pdf>
- Mukandala, Rwekaza (1999): From Proud Defiance to Beggary: A Recipient's Tale. In: Hyden & Mukandala 1999, S. 31-67

- Myers Mafe, Amy, Steven W. Lewis (2002): Beijing's oil diplomacy. In: *Survival* 44/1, pp. 115-134
- Naim, Moisés (2007): Rogue development aid. In: *International Herald Tribune* 2007/02/15  
<http://iht.com/articles/2007/02/15/opinion/ednaim.php>
- Nielsen, Waldemar A. (1969): *The Great Powers and Africa*. London: Pall Mall Press
- OECD (2006): *The Rise of China and India. What's in it for Africa?*. In: Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris
- Ogunsanwo, Alaba (1974): *China's Policy in Africa 1958-1971*. Cambridge: Cambridge University Press
- Osterhammel, Jürgen (1999): *Kolonialismus: Geschichte, Formen, Folgen*. München: C.H.Beck
- Pan, Esther (2006): *China, Africa, and Oil*. Council on Foreign Relations  
<http://www.cfr.org/publication/9557/>
- Parnreiter, Christof, Andreas Novy, Karin Fischer (Hrsg.) (1999): *Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien*. Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel
- Peters, Helmut (2005): *China zwischen Gestern und Morgen. Wohin geht China?* ISW Report Nr. 61, München: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung
- Qin, Xiaoying (2006): Summit new peak in China-Africa relations.  
[http://www.chinadaily.com.cn/cndy/2006-10/31/content\\_720444.htm](http://www.chinadaily.com.cn/cndy/2006-10/31/content_720444.htm)
- Raffer, Kunibert, H. W. Singer (2001): *The economic North-South divide*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing Limited
- Ramonet, Ignacio (2004): Zum Beispiel China. In: *Le Monde Diplomatique* 2004/08/13, p 1
- Rocha, John (2007): A new frontier in the exploitation of Africa's natural resources: the emergence of China. In: *Manji & Marks 2007*, 15-34
- Ruolin, Zheng (2005): Le développement de l'Afrique dépend des Africains. In: *Jeune Afrique/l'intelligent* 2329
- Sachs, Michael (2004): China's leap into the heart of the twenty first century.  
[http://www.polity.org.za/attachment.php?aa\\_id=1454](http://www.polity.org.za/attachment.php?aa_id=1454)
- Sandouly, Patrick (2005): Une aide pour le moins intéressée. In: *Jeune Afrique/l'intelligent* 2327-2328
- Schicho, Walter (2001): *Handbuch Afrika. Band 2: Westafrika und die Inseln im Atlantik*. Wien: Südwind

- Schicho, Walter (2003): Das Scheitern von Demokratie und Staat. In: Grau et al. 2003, pp. 211-240
- Schiller, Ben (2005): The China model of development. OpenDemocracy, <http://www.opendemocracy.net/content/articles/PDF/3136.pdf>
- Sindzingre, Alice (2006): La Chine en Afrique : le pire n'est pas sûr. In: *Le Monde* 2006/12/12
- Smillie, Ian, Henny Helmich (1999): Stakeholders – Government-NGO Partnerships for International Development. London: OECD, Earthscan Publications Ltd
- Snow, Philip (1988): The Star Raft. China's encounter with Africa . London: Weidenfeld and Nicolson
- Stiefel, Dieter (1999): Die Tigerstaaten: Vom "konfuzianischen" Wirtschaftswunder zur asiatischen Krise. In: Linhart & Pilz 1999, pp 217-238
- Taylor, Ian (1997): Mainland China-Angola relations: Moving from debacle to detente. In: *Issues & Studies* 33/9, pp. 64-81
- Taylor, Ian (1997a): Relations Between the PRC and Zimbabwe. In: *Issues & Studies* 33/3, pp. 125-144
- Taylor, Ian (1998): Africa's place in the diplomatic competition between Beijing and Taipei. In: *Issues & Studies* 34/3, pp. 126-143
- Taylor, Ian (1998a): China's foreign policy towards Africa in the 1990s. In: *The Journal of Modern African Studies* 36, pp. 443-460
- Taylor, Ian (2002): Taiwan's Foreign Policy and Africa: the limitations of dollar diplomacy . In: *Journal of Contemporary China* 11/30, pp. 125-140
- Taylor, Ian (2006): Unpacking China's Resource Diplomacy in Africa. In: Paper presented at China-Africa Links Workshop, hold at the Center on China's Transnational Relations (The Hong Kong University of Science & Technology), 11-12. November 2006 <http://www.cctr.ust.hk/china-africa/papers/Ian,Taylor.pdf>
- Taylor, Ian (2007): China's environmental footprint in Africa. [www.chinadialogue.net/article/show/single/en/741-China-s-environmental-footprint-in-Africa](http://www.chinadialogue.net/article/show/single/en/741-China-s-environmental-footprint-in-Africa)
- Tull, Denis M. (2005): Die Afrikapolitik der Volksrepublik China. In: SWP-Studie, No. 20, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit
- Weissmann, Fabrice, Jean-Hervé Bradol (2007): Massacres et démagogie. In: *Libération*, 2007/03/23 <http://www.liberation.fr/rebonds/242768.FR.php>

Worldbank (2003): Enhanced HIPC Initiative – Creditor Participation Issues. Washington: Worldbank

Worldbank (2007): Africa's Silk Road. China and India's new economic frontier. Washington: Worldbank

Yu, George T. (1988): Africa in Chinese Foreign Policy. In: Asian Survey 28/8, pp. 849-862

Zhang, Wei-Wei (2006): The allure of the Chinese model. In: International Herald Tribune, 2006/11/01  
<http://www.iht.com/articles/2006/11/01/opinion/edafrica.php>

Zhu, Tianbiao (2001): Nationalism and Chinese Foreign Policy. In: The China Review 1/1, pp. 1-27

## Websites

[www.china.org.cn](http://www.china.org.cn) (Offizielles chinesisches Nachrichten-Portal)

[www.cfr.org](http://www.cfr.org) (Council on Foreign Relations)

[www.ecdc.net.cn](http://www.ecdc.net.cn) (Chinesisches Netzwerk zur Süd-Süd-Kooperation)

[www.eximbank.gov.cn](http://www.eximbank.gov.cn) (Chinesische Export-Import-Bank)

[www.fmprc.gov.cn](http://www.fmprc.gov.cn) (Chinesisches Außenministerium)

[www.focac.org](http://www.focac.org) (China-Afrika Kooperationsforum)

[www.gov.cn](http://www.gov.cn) (Online-Portal der chinesischen Regierung)

[ifs.apdi.net/imf](http://ifs.apdi.net/imf) (Statistikservice des Internationalen Währungsfonds)

[devdata.worldbank.org/data-query/](http://devdata.worldbank.org/data-query/) (Statistikservice der Weltbank)

[stats.oecd.org/wbos/default.aspx](http://stats.oecd.org/wbos/default.aspx) (Statistikservice der OECD)

[www.mofcom.gov.cn](http://www.mofcom.gov.cn) (Chinesisches Handelsministerium)

[news.bbc.co.uk](http://news.bbc.co.uk) (Britische Nachrichtenagentur)

[www.opendemocracy.net](http://www.opendemocracy.net) (NGO)

[tcdc.undp.org](http://tcdc.undp.org) (Auf Süd-Süd-Kooperation spezialisierte Unit innerhalb des UNDP)

[www.unhcr.org](http://www.unhcr.org) (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen)

[www.xinhuanet.com](http://www.xinhuanet.com) (Chinesische Nachrichtenagentur)

[yws.mofcom.gov.cn](http://yws.mofcom.gov.cn) (Abteilung für Entwicklungshilfe im chinesisches Handelsministerium)

## **Zeitungen und Zeitschriften**

African Affairs

African Business

Africa Research Bulletin

China Daily

Diplomatie

The Economist

Far Eastern Economic Review

Financial Times

Intereconomics

International Herald Tribune

Issues and Studies

Jeune Afrique

Journal of Contemporary China

The Journal of Modern African Studies

Le Monde

Le Monde Diplomatique

Libération

The New York Times

Pacific Review

Politique africaine

Review of African Political Economy

Le Soleil

Der Spiegel

Survival

Südwind Magazin

Walfadjri

Die Zeit